

## 6. Sitzung

Mittwoch, 27. April 2016, 9:00 Uhr

1. Entschuldigungen von der Haussitzung
2. Genehmigung des stenographischen Protokolls der 5. Sitzung der 4. Session der 15. Gesetzgebungsperiode
3. Einlauf
  - 3.1 Zuweisung von Vorlagen und Berichten der Landesregierung
    - 3.1.1 Bericht der Landesregierung über den Vermögensstand und die Gebarung des Fonds zur Förderung von Kunst am Bau und Kunst im öffentlichen Raum in Salzburg für das Jahr 2014  
(Nr. 290 der Beilagen)
    - 3.1.2 Bericht der Landesregierung betreffend den Europapolitischen Vorhabensbericht 2013 - 2018, Fortschreibung 2015, für die 15. Gesetzgebungsperiode des Salzburger Landtages  
(Nr. 291 der Beilagen)
    - 3.1.3 Bericht der Landesregierung betreffend die Beendigung der Privatbeteiligung am Strafverfahren von Funktionären infolge Schuldtilgung durch den Verein ASKÖ Landesverband Salzburg  
(Nr. 292 der Beilagen)
    - 3.1.4 Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Salzburger Gleichbehandlungsgesetz geändert wird  
(Nr. 293 der Beilagen)
    - 3.1.5 Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Salzburger Grundversorgungsgesetz geändert wird (Nr. 315 der Beilagen)
  - 3.2 Anträge
    - 3.2.1 Dringlicher Antrag der Abg. Zweite Landtagspräsidentin Mosler-Törnström BSc, Hirschbichler MBA und Klubvorsitzenden Steidl betreffend Ratifizierung des CETA-Freihandelsabkommens  
(Nr. 316 der Beilagen - Berichterstatterin: Zweite Landtagspräsidentin Mosler-Törnström BSc)
    - 3.2.2 Dringlicher Antrag der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann betreffend Aufhebung des Embargos gegen Russland  
(Nr. 317 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Steiner BA MA)
    - 3.2.3 Antrag der Abg. Hofbauer und Landtagspräsidentin Dr.<sup>in</sup> Pallauf betreffend Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligung bei Großprojekten  
(Nr. 318 der Beilagen - Berichterstatterin: Landtagspräsidentin Dr.<sup>in</sup> Pallauf)
    - 3.2.4 Antrag der Abg. Mag.<sup>a</sup> Sieberth und Klubobfrau Mag.<sup>a</sup> Gutschi betreffend Familienfreundlichkeit im Salzburger Landtag  
(Nr. 319 der Beilagen - Berichterstatterin: Abg. Mag.<sup>a</sup> Sieberth)

- 3.2.5 Antrag der Abg. Hofbauer und Landtagspräsidentin Dr.<sup>in</sup> Pallauf betreffend mehr Transparenz und Informationen  
(Nr. 320 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Hofbauer)
- 3.2.6 Antrag der Abg. Hofbauer und Mag. Mayer betreffend eine Novelle der Salzburger Landtagswahlordnung  
(Nr. 321 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Mag. Mayer)
- 3.2.7 Antrag der Abg. Jöbstl und Hofbauer betreffend die Verankerung des Salzburger Jugendlandtages  
(Nr. 322 der Beilagen - Berichterstatterin: Abg. Jöbstl)
- 3.2.8 Antrag der Abg. Landtagspräsidentin Dr.<sup>in</sup> Pallauf, Klubobfrau Mag.<sup>a</sup> Gutschl und Bartel betreffend eine Rezeptgebührenbefreiung für „freiwillig“ Krankenversicherte  
(Nr. 323 der Beilagen - Berichterstatterin: Abg. Bartel)
- 3.2.9 Antrag der Abg. Landtagspräsidentin Dr.<sup>in</sup> Pallauf, Klubobfrau Mag.<sup>a</sup> Gutschl und Bartel betreffend Bemessung des Wochengeldes  
(Nr. 324 der Beilagen - Berichterstatterin: Klubobfrau Mag.<sup>a</sup> Gutschl)
- 3.2.10 Antrag der Abg. Jöbstl und Bartel betreffend die Anti-Doping-Bestimmungen im Salzburger Landessportgesetz  
(Nr. 325 der Beilagen - Berichterstatterin: Abg. Bartel)
- 3.2.11 Antrag der Abg. Klubobfrau Mag.<sup>a</sup> Gutschl, Jöbstl und Bartel betreffend die Einführung eines „Tag der Aufklärung“  
(Nr. 326 der Beilagen - Berichterstatterin: Abg. Jöbstl)
- 3.2.12 Antrag der Abg. Riezler-Kainzner, Zweite Landtagspräsidentin Mosler-Törnström BSc und Klubvorsitzenden Steidl betreffend Konradinum  
(Nr. 327 der Beilagen - Berichterstatterin: Abg. Riezler-Kainzner)
- 3.2.13 Antrag der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Mag. Schmidlechner betreffend die Einrichtung einer Expertinnengruppe und Expertengruppe zur Überprüfung der Fallzahlen bei Operationen sowie Komplikationsraten  
(Nr. 328 der Beilagen - Berichterstatter: Klubvorsitzender Abg. Steidl)
- 3.2.14 Antrag der Abg. Fuchs und Scheinast betreffend eine Dekarbonisierungsstrategie für Österreich  
(Nr. 329 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Fuchs)
- 3.2.15 Antrag der Abg. Fuchs und Scheinast betreffend die Kennzeichnung von gentechnikverändertem Honig  
(Nr. 330 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Fuchs)
- 3.2.16 Antrag der Abg. Fuchs und Scheinast betreffend eine Allianz der Regionen für einen europäischen Atomausstieg  
(Nr. 331 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Fuchs)
- 3.2.17 Antrag der Abg. Fuchs und Scheinast betreffend die Abrechnung von Strom aus Wärmepumpen  
(Nr. 332 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Fuchs)

- 3.2.18 Antrag der Abg. Mag.<sup>a</sup> Sieberth und Hofbauer betreffend Frauenförderung  
(Nr. 333 der Beilagen - Berichterstatterin: Abg. Mag.<sup>a</sup> Sieberth)
- 3.2.19 Antrag der Abg. Hofbauer und Mag.<sup>a</sup> Sieberth betreffend neue Wohlstandsindikatoren  
(Nr. 334 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Hofbauer)
- 3.2.20 Antrag der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann betreffend die Änderung des § 7 der Salzburger Feuerpolizeiordnung 1973  
(Nr. 335 der Beilagen - Berichterstatter: Abg Essl)
- 3.2.21 Antrag der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann betreffend Novellierung der Salzburger Gemeindeordnung  
(Nr. 336 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Essl)
- 3.3 schriftliche Anfragen
  - 3.3.1 Anfrage der Abg. Steiner-Wieser an die Landtagspräsidentin betreffend die Geschäftsordnung  
(Nr. 158-ANF der Beilagen)
  - 3.3.2 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an die Landesregierung betreffend finanzielle Unterstützung der Polizei durch das Land Salzburg  
(Nr. 159-ANF der Beilagen)
  - 3.3.3 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an die Landesregierung betreffend die Gegenstände der Regierungssitzungen und der Regierungsumläufe zwischen dem 1. und 31. März 2016  
(Nr. 160-ANF der Beilagen)
  - 3.3.4 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an Landesrat Mayr betreffend die Senkung der Mieten  
(Nr. 161-ANF der Beilagen)
  - 3.3.5 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an die Landesregierung betreffend die aktuellen Zahlen zu den Asylwerbern und Unterbringung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen  
(Nr. 162-ANF der Beilagen)
  - 3.3.6 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an Landesrat Mayr betreffend die Stadtregionalbahn  
(Nr. 163-ANF der Beilagen)
  - 3.3.7 Dringliche Anfrage der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Schneglberger an die Landesregierung betreffend Erreichung der Klimaziele durch den Masterplan Klima und Energie  
(Nr. 164-ANF der Beilagen)
  - 3.3.8 Dringliche Anfrage der Abg. Ing. Mag. Meisl und Schneglberger an Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.<sup>in</sup> Rössler betreffend Masterplan Klima + Energie 2020  
(Nr. 165-ANF der Beilagen)

- 3.3.9 Anfrage der Abg. Fuchs und Scheinast an die Landesregierung betreffend Geothermie  
(Nr. 166-ANF der Beilagen)
- 3.3.10 Anfrage der Abg. Mag.<sup>a</sup> Dr.<sup>in</sup> Humer-Vogl und Scheinast an die Landesregierung betreffend die Betriebliche Gesundheitsvorsorge  
(Nr. 167-ANF der Beilagen)
- 3.3.11 Anfrage der Abg. Klubobmann Naderer und Steiner-Wieser an die Landesregierung betreffend Verkehrsgeschwindigkeitsbeschränkungen auf Salzburger Landesstraßen B und L sowie die Erhaltung der Landesstraßen  
(Nr. 168-ANF der Beilagen)
- 3.3.12 Anfrage der Abg. Mag. Schmidlechner und Klubvorsitzenden Steidl an Landeshauptmann Dr. Haslauer betreffend Strukturreform in der Landesamtsdirektion  
(Nr. 169-ANF der Beilagen)
- 3.3.13 Anfrage der Abg. Scheinast und Abg. DI<sup>in</sup> Lindner an Landesrat Mayr betreffend die Aktivierung der Stieglbahn für den Personenverkehr  
(Nr. 170-ANF der Beilagen)
- 3.3.14 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an Landesrat Mayr betreffend die Section Control im Pinzgau/Zell am See  
(Nr. 171-ANF der Beilagen)
- 3.3.15 Anfrage der Abg. Landtagspräsidentin Dr.<sup>in</sup> Landtagspräsidentin Dr.<sup>in</sup> Pallauf und Klubobfrau Mag.<sup>a</sup> Gutschl an Landesrätin Mag.<sup>a</sup> Berthold MBA betreffend die Einreichung von Förderansuchen für den Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF)  
(Nr. 172-ANF der Beilagen)
- 3.3.16 Anfrage der Abg. Ing. Schnitzhofer und Jöbstl an Landesrätin Mag.<sup>a</sup> Berthold MBA betreffend eine Zielgruppenerweiterung von Jugendzentren  
(Nr. 173-ANF der Beilagen)
- 3.3.17 Anfrage der Abg. Riezler-Kainzner und Klubvorsitzenden Steidl an Landesrätin Mag.<sup>a</sup> Berthold MBA betreffend Familien in Notsituationen  
(Nr. 174-ANF der Beilagen)
- 3.3.18 Anfrage der Abg. Scheinast und Fuchs an Landesrat DI Dr. Schwaiger betreffend die Entwicklungen des Energie- und Wasserverbrauchs durch Beschneigungsmaßnahmen  
(Nr. 175-ANF der Beilagen)
- 3.3.19 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an Landesrat Dr. Schellhorn betreffend die Salzburger Kulturlandschaft Neu  
(Nr. 176-ANF der Beilagen)
- 3.3.20 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an Landesrat Dr. Schellhorn betreffend Einsparungen bei Sozialvereinen  
(Nr. 177-ANF der Beilagen)

- 3.4 Berichte des Rechnungshofes, des Landesrechnungshofes und der Volksanwaltschaft
  - 3.4.1 Bericht des Rechnungshofes betreffend der abgestufte Bevölkerungsschlüssel im Finanzausgleich
  - 3.4.2 Personelle und sachliche Erfordernisse des Landesrechnungshofes für das Jahr 2017
  - 3.4.3 Bericht des Landesrechnungshofes betreffend Tätigkeitsbericht für das Jahr 2015
  - 3.4.4 Bericht des Landesrechnungshofes betreffend Innovations- und Technologietransfer Salzburg GmbH
  - 3.4.5 Bericht des Landesrechnungshofes betreffend die Planung und Vergabe Neues Amtsgebäude der BH Hallein
- 4. Aktuelle Stunde  
"Fehlende Rezepte in Salzburgs Gesundheitspolitik - Von A wie Ambulanzgebühr bis Z wie Zentrale Notaufnahmen" (SPÖ)
- 5. Mündliche Anfragen (Fragestunde)
  - 5.1 Mündliche Anfrage der Abg. DI<sup>in</sup> Lindner an Landesrat Mayr betreffend eine Schwerverkehrsabgabe
  - 5.2 Mündliche Anfrage des Abg. Wiedermann an Landesrat Mayr betreffend das neue Salzburger Wohnbauförderungsgesetz
  - 5.3 Mündliche Anfrage der Abg. Steiner-Wieser an Landeshauptmann Dr. Haslauer betreffend Förderung der Veranstaltung Sound of Musikum 2016
  - 5.4 Mündliche Anfrage der Abg. Fürhapter an Landesrätin Mag.<sup>a</sup> Berthold MBA betreffend Hausregeln in Asylquartieren
  - 5.5 Mündliche Anfrage des Abg. HR Dr. Schöchli an Landesrat Dr. Schellhorn betreffend Haus der Volkskultur
  - 5.6 Mündliche Anfrage des Abg. Schneglberger an Landeshauptmann Dr. Haslauer betreffend Entbürokratisierung
  - 5.7 Mündliche Anfrage des Abg. Klubobmann Dr. Schnell an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl betreffend die Aufnahmebedingungen für Medizinstudenten
  - 5.8 Mündliche Anfrage der Abg. Riezler-Kainzner an Landesrätin Mag.<sup>a</sup> Berthold MBA betreffend Ausnahmegenehmigungen zum verpflichtenden Kindergartenjahr
  - 5.9 Mündliche Anfrage des Abg. Klubvorsitzenden Steidl an Landesrat Mayr betreffend Wohnbaupaket der Bundesregierung
  - 5.10 Mündliche Anfrage des Abg. Ing. Mag. Meisl an Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.<sup>in</sup> Rössler betreffend die Auswirkungen auf die Raumordnung hinsichtlich der Debatte um das Volkswohnungswesen

- 5.11 Mündliche Anfrage des Abg. Tarik Mete BA MA an Landesrat DI Dr. Schwaiger betreffend gemeinnützige Arbeit von AsylwerberInnen
6. Dringliche Anfragen
- 6.1 Dringliche Anfrage der Abg. Ing. Mag. Meisl und Schneglberger an Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.<sup>in</sup> Rössler betreffend Masterplan Klima + Energie 2020 (Nr. 165-ANF der Beilagen)
7. Berichte und Anträge der Ausschüsse
- 7.1 Bericht des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Bediensteten-Schutzgesetz geändert wird (Nr. 294 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. HR Dr. Schöchli)
- 7.2 Bericht des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Salzburger Patientinnen- und Patientenentschädigungs-Gesetz geändert wird (Nr. 295 der Beilagen - Berichterstatterin: Abg. Bartel)
- 7.3 Bericht des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Salzburger Schulorganisations-Ausführungsgesetz 1995 geändert wird (Nr. 296 der Beilagen - Berichterstatterin: Abg. Jöbstl)
- 7.4 Bericht des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zum Antrag der Abg. Klubobfrau Mag.<sup>a</sup> Gutschi und Klubobmann Schwaighofer betreffend eine Änderung des Landes-Beamtengesetzes 1987 (Nr. 297 der Beilagen - Berichterstatterin: Klubobfrau Abg. Mag.<sup>a</sup> Gutschi)
- 7.5 Bericht des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zum Antrag der Abg. Mag.<sup>a</sup> Sieberth und Hofbauer betreffend eine Novelle des Kinderbetreuungsgesetzes (Nr. 298 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Hofbauer)
- 7.6 Bericht des Bildungs-, Schul-, Sport- und Kulturausschusses zum Antrag der Abg. Dr.<sup>in</sup> Solarz und Riezler betreffend Kinderbetreuungs- und -bildungseinrichtungen der Krankenanstalten im Bundesland Salzburg (Nr. 299 der Beilagen - Berichterstatterin: Klubobfrau Abg. Mag.<sup>a</sup> Gutschi)
- 7.7 Bericht des Ausschusses für Infrastruktur, Verkehr und Wohnen zum Antrag der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann betreffend die Einführung eines sektoralen Lkw-Fahrverbotes auf der B 156 (Nr. 300 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Wiedermann)
- 7.8 Bericht des Bildungs-, Schul-, Sport- und Kulturausschusses zum Antrag der Abg. Klubobmann Naderer und Steiner-Wieser betreffend die Überprüfung der historischen Rolle der Person Rene Marcic und der Aktualität des nach Marcic benannten, vom Land Salzburg ausgelobten, Journalistenpreises (Nr. 301 der Beilagen - Berichterstatter: Klubobmann Abg. Schwaighofer)
- 7.9 Bericht des Ausschusses für Infrastruktur, Verkehr und Wohnen zum Antrag der Abg. HR Dr. Schöchli, Mag. Mayer und Ing. Schnitzhofer betreffend das Vorgehen gegen weitere Schließungen von Postämtern in Salzburg (Nr. 302 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Ing. Schnitzhofer)

- 7.10 Bericht des Sozial- und Gesundheitsausschusses zum Antrag der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Hirschbichler MBA betreffend Alkohol in Lebensmitteln (Nr. 303 der Beilagen - Berichterstatlerin: Abg. Mag.<sup>a</sup> Dr.<sup>in</sup> Humer-Vogl)
- 7.11 Bericht des Ausschusses für Raumordnung, Umwelt- und Naturschutz zum Antrag der Abg. Fuchs und Scheinast betreffend die Zulassung von Glyphosat (Nr. 304 der Beilagen - Berichterstatler: Abg. Fuchs)
- 7.12 Bericht des Ausschusses für Raumordnung, Umwelt- und Naturschutz zum Antrag der Abg. Fuchs und Mag.<sup>a</sup> Sieberth betreffend eine Informationskampagne zur Eindämmung des privaten und gewerblichen Gebrauchs von Bioziden und Pflanzenschutzmitteln (Nr. 305 der Beilagen - Berichterstatler: Abg. Fuchs)
- 7.13 Bericht des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zum Antrag der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann betreffend Novellierung des Salzburger Pflanzenschutzmittelgesetzes 2014 (Nr. 306 der Beilagen - Berichterstatler: Abg. Rothenwänder)
- 7.14 Bericht des Sozial- und Gesundheitsausschusses zum Antrag der Abg. Steiner-Wieser und Klubobmann Naderer betreffend Einführung von Taxi-Bons für Jugendliche (Nr. 307 der Beilagen - Berichterstatlerin: Abg. Steiner-Wieser)
- 7.15 Bericht des Ausschusses für Infrastruktur, Verkehr und Wohnen zum Antrag der Abg. HR Dr. Schöchli und Fürhapter betreffend eine Verschärfung der gesetzlichen Regelung hinsichtlich der Verwendung von Laserpointern (Nr. 308 der Beilagen - Berichterstatlerin: Abg. Fürhapter)
- 7.16 Bericht des Sozial- und Gesundheitsausschusses zum Antrag der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Dr.<sup>in</sup> Solarz betreffend Impfungen (Nr. 309 der Beilagen - Berichterstatler: Klubvorsitzender Abg. Steidl)
- 7.17 Bericht des Sozial- und Gesundheitsausschusses zum Antrag der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Wiedermann betreffend ein Modellprojekt für Integrativbetreuung und Übergangsversorgung (Nr. 310 der Beilagen- Berichterstatlerin: Klubobfrau Abg. Mag.<sup>a</sup> Gutschi)
- 7.18 Bericht des Ausschusses für Europa, Integration und regionale Außenpolitik zum dringlichen Antrag der Abg. Zweite Landtagspräsidentin Mosler-Törnström BSc, Hirschbichler MBA und Klubvorsitzenden Steidl betreffend Ratifizierung des CETA-Freihandelsabkommens (Nr. 337 der Beilagen - Berichterstatlerin: Zweite Landtagspräsidentin Mosler-Törnström BSc)
- 7.19 Bericht des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zum dringlichen Antrag der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann betreffend Aufhebung des Embargos gegen Russland (Nr. 338 der Beilagen - Berichterstatler: Abg. Steiner BA MA)
8. Beantwortung schriftlicher Anfragen
- 8.1 Anfrage der Abg. Zweite Landtagspräsidentin Mosler-Törnström BSc und Klubvorsitzenden Steidl an die Landesregierung (Nr. 107-ANF der Beilagen) - ressortzu-

ständige Beantwortung durch Landeshauptmann Dr. Haslauer - betreffend Sonderveranstaltungen im Zusammenhang mit 2016 (Nr. 107-BEA der Beilagen)

- 8.2 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an die Landesregierung (Nr. 112-ANF der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann Dr. Haslauer und Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl - betreffend die Vermögensauseinandersetzung mit dem Bund (Nr. 112-BEA der Beilagen)
- 8.3 Anfrage der Abg. Klubobmann Naderer und Steiner-Wieser an die Landesregierung (Nr. 115-ANF der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann Dr. Haslauer - betreffend die Aberkennung des Ehrendoktorats an den Nobelpreisträger Univ.-Prof. DDR. hc. mult. Konrad Lorenz durch die Salzburger Universität (Nr. 115-BEA der Beilagen)
- 8.4 Anfrage der Abg. Fuchs und Scheinast an Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.<sup>in</sup> Rössler (Nr. 118-ANF der Beilagen) betreffend die KLUP-Förderung des Landes Salzburg (Nr. 118-BEA der Beilagen)
- 8.5 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.<sup>in</sup> Rössler (Nr. 119-ANF der Beilagen) betreffend die Novelle des Salzburger Raumordnungsgesetzes (Nr. 119-BEA der Beilagen)
- 8.6 Anfrage der Abg. Mag. Scharfetter und Bartel an Landesrätin Mag.<sup>a</sup> Berthold MBA (Nr. 124-ANF der Beilagen) betreffend die finanzielle Unterstützung von Skiveranstaltungen (Nr. 124-BEA der Beilagen)
- 8.7 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an Landesrat Dr. Schellhorn (Nr. 127-ANF der Beilagen) betreffend der steigenden Kosten für Sozialvereine (Nr. 127-BEA der Beilagen)
- 8.8 Anfrage der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Ing. Mag. Meisl an die Landesregierung (Nr. 129-ANF der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landesrat Mayr - betreffend Wohnbauförderung (Nr. 129-BEA der Beilagen)
- 8.9 Anfrage der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Brand an die Landesregierung (Nr. 130-ANF der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann Dr. Haslauer - betreffend Dienstfahrzeuge der Obersten Organe (Nr. 130-BEA der Beilagen)
- 8.10 Anfrage der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Riezler-Kainzner an die Landesregierung (Nr. 131-ANF der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landesrat Dr. Schellhorn - betreffend Mindestsicherung (Nr. 131-BEA der Beilagen)
- 8.11 Anfrage der Abg. Ing. Mag. Meisl und Klubvorsitzenden Steidl an die Landesregierung (Nr. 132-ANF der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann Dr. Haslauer, Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.<sup>in</sup> Rössler, Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl, Landesrätin Mag.<sup>a</sup> Berthold MBA und Landesrat DI

Dr. Schwaiger - betreffend die geplante Golfanlage in St. Koloman (Nr. 132-BEA der Beilagen)

- 8.12 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an die Landesregierung (Nr. 134-ANF der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landesrätin Mag.<sup>a</sup> Berthold MBA - betreffend die Unterstützung von Caritas, Diakonie und Rotes Kreuz im Rahmen ihrer Hilfe für Fremde (Nr. 134-BEA der Beilagen)
- 8.13 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder und Wiedermann an die Landesregierung (Nr. 135-ANF der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann Dr. Haslauer - betreffend den Arbeitsmarkt in Salzburg (Nr. 135-BEA der Beilagen)
- 8.14 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder und Wiedermann an Landeshauptmann Dr. Haslauer (Nr. 136-ANF der Beilagen) betreffend die Schließung von Postfilialen (Nr. 136-BEA der Beilagen)
- 8.15 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl (Nr. 137 der Beilagen) betreffend den Vormarsch von Leihärzten (Nr. 137-BEA der Beilagen)
- 8.16 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder und Wiedermann an die Landesregierung (Nr. 138-ANF der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landesrat Dr. Schellhorn - betreffend die Auszahlung der Mindestsicherung (Nr. 138-BEA der Beilagen)
- 8.17 Anfrage der Abg. Fuchs und Scheinast an die Landesregierung (Nr. 139-ANF der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl - betreffend Fernwärme- und Gasanschlüsse im Bundesland Salzburg (Nr. 139-BEA der Beilagen)
- 8.18 Dringliche Anfrage der Abg. Riezler-Kainzner und Klubvorsitzenden Steidl an Landesrätin Mag.<sup>a</sup> Berthold MBA (Nr. 140-ANF der Beilagen) betreffend Ergebnisse der Frauenpolitik (Nr. 140-BEA der Beilagen)
- 8.19 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl (Nr. 150-ANF der Beilagen) betreffend Kündigung von Mietverträgen im Amtsgebäude Fanny-von-Lehnert-Straße (Nr. 150-BEA der Beilagen)
- 8.20 Anfrage der Abg. Fuchs und Scheinast an Landesrat DI Dr. Schwaiger (Nr. 153-ANF der Beilagen) betreffend Erdöl (Nr. 153-BEA der Beilagen)
- 8.21 Anfrage der Abg. Fuchs und Mag.<sup>a</sup> Sieberth an Landesrat DI Dr. Schwaiger (Nr. 154-ANF der Beilagen) betreffend Schlachthöfe in Salzburg (Nr. 154-BEA der Beilagen)
- 8.22 Anfrage der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Mag. Schmidlechner an die Landesregierung (Nr. 142-ANF der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landesrat DI Dr. Schwaiger - betreffend Gehaltssystem Neu (Nr. 142-BEA der Beilagen)

- 8.23 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an die Landesregierung (Nr. 144-ANF der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann Dr. Haslauer - betreffend die Gegenstände der Regierungssitzungen und der Regierungsumläufe zwischen dem 1. und 29. Februar 2016 (Nr. 144-BEA der Beilagen)
- 8.24 Anfrage der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Mag. Schmidlechner an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl (Nr. 148-ANF der Beilagen) betreffend Versorgung von Dialyse-PatientInnen im Bundesland Salzburg (Nr. 148-BEA der Beilagen)
- 8.25 Anfrage der Abg. Mag.<sup>a</sup> Dr.<sup>in</sup> Humer-Vogl und Scheinast an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl (Nr. 149-ANF der Beilagen) betreffend die Österreichische Demenzstrategie 2015 (Nr. 149-BEA der Beilagen)
- 8.26 Anfrage der Abg. Klubobmann Naderer und Steiner-Wieser an die Landtagspräsidentin Dr.<sup>in</sup> Pallauf (Nr. 157-ANF der Beilagen) betreffend die Anwesenheit der Abgeordneten des Salzburger Landtages in der aktuellen Legislaturperiode (Nr. 157-BEA der Beilagen)
- 8.27 Anfrage der Abg. Steiner-Wieser an die Landtagspräsidentin Dr.<sup>in</sup> Pallauf (Nr. 158-ANF der Beilagen) betreffend die Geschäftsordnung (Nr. 158-BEA der Beilagen)
9. Berichte der Landesregierung, um deren Vorlage der Landtag ersucht hat
- 9.1 Bericht der Landesregierung zum Beschluss des Salzburger Landtages vom 4. November 2015 (Nr. 127 der Beilagen) betreffend Schritte zu einer „Charta zur Integrationspartnerschaft“ mit Asylberechtigten (Nr. 311 der Beilagen)
- 9.2 Bericht der Landesregierung zum Beschluss des Salzburger Landtages vom 7. Oktober 2015 (Nr. 84 der Beilagen) betreffend die notärztliche Versorgung in den Regionen und vom 16. März 2016 (Nr. 241 der Beilagen) betreffend notärztliche Versorgung in peripheren Regionen im Bundesland Salzburg (Nr. 312 der Beilagen)
- 9.3 Bericht der Landesregierung zum Beschluss des Salzburger Landtages vom 29. April 2015 (Nr. 798 der Beilagen d.3.S.d.15.GP) betreffend das Einsparungspotenzial bei Drucksorten und Publikationen beim Amt der Salzburger Landesregierung und bei Organisationen, bei denen das Land beteiligt ist und betreffend die Beschränkung des Drucksortenaufwandes in der Salzburger Landesverwaltung und in landeseigenen Betrieben (Nr. 313 der Beilagen)
- 9.4 Bericht der Landesregierung zum Beschluss des Salzburger Landtages vom 2. Juli 2014 (Nr. 725 der Beilagen d.2.S.d.15.GP) betreffend das Erfassen von Schülerinnen und Schülern ohne positiven Schulabschluss (Nr. 314 der Beilagen)

.....

(Beginn der Sitzung: 09:09 Uhr)

**Landtagspräsidentin Dr.<sup>in</sup> Pallauf:** Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Regierungsmitglieder! Sehr geehrte Gäste!

Einen schönen guten Morgen. Ich eröffne hiermit die 6. Sitzung der 4. Session der 15. Gesetzgebungsperiode.

Ich rufe auf

### **Punkt 1: Entschuldigungen von der Haussitzung**

Für heute entschuldigt sind Landeshauptmann Dr. Haslauer von 10:00 bis 15:00 Uhr, Landesrätin Mag.<sup>a</sup> Berthold ganztags. Sie hat in Wien Verhandlungen. Landesrat Dr. Schellhorn von 10:00 bis 15:00 Uhr. Abgeordnete Hirschbichler und Abgeordneter Brand krankheitsbedingt ganztags. Abgeordneter Rothenwänder bis 12:30 Uhr berufsbedingt abwesend und Bundesrätin Mag.<sup>a</sup> Kurz ebenfalls ganztags.

Ich rufe nunmehr auf

### **Punkt 2: Genehmigung des stenographischen Protokolls der 5. Sitzung der 4. Session der 15. Gesetzgebungsperiode**

Das Protokoll ist allen Parteien rechtzeitig übermittelt worden. In der Landtagsdirektion sind keinerlei Einwände eingelangt. Wer mit der Genehmigung einverstanden ist, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. Gegenprobe! Danke. Ich stelle die einstimmige Genehmigung fest. Danke.

Ich rufe auf

### **Punkt 3: Einlauf**

#### **3.1 Zuweisung von Vorlagen und Berichten der Landesregierung**

Im Einlauf befinden sich zwei Vorlagen und drei Berichte der Landesregierung.

**3.1.1 Bericht** der Landesregierung über den Vermögensstand und die Gebarung des Fonds zur Förderung von Kunst am Bau und Kunst im öffentlichen Raum in Salzburg für das Jahr 2014

(Nr. 290 der Beilagen)

3.1.2 **Bericht** der Landesregierung betreffend den Europapolitischen Vorhabensbericht 2013 - 2018, Fortschreibung 2015, für die 15. Gesetzgebungsperiode des Salzburger Landtages

(Nr. 291 der Beilagen)

3.1.3 **Bericht** der Landesregierung betreffend die Beendigung der Privatbeteiligung am Strafverfahren von Funktionären infolge Schuldtilgung durch den Verein ASKÖ Landesverband Salzburg

(Nr. 292 der Beilagen)

3.1.4 **Vorlage** der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Salzburger Gleichbehandlungsgesetz geändert wird

(Nr. 293 der Beilagen)

3.1.5 **Vorlage** der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Salzburger Grundversorgungsgesetz geändert wird (Nr. 315 der Beilagen)

Wer mit der Zuweisung an die zuständigen Ausschüsse einverstanden ist, den ersuche ich auch um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe! Danke. Damit sind diese Geschäftsstücke auch zugewiesen.

## 3.2 Anträge

Im Einlauf befindet sich ein

3.2.1 **Dringlicher Antrag** der Abg. Zweite Landtagspräsidentin Mosler-Törnström BSc, Hirschbichler MBA und Klubvorsitzenden Steidl betreffend Ratifizierung des CETA-Freihandelsabkommens

(Nr. 316 der Beilagen - Berichterstatterin: Zweite Landtagspräsidentin Mosler-Törnström BSc)

Ich ersuche den Schriftführer Abgeordneten Steiner um Verlesung des dringlichen Antrages. Bitte!

**Abg. Steiner BA MA** (verliest den dringlichen Antrag):

**Landtagspräsidentin Dr.<sup>in</sup> Pallauf:** Danke vielmals. Für die antragstellende Fraktion, die SPÖ, hat sich die Zweite Präsidentin zu Wort gemeldet. Du hast fünf Minuten. Bitte um Dein Statement!

## Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Hohes Haus! Werte Landesregierung!

Wo beginnen und wo enden in dieser Frage. Diese Frage stellt sich bei CETA bei TTIP, bei TISA und bei vielen weiteren Abkommen unweigerlich und wir haben uns dafür entschlossen, einen dringlichen Antrag für CETA einzubringen. Was ist das Problem?

Wie Sie gehört haben, das CETA-Abkommen ist ausverhandelt und soll im Juni beim EU-Handelskommissarenmeeting angenommen werden. Während sich das öffentliche Interesse hauptsächlich auf TTIP konzentriert hat und nicht fertig ausverhandelt ist, ist CETA durch die Hintertür gekommen, hat die erste wichtigste Hürde genommen, und zwar den Ratifizierungsprozess im Rat der EU. CETA öffnet also indirekt die Tür für TTIP und enthält allgemein Zutaten von TTIP, die mehr Saures als Süßes erwarten lassen. Es ist nicht immer geklärt oder noch nicht geklärt, ob CETA ein gemischtes Abkommen ist. Das bedeutet, dass nicht nur EU-Kompetenzen betroffen sind, sondern auch Kompetenzen der Mitgliedsstaaten berührt werden, was aber eindeutig der Fall ist, wie ich in einem Beispiel darlegen werde und es gäbe x andere Beispiele.

Obwohl Wirtschaftsminister Mitterlehner die Zustimmung Österreichs davon abhängig macht, dass CETA ein gemischtes Abkommen ist, befürwortet er eine vorläufige Anwendung von CETA ab Jänner 2017 grundsätzlich, bevor unser Parlament darüber abgestimmt hat. Wenn das eintritt, würde das erst 2018 oder 2019 geschehen und im Parlament ratifiziert werden oder auch nicht.

Warum ist das so gefährlich? Sollte das geschehen, kann einiges passieren, was nicht mehr rückgängig gemacht werden kann. Durch die Anwendung von Teilen des Abkommens könnten die Handlungsspielräume unseres Parlaments massiv eingeschränkt werden mit Folgen bis hinunter auf die Gemeindeebene. Nur ein Beispiel was passieren könnte, wenn dieses Abkommen vorzeitig in Österreich angewendet wird und was hier alles berührt werden könnte.

Ich nenne nur den Investitionsschutz und die Möglichkeit der Investoren, Klage gegen Staaten einzubringen. Sie könnten nach dem Willen der Kommission bereits vorläufig angewendet werden. Wenn sich der Nationalstaat im Nachhinein gegen die Ratifizierung des Abkommens ausspricht, würden Investoren dadurch mindestens drei Jahre ein Klagerecht gegen Österreich haben. Ich möchte nur ein aktuelles Beispiel nennen. So etwas könnte auch in Österreich passieren und das betroffene Bundesland könnte bei einer Schadenersatzforderung, wenn es zu einer Verurteilung des Mitgliedsstaates kommt, an den Schadenersatzkosten beteiligt werden.

Das Beispiel, es ist aktuell, lautet folgendermaßen. Ein estnischer privater Wasserversorger bzw. dessen niederländischer Großaktionär klagte die estnische Regierung 2014 unter einem bilateralen Investitionsschutzabkommen zwischen Estland und Niederlande auf einen entgangenen Gewinn von 90 Mio. Euro, weil die Regulierungsbehörde die geplanten Erhöhungen der Wasserpreise abgelehnt hat. Liberalisierungsverpflichtungen mit gravierenden

Auswirkungen auf die Daseinsvorsorge, auf die Landwirtschaft, auf die Umwelt, auf die Verbraucher, auf den Verbraucher und Tierschutz, aber auch die Untergrabung unserer arbeits- und sozialrechtlichen Bestimmungen verlangen geradezu nach einem Veto Österreichs. Verlierer wären die Arbeitnehmerinnen und die Arbeitnehmer, die Umwelt, unsere Landwirtschaft, unsere Klein- und Mittelunternehmensstruktur und Gewinner wären vor allem Großkonzerne.

Heute Nachmittag im Ausschuss hoffe ich auf einen breiten Konsens unseres Antrages. Das Abkommen kann in dieser Form nicht unterzeichnet werden und Österreich muss in der Person unseres Wirtschaftsministers ihr Vetorecht wahrnehmen. (Beifall der SPÖ-Abgeordneten und der Abg. Steiner-Wieser)

**Landtagspräsidentin Dr.<sup>in</sup> Pallauf:** Danke. Als Nächster zu Wort gemeldet Klubobmann Karl Schnell.

**Klubobmann Abg. Dr. Schnell:** Frau Präsidentin! Hohe Regierung! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen!

Wir unterstützen diesen Antrag der SPÖ voll und ganz. Wir bräuchten eigentlich die vielen, vielen Punkte im Antrag gar nicht, weil bis die behandelt sind, ist CETA schon längst durch. CETA ist, wie Du völlig richtig gesagt hast, und das gefällt mir, das ist das erste Mal, dass man einmal ein bisschen gegen die Interessen auch der Europäischen Union und der Wirtschaftstreibenden vorgeht.

Das ist das Blaupapier für TTIP, meine sehr geehrten Damen und Herren. Jetzt kommt es darauf an, ob die globalisierte Weltwirtschaft die Macht übernimmt über alles oder nicht. Das ist der Weg zu TTIP und alle, wie wir da sitzen oder sehr viele, haben lange Gesichter über das, was am Sonntag passiert ist, gemacht. Genau deswegen ist dieser Sonntag passiert. Während die Frau Merkel mit dem Herrn Obama durch Deutschland tourt und für TTIP Werbung macht und in England versucht, die Engländer zum Verbleib in der Europäischen Union zu überreden, genau in der Zeit hat die österreichische Bevölkerung jene Politik abgestraft, die hier zu jedem ungeprüft und zu allem ungeprüft ja und amen sagt. Genau das ist das Problem.

Auf die einzelnen Punkte einzugehen, wäre fast vermessen, wenn man sieht, wie dick und wie viele Seiten diese ganzen Comprehensive Economic and Trade Agreement Abkommen beinhalten, meine sehr geehrten Damen und Herren. Wer nur ein bisschen ein Gefühl für die Bevölkerung, für unsere mittelständische Wirtschaft hat, für unsere Arbeitsplätze, für unsere Bauern, der muss hier ein klares Veto einlegen, muss klar sagen nein, das wollen wir nicht. Wir unterstützen diesen Antrag voll und ganz. Ich hoffe nur, dass Sie auch Gehör finden bei Ihren Vertretern der Bundespolitik und der Europäischen Union. Das hoffe ich aus ganzem Herzen, denn wenn wir dieses Tor öffnen, dann ist die sogenannte Dose von Pandora geöffnet, meine sehr geehrten Damen, und das sollten wir uns gut überlegen. Dankeschön. (Beifall der SPÖ- und FPÖ-Abgeordneten)

**Landtagspräsidentin Dr.<sup>in</sup> Pallauf:** Danke. Gibt es weitere Wortmeldungen? Helmut Naderer!

**Klubobmann Abg. Naderer:** Zur Geschäftsordnung bitte!

**Landtagspräsidentin Dr.<sup>in</sup> Pallauf:** Bitte zur Geschäftsordnung!

**Klubobmann Abg. Naderer:** Gemäß § 32 (5) der Geschäftsordnung des Salzburger Landtages übergebe ich mein Wort an die freiheitliche Abgeordnete Marlies Steiner-Wieser.

**Landtagspräsidentin Dr.<sup>in</sup> Pallauf:** Bitte, Kollegin Steiner-Wieser, Du hast das Wort.

**Abg. Steiner-Wieser:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Werte Kolleginnen und Kollegen!

Vorab darf ich, so wie in der letzten Plenarsitzung, mich ganz herzlich bedanken für das demokratische Verständnis, dass auch der FPÖ eine Redezeit abgetreten wird.

Was den dringlichen Antrag der SPÖ anbelangt, stimmen wir diesem dringlichen Antrag sicherlich zu. Das nun fertig verhandelte Freihandelsabkommen zwischen der EU und Kanada CETA wird binnen kürzester Zeit vorübergehend in Kraft treten, ohne die nationalen Parlamente damit befasst zu haben. Das ist ein Spiel mit dem Feuer, denn CETA ist nicht nur der Vorbote, sondern der Türöffner für TTIP. Wir brauchen weder CETA noch TTIP und der angebliche Durchbruch beim Investorenschutz innerhalb des europäisch-kanadischen Freihandelsabkommens bleibt ja wohl nur Placebo. Diese Reform, die vorgelegt wird, ist keine Verbesserung für unser Rechtssystem und schon gleich gar nicht für unsere heimischen Betriebe.

Die Handelskommissarin Malmström verkündet öffentlich sie sei entzückt von dieser Reform. Das dürfte das Gros der Europäer aber nicht betreffen, denn in den vergangenen zwei Jahrzehnten hat es eine Flut von Konzernklagen gegen Staaten gegeben und das angeblich reformierte Investorenschutzsystem unterscheidet sich nur in wenigen Punkten vom Vorgänger. Es gibt einige Verbesserungen, ja das stimmt, zum Beispiel im prozessualen Bereich, also wie die Einführung einer Berufungsinstanz oder für eine bessere Auswahl von Schiedsrichtern. Aber die Privilegien für ausländische Investoren bleiben dennoch bestehen. Das heißt, es gibt eine Paralleljustiz, die unseren eigenen Betrieben nicht offen steht.

Wenn ich von der Handelskommissarin weiter höre, die Kanadier hätten sehr offen auf die Bedenken der Europäer reagiert, dann frage ich mich doch ernstlich, was Frau Malmström unter Europäern versteht. Hätte man nämlich die Bürger und kleinen und mittleren Betriebe, mittelständischen Betriebe und Unternehmen berücksichtigt, wäre dieser Investorenschutz komplett aus dem Abkommen gestrichen worden. Europa hat ein funktionierendes Rechtssystem, wir wollen und brauchen keinen separaten Investorenschutz. Ich freue mich

auf eine Diskussion heute Nachmittag im Ausschuss und wie gesagt die FPÖ wird der Dringlichkeit und dem Antrag zustimmen. Danke sehr. (Beifall der SPÖ-Abgeordneten und des Klubobmannes Abg. Naderer)

**Landtagspräsidentin Dr.<sup>in</sup> Pallauf:** Danke vielmals. Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich für die Grüne Fraktion Bundesrätin Reiter. Wie bekannt Bundesräte haben bei uns ein Rederecht und es wurde in der Präsidiale festgelegt, dass auch Bundesräte zu diesem Thema zu Wort kommen können. Bitte!

**Bundesrätin Dr.<sup>in</sup> Reiter:** Dankeschön Frau Präsidentin. Werte Kolleginnen und Kollegen!

Ich möchte mich bei der SPÖ ausdrücklich bedanken für diesen dringlichen Antrag, denn die Dringlichkeit ist höchst gerechtfertigt. Es ist richtig, dass die öffentliche Aufmerksamkeit sich auf TTIP konzentriert, die Demonstrationen beim Besuch von Obama waren ein Beispiel davon, dass CETA aber die Blaupause ist und ja, dass es auch den großen Konzernen natürlich sämtliche Tore bereits öffnet, wenn sie Tochterunternehmen in Europa oder in Kanada haben, dann können sie über CETA genauso sozusagen diese Liberalisierungsschritte vornehmen.

Dringend ist die Sache deshalb, weil das Abkommen eben fertig ausverhandelt ist, und zwar schon seit Mai 2014 steht es auch im Internet. Also alle 1.564 Seiten sind im Internet seither zu finden, die Kommission hat es hineingestellt. Die letzten zwei Jahre kam es dann zu einer Überprüfung, zu einer rechtsförmlichen Überprüfung, als die im Februar abgeschlossen wurde, wurde der Text wieder ins Internet gestellt. Also er ist dort verfügbar. Allerdings gibt es keinen Bericht der Bundesregierung oder keinen Kommentar der Bundesregierung zu diesem Text. Vom deutschen Bundestag gibt es das sehr wohl.

Jetzt steht eben das Abkommen kurz davor, die erste und wichtigste Hürde im Ratifizierungsprozess zu nehmen, nämlich die Abstimmung im Rat. Juni ist der Termin, der vorgegeben ist, aber es könnte schon im Rat der Handelsminister am 13. Mai soweit sein. Dort könnte darüber abgestimmt werden grundsätzlich ob man das ratifizieren will, aber auch darüber, ob es überhaupt ein gemischtes Abkommen ist, das heißt ob die Kompetenzen der Staaten davon betroffen sind und wenn das nicht der Fall ist, dann käme das überhaupt nicht mehr in die Parlamente und es könnte das vorläufige Inkrafttreten beschlossen werden. Das ist bei Handelsabkommen gar nicht unüblich und das halte ich für die gefährlichste und demokratiepolitisch fatalste Entscheidung, denn damit würden maßgebliche Teile des Abkommens Inkrafttreten und vorbei an allen Parlamenten inklusive der Sonderrechte für die Investoren. Die EU-Mitgliedsstaaten könnten selbst dann noch vor Sondergerichtshöfen geklagt werden, wenn das Abkommen aufgehoben oder gekündigt würde, drei Jahre dann noch. Vermutlich würden 95 % des Abkommens damit in Kraft treten, laut dem Chefunterhandler Steve Verheul aus Kanada, sobald 15 der 28 Regierungen der EU-Mitgliedsstaaten dem zugestimmt haben, inklusive wie gesagt Sondergerichte für Investoren, laut Bernd Lange dem Vorsitzenden der Kommission für internationalen Handel des Europäischen Parlaments. Das Abkommen kann dann auch unbegrenzt ohne Parlamentsbeschluss in

Kraft bleiben. Es gibt kein festes Datum für eine Zustimmungsnotwendigkeit und auch wenn ein Parlament nicht zustimmt, wurscht, nur der Rat kann entsprechende Beschlüsse dann wieder fassen.

Nun haben aber die österreichischen Bundesländer im Mai 2014 in einer einheitlichen Länderstellungnahme nach Art. 23 Bundesverfassungsgesetz Forderungen für TTIP definiert. Im November folgte ein Beschluss der Landeshauptleutekonferenz in dieser Sache mit den entsprechenden Forderungen. Es gibt noch eine Stellungnahme der Länder vom Juni 2015, die nur scheiterte an dem Investitionsschutz in der Steiermark, aber sonst auch akkordiert war. Wenn man jetzt diese Papiere überprüft, was davon ist bei CETA realisiert oder eingehalten, dann ist zu sagen so gut wie nichts. Das heißt wenn die Länder jetzt auch nicht tätig werden sozusagen und sich wieder hinter diese Forderungen stellen, dann war das völlig umsonst. Diese einheitliche Länderstellungnahme ist in Bezug auf CETA in keiner Weise erfüllt, was die Daseinsvorsorge betrifft, das ist denke ich das Hauptkriterium, was Umweltschutzstandards, arbeitsrechtliche Normen usw. betrifft.

Das heißt nur kurz Herkunftsangaben z.B. österreichische. Da wurde von den Ländern 15 gefordert, drei sind realisiert in CETA. Das heißt ich denke die Länder müssen jetzt tätig werden, massiv tätig werden, die Landeshauptleutekonferenz wäre die nächste Gelegenheit, hier entsprechende Schritte zu setzen, und die österreichische Bundesregierung zu binden, im Rat entsprechend abzustimmen, das heißt keine Zustimmungen, ohne entsprechende Analysen des Textes, ohne breite öffentliche Diskussion und ohne Einbindung der Parlamente. Danke. (Beifall der SPÖ- und Grünen-Abgeordneten)

**Landtagspräsidentin Dr.<sup>in</sup> Pallauf:** Danke Frau Bundesrätin. Als Nächster zu Wort Kollege Hans Scharfetter von der Salzburger Volkspartei.

**Abg. Mag. Scharfetter:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Geschätzte Regierungsmitglieder!

Wir werden der Dringlichkeit dieses Antrages natürlich zustimmen. Nach Geschäftsordnung sollte man an dieser Stelle sozusagen primär über die Dringlichkeit diskutieren, aber klarerweise wird auch die inhaltliche Diskussion geführt. Zu Recht. Ich glaube dieses Thema ist zu Recht auf die Agenda gesetzt worden, wurde schon geschildert, und ich habe den Eindruck, die Kolleginnen und Kollegen haben sich schon sehr intensiv mit dem Thema beschäftigt.

Wir diskutieren viel über TTIP. CETA ist da etwas in den Hintergrund geraten, wenngleich, völlig richtig angesprochen, das so etwas wie die Blaupause oder Vorlage für das TTIP-Abkommen ist. Vielleicht noch ein Hinweis. Es ist eine ganz interessante Konstellation heute Vormittag. Wir diskutieren jetzt die Frage Freihandelsabkommen, Globalisierung, negative Einflüsse. Der nächste Tagesordnungspunkt beschäftigt sich mit der Frage was passiert, wenn dieser freie Handel gestört wird, nämlich wenn Sanktionen eingesetzt werden

und wie wirkt sich das auf die Exportwirtschaft aus. Also auch diesen Aspekt sollte man insgesamt, glaube ich, berücksichtigen.

Vieles Richtige wurde gesagt. Ich glaube eines vorweg. Es kann nicht sein, dass dieses CETA-Abkommen, dieses Comprehensive Economic and Trade Agreement nicht als gemischtes Abkommen gesehen wird. Das würde nämlich bedeuten, Frau Kollegin Reiter hat es ja ausgeführt, dass sozusagen die nationalen Parlamente ausgeschaltet würden in der Zustimmung. Für uns ist es eindeutig ein gemischtes Abkommen. Was die vorläufige Anwendung betrifft, muss man sich auch noch anschauen, welche Teile hier die vorläufige Anwendung betrifft, aber ich würde doch gerne an dieser Stelle einige, wir nennen das gerne rote Linien markieren, die aus unserer Sicht unverrückbar sind.

Die Themen wurden angesprochen. Der Antrag wurde sehr ausführlich auch begründet. Es ist das Thema Daseinsvorsorge, das Thema Beschaffung, es ist natürlich das Thema der Standards, das Thema der Transparenz, das Thema der Mitwirkung der Parlamente, das Thema etwa Investitionsschutzabkommen. Ich habe wenig Verständnis, dass wenn Rechtsstaaten mit entwickelten Rechtssystemen Verträge schließen, dass man eine Parallelgerichtsbarkeit aufbauen muss und und und, vieles mehr. Also es sind hier ganz viele Punkte, viele offene Fragen, viele Punkte, die wir natürlich sehr kritisch sehen und wo wir sagen da sind wesentliche Bedingungen zu formulieren.

Faktum ist die Verhandlungen sind abgeschlossen. Für uns ist unverrückbar der Genehmigungsvorbehalt des Parlaments und ich habe es schon angesprochen, dass diese wesentlichen Punkte, wo vieles offen ist, viele Rechtsfragen noch zu klären sind. In Summe nehmen wir eine sehr kritische Position auch dazu ein. Danke auch für den Antrag, weil er uns die Gelegenheit gibt, das im Ausschuss noch etwas zu vertiefen. Die Auswirkungen wurden geschildert, ich will hier nichts wiederholen, Fortsetzung heute Nachmittag im Ausschuss. Vielen Dank. (Beifall der ÖVP-, SPÖ- und Grünen-Abgeordneten)

**Landtagspräsidentin Dr.<sup>in</sup> Pallauf:** Danke vielmals. Gibt es noch weitere Wortmeldungen? Keine mehr. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer mit der Zuerkennung der Dringlichkeit des Antrages der SPÖ einverstanden ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenstimmen? Keine. Damit ist die Dringlichkeit einstimmig zuerkannt.

Im Einlauf befindet sich ein

**3.2.2 Dringlicher Antrag der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann betreffend Aufhebung des Embargos gegen Russland**  
(Nr. 317 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Steiner BA MA)

Ich ersuche die Schriftführerin Abgeordnete Jöbstl um Verlesung des dringlichen Antrages.

**Abg. Jöbstl** (verliest den dringlichen Antrag):

**Landtagspräsidentin Dr.<sup>in</sup> Pallauf:** Danke vielmals. Bevor wir in die Debatte eintreten, begrüße ich Gäste hier in unserem Plenarsaal, die Schülerinnen und Schüler der Tourismusschule Bramberg mit Frau Mag. Wöhrer. Schön, dass Sie uns heute besuchen und eine Plenarsitzung live miterleben. Ein herzliches Willkommen! (Allgemeiner Beifall)

Als Erster zu Wort gemeldet hat sich Herr Klubobmann Schnell für die Antragsteller. Bitte!

**Klubobmann Abg. Dr. Schnell:** Hohes Haus! Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr verehrte Zuhörerinnen und Zuhörer von der Bramberger Tourismusschule, die es ja auch besonders betrifft!

Viele denken sich's und niemand traut es sich zu sagen. Ob das jetzt der Herr Bundespräsident Fischer ist, ob das der Herr Vizekanzler Mitterlehner ist, ob das der Herr Minister Rupprechter ist, ob es Wirtschaftsexperten sind, wie ein Kärntner Experte für Wirtschaftskriminalität, alle denken es sich, keiner traut es sich auszusprechen. Endlich diese Sanktionen gegen Russland, dieses Embargo aufzuheben.

Es gibt in der Medizin ein Krankheitsbild, wo man sich selbst Schaden zufügt, sich selbst verletzt. Das ist ein Krankheitsbild. Ich hoffe ja nicht doch, dass die Bundesregierung und die EU krank sind. In manchen Dingen könnte man das aber sehr wohl annehmen. Ich gehe nicht auf den Inhalt ein. Das ist ja praktisch verlesen worden, das würde meine ganze Zeit in Anspruch nehmen, sondern wirklich auf die moralischen und auf die emotionalen Hintergründe, meine sehr geehrten Damen und Herren.

All das steht im Zusammenhang, wie es Hans Scharfetter völlig richtig gesagt hat. Wie ich also jetzt ins Parlament gefahren bin, Landtag, habe ich gerade gehört, dass man die 500-Euro-Note abschaffen will. Das Abschaffen des Bargeldes. CETA, TTIP, der komische Deal, allein das Wort Deal schon mit der Türkei. Alle diese Dinge, die führen dazu, dass die Bevölkerung die Politik nicht mehr versteht.

Genauso ist es bei diesem Embargo, meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn wir uns die Hintergründe einmal vor Augen führen. Amerika, jetzt, wo die Niederländer auch abgestimmt haben gegen einen Beitritt der Ukraine zur Europäischen Union, weil wir uns das alles nicht leisten können. Niemand von Ihnen hat vielleicht mitbekommen, dass ein lettischer Politiker in einem Telefonat der Frau Asthon mitgeteilt hat, dass damals die Schüsse am Maidanplatz nicht von den prorussischen Separatisten gekommen sind, sondern von den eigenen Leuten. Nie wurde wirklich der Flugzeugabsturz geklärt, aber keiner auf der ganzen Welt hat den Mund aufgemacht, als die Amerikaner einen Angriffskrieg gegen den Irak gestartet haben. Was steckt denn dahinter bei diesem Embargo? Wieder jetzt, wo der Herr Obama durch Deutschland tourt, um für TTIP zu werben und für Europa. Nichts anderes als die Wirtschaftsinteressen der Großmacht USA.

Jetzt stellen Sie sich einmal vor jetzt wird Trump oder Clinton Präsident von Amerika. Der Bupo Strache Bundespräsident, Helmut Naderer Landeshauptmann, und dann kommt das

noch alles, liebe Leute (Beifall Klubobmann Abg. Naderer). Das stellen wir uns einmal vor und Bargeld werden wir abschaffen und TTIP kommt und der Deal mit der Türkei, da sind wir genau dort, wo wir hin sollen, meine sehr geehrten Damen und Herren. Gratuliere! Setzen wir dieser unsinnigen Politik endlich einmal ein Ende. Horchen Sie einmal auf die Menschen draußen, auf die Wirtschaftstreibenden, die wirklich sagen was hat dieses Embargo gebracht? Was soll dieses Embargo bringen, außer die Wirtschaftsinteressen der USA zu stärken und sonst gar nichts, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Hoffentlich haben die Niederländer, die waren offensichtlich klar bei Verstand bei dieser Abstimmung. Ich könnte mir nur wünschen, dass endlich auch die österreichische Politik ein klares Nein zu diesem Schritt sagt. Nicht umsonst war Fischer bei Putin, aber niemand hat es sich auszusprechen getraut, um was es wirklich geht. Nicht umsonst sind es hohe Politiker, die sagen dieses Embargo gehört eigentlich weg.

Wir sind in Salzburg leider dazu angehalten - ich bin sofort fertig, Frau Präsidentin - ich habe es immer wieder gesagt die Entscheidungen trifft Brüssel, trifft Wien, aber wir sind die Betroffenen. Wir hier unsere Betriebe, unsere Menschen, die Arbeitsplätze, deswegen müssen wir uns gegen diese Wahnsinnspolitik wehren. Danke. (Beifall der FPÖ-Abgeordneten)

**Landtagspräsidentin Dr.<sup>in</sup> Pallauf:** Danke. Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich für die SPÖ die Zweite Präsidentin Gudrun Mosler-Törnström.

**Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc:** Frau Präsidentin! Hohes Haus! Liebe Schülerinnen und Schüler! Herzlich willkommen im Salzburger Landtag!

Ich möchte dieses Thema einmal völlig anders beginnen, und zwar mit Christopher Clark, der 2014 die Eröffnungsrede der Salzburger Festspiele gehalten hat. Ich zitiere nur einige Passagen aus seiner Rede, die hier sehr gut passen: „Die Krise, die sich in den letzten Monaten in der Ukraine abspielt, ist wiederum unter anderem ein Mahnmal dafür, wie schnell die Ereignisse auch die sorgfältigsten Pläne überrollen und zu unvorhersehbaren Konstellationen führen können. Dass es bei dieser Krise nicht zu einer weiteren Eskalation gekommen ist, liegt nicht nur an der bisherigen Zurückhaltung aller wesentlichen beteiligten Entscheidungsträger, sondern auch an der Existenz trotz aller Spannungen einer blockübergreifenden Sicherheitsarchitektur mit gemeinsamen Gremien wie die KSZE der G8, der Europäische Rat oder der Europarat, die noch als Kommunikationsagenturen, notfalls auch als Vermittlungs- und Schlichtungsinstanzen dienen können. Viel gefährlicher ist die Lage in Asien. Es gibt in dieser Region überhaupt keine regionalen und globalen Mechanismen, die in eventuell vorkommenden Konflikten effektiv vermitteln können. Was hier Not tut, ist die Kultur einer transnationalen Kooperation, ähnlich wie jene, die in Europa aus den Ruinen der zwei Weltkriege entstanden ist. Stattdessen beobachten wir in Asien, wie übrigens auch in Teilen Europas das Wiederaufwachen eines streitsüchtigen Nationalismus, der immer auf der Suche nach einfachen Lösungen ist.“ Zitat Ende.

Genau um diesen Dialog geht es. Im Zuge der Anerkennung und der anschließenden Besetzung der Halbinsel Krim durch Russland haben Gott sei Dank nicht die Waffen gesprochen, sondern unterschiedliche Maßnahmen wie das Embargo, das Absagen von hochrangigen Konferenzen oder auch hin bis zu Visaverboten. Also die diplomatische Zunge, und das ist wichtig.

Eine militärische Lösung des Ukraine Konfliktes wäre keine Lösung und kann nur am Verhandlungstisch erreicht werden. Kollege Scharfetter hat auf Parallelen hingewiesen, die ja eigentlich keine Parallelen sind, denn dass die Schließung der Grenzen Millionen und aber Millionen Verluste für die Wirtschaft bringt, wie wir sie jetzt erleben, ist eine Tatsache und ist nicht vergleichbar mit dem, was sich zwischen Russland und der Ukraine abspielt. Dabei geht es um die Annexion eines fremden Territoriums und daher kann man das nicht vergleichen und auch nicht akzeptieren. Solange Russland die Krim besetzt hält, ist der Konflikt in der Ostukraine nicht lösbar, er wird weiter angeheizt und kann nur über diplomatische Beziehungen gelöst werden.

In einem gebe ich Dir Recht. Wir müssen darauf hinarbeiten, inwieweit wir dieses Embargo lösen und dazu gehört natürlich auch, dass beiderseitig das Minsk agreement eingehalten wird. Dazu hat sich die EU klar geäußert und wenn das der Fall ist, dann können wir auch beginnen, über die Beendigung des Embargos zu diskutieren. Dieses Embargo bringt natürlich große Nachteile nicht nur für Russland, sondern auch für die, die das Embargo ausgesprochen haben. Das wissen wir. Auch ich bin der Meinung es soll gelöst werden auf dieser diplomatischen Ebene und ich hoffe wirklich, dass beiderseitig endlich das Minsk agreement umgesetzt wird, dass man beginnt, Visaverbote für bestimmte Personen schrittweise abzuschaffen, denn es dient keinem. Es gäb einige Möglichkeiten, die wir heute Nachmittag diskutieren können, aber, Karl Schnell, ein generelles Aufheben des Embargos ohne Gegenleistung, das wird es nicht spielen, aber wir stimmen der Dringlichkeit zu. (Beifall der SPÖ- und Grünen-Abgeordneten)

**Landtagspräsidentin Dr.<sup>in</sup> Pallauf:** Danke. Für die Grüne Fraktion Kollege Scheinast. Du hast das Wort. Zur Erläuterung: Nach vier Minuten läute ich immer kurz an, dass der Redner oder die Rednerin weiß er hat nur mehr eine Minute Redezeit. Nach fünf Minuten ist die Redezeit vorbei. Bitte Kollege Scheinast!

**Abg. Scheinast:** Vielen Dank. Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Gäste!

Es ist ja üblich, der Dringlichkeit zuzustimmen, wie wohl dieser Antrag natürlich zum jetzigen Zeitpunkt überhaupt nicht dringlich ist, weil es keinen Grund gibt, zum jetzigen Zeitpunkt das Embargo zu sistieren oder abzuschaffen. Ganz im Gegenteil. Charly Schnell hat uns ja in seinen Erläuterungen gezeigt, dass er sozusagen sein Wald- und Wiesenunbehagen so wie immer gegen Europa und gegen verschiedene Umstände, wie furchtbar halt in der Welt gefuhrwerkert wird und wie schwer es die heimische Wirtschaft hat und wie schwierig alles ist ...

(Zwischenruf Klubobmann Abg. Dr. Schnell: Da kann ich aber nichts dafür!)

... in diesem Durcheinander von Obama-Kritik und Verschwörungstheorien. Da wird dann auch die Russlandliebe entdeckt. Es gibt keinen Grund, zum jetzigen Zeitpunkt das Embargo aufzuheben. Die Zweite Präsidentin Mosler-Törnström hat es gesagt, das Minsker Abkommen ist nicht erfüllt und die Idee, mit Sanktionen politisch wünschenswerte Bewegungen in Gang zu setzen, ist eine vergleichsweise friedliche und richtige Idee, wenn die Diplomatie nicht mehr weiter kann, dann muss man halt zu Sanktionen greifen.

Eines ist schon klar, um meine Wortmeldung relativ kurz zu halten. Nach dem Motto vorzugehen zuerst kommt das Essen und dann die Moral, da sind wir nicht dabei und wir stimmen zwar der Dringlichkeit zu, aber sind nicht sehr begeistert von der Grundidee des Antrages. Danke. (Beifall der Grünen-Abgeordneten) ...

(Zwischenruf Klubobmann Abg. Dr. Schnell: Auf Kosten der SPÖ?)

Landtagspräsidentin Dr.<sup>in</sup> Pallauf: Danke. Kollege Scharfetter für die ÖVP. Bitte!

**Abg. Mag. Scharfetter:** Geschätzte Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Besucher aus Bramberg! Schülerinnen und Schüler! Herzlich willkommen!

Der Bogen wurde schon ziemlich weit gespannt bis hin zur Weltpolitik und viele Facetten wurden angesprochen. Vielleicht vorweg eine Klarstellung, Frau Kollegin Mosler. Mir ist es um den Hinweis gegangen, dass es im vorigen Tagesordnungspunkt grundsätzlich um das große Thema geht möglichst ungehinderter Zugang zu Märkten im Ausland, Abbau von Barrieren und es bei diesem Thema und uns dieses Thema zeigt, wie wirtschaftlich verwundbar wir eigentlich sind, wenn eine Störung dieses möglichst freien Marktzugangs stattfindet. Ich schicke der Ordnung halber noch voraus, Anlass ist eine grober Völkerrechtsverletzung und dahinter steht natürlich auch die Frage bleiben solche Völkerrechtsverletzungen ohne Sanktion oder werden sie sanktioniert. Das glaube ich muss man schon sehen. Das Minsker Abkommen ist ja noch nicht umgesetzt, die Sanktionen sind auch mit dem Minsker Abkommen verknüpft.

Unser Thema ist ja weniger das Embargo der EU gegenüber Russland, sondern die Gegenreaktion, die Russland ausgelöst hat, der Importstopp und der trifft uns, und da gebe ich dem Kollegen Schnell natürlich Recht, der trifft uns wirtschaftlich betrachtet natürlich, wenngleich man auch hier die Relationen ein bisschen zurechtrücken muss. Unsere Russlandexporte betragen 2,3 % unseres Gesamtexportes. Die Russlandexporte haben sich gut entwickelt, 10 % im Jahr gestiegen, aber verglichen mit dem Gesamtexportvolumen muss man das ein bisschen zurechtrücken. Aber es ist richtig, lieber Karl Schnell, es sind einige Branchen schon durchaus betroffen. Das WIFO hat es auch versucht einmal zu rechnen. Das hat Auswirkungen auf Arbeitsplätze, auf einen Teil dieses Handelsvolumens.

Du hast es richtig angesprochen der Tourismus ist betroffen, wobei ich noch ergänze die Schwierigkeiten mit dem russischen Markt hängen nicht nur mit den Sanktionen zusammen. Russlands Wirtschaft schwächelt. Das heißt üblicherweise die Wirtschaft in Russland hat zwei Verbündete: Öl und Gas. Wenn die Preise niedrig sind, dann wirkt sich das unmittelbar auf die russische Wirtschaft aus. Was man nicht übersehen darf, und das ist ganz maßgeblich, der russische Rubel hat ganz massiv abgewertet. Das heißt unsere Gäste beispielsweise im Tourismus hat sich der Urlaub erheblich verteuert.

Wo uns diese Sanktionen ganz massiv Probleme machen, ist im Bereich der Landwirtschaft, indirekte Auswirkungen. Von diesen 250 Mio. Handelsvolumen im agrarischen Bereich mit Russland sind ungefähr die Hälfte von diesen Sanktionen betroffen. Was unsere Bauern natürlich trifft, ist der Umstand, dass uns das - Herr Landesrat Schwaiger, Du wirst mir Recht geben - was den Milchmarkt betrifft, zu einem ganz ungünstigen Zeitpunkt erwischt. Wir haben hier bekanntlich die Situation Mengenregulierung wurde aufgehoben, wir haben relativ ein hohes Angebot in Europa, die Schwellenländer schwächeln wirtschaftlich und just zu diesem Zeitpunkt fällt Russland als Importeur oder Abnehmer dieser Waren nicht zur Gänze, aber zu einem ganz erheblichen Teil weg. Das heißt wir haben massive indirekte Auswirkungen etwa im Bereich der Landwirtschaft, der Milchwirtschaft.

Ich würde, lieber Karl Schnell, das nicht so kritisch sehen, sondern ganz im Gegenteil. Minister Rupprechter versucht halt jetzt schon, sich für die Zeit nach den Sanktionen, da geht es auch schon wieder um das Thema Handelshemmnisse, da geht es auch schon wieder im das Thema Zertifizierung, den Boden zu ebnet, damit unsere Betriebe möglichst rasch hier auch wieder liefern können.

Also das Embargo trifft uns, überhaupt keine Frage, wirtschaftlich. Daher auch unsere massive Forderung, unsere Unterstützung, und zwar mit Nachdruck, dass wir hier den Dialog mit Russland intensiv führen. Das Minsker Abkommen sollte zu einem Abschluss kommen. Ich gehe davon aus, dass dieses Embargo ein Ablaufdatum hat und dass wir gut beraten sind, uns vorzubereiten auf die Zeit danach, weil eines bewirkt ein Embargo natürlich auch, dass beispielsweise der Agrarsektor in Russland sich jetzt natürlich stärker auf Selbstversorgung ausrichtet, stärker aufrüstet und möglicherweise hier auch ein quasi Kollateralschaden entsteht, indem diese Exportmärkte in dieser Form wegfallen.

Wir stimmen der Dringlichkeit zu, wenngleich ich dem Kollegen Scheinast Recht geben kann, kann man vielleicht darüber streiten. Wir stimmen der Dringlichkeit zu und können dieses Thema dann im Ausschuss noch weiter vertiefen. Vielen Dank. (Beifall der ÖVP- und Grünen-Abgeordneten)

**Landtagspräsidentin Dr.<sup>in</sup> Pallauf:** Danke. Für das Team Stronach Salzburg Helmut Naderer.

**Klubobmann Abg. Naderer:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Geschätzte Landesregierung! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Zuhörerinnen und Zuhörer! Liebe Schülerinnen und Schüler!

Österreich hat 1955 einen Staatsvertrag bekommen. Einer der Signatarmächte ist Russland. Mit diesem Staatsvertrag sind wir nicht nur wieder frei geworden, sondern wir haben uns auch zur Neutralität verpflichtet. Ich glaube nicht, dass es einem neutralen Staat ansteht, sich an solchen Sanktionen überhaupt zu beteiligen. Wir haben uns neutral zu verhalten, wiewohl mir dabei wieder klar wird, dass die ganzen Aussagen über die Neutralität der Republik Österreich, die von Bundesseite kommen, alle nicht mehr stimmen, denn wir sind nicht mehr neutral, wir sind Teil der EU und heulen hier mit den Wölfen.

Man lässt uns glauben, dass der Sanktionsidee ein Druck zugrunde liegt, dass sich Russland in seinem Verhalten verändern wird, wenn wir diese Sanktionen aufrechterhalten. Das ist ein Vorgehen, das weder im Privaten mit Menschen funktioniert, schon gar nicht mit Staaten funktioniert. Das Ergebnis sehen wir. Es wird überhaupt nichts verändert und wir haben auch andere Sanktionen gesehen. Ich denke an den Iran oder Nordkorea, die bauen offenbar unvermittelt an ihrer Atombombe weiter. Diese Sanktionen helfen gar nichts. Hier können nur die Diplomatie, das Gespräch und Verträge eine Lösung sein. Da gebe ich der Kollegin Mosler-Törnström völlig Recht. Diplomatie ist hier sicher angesagt.

Die EU und die Amerikaner lassen uns auch glauben, dass mit diesen Sanktionen Putin irgendwann einmal vielleicht nachgeben wird, weil er Druck aus der Bevölkerung kriegt. Soweit mir die Umfragen in Russland bekannt sind, ist Putin populärer denn je. Genau das Gegenteil ist entstanden, als was diese Sanktionen bewirken sollten.

Eines ist auch klar. Die Sanktionen treffen in erster Linie unsere regionale Wirtschaft, die Klein- und Mittelbetriebe, wobei jetzt Klein- und Mittelbetriebe auch schon größere Betriebe, EU-weit gesehen hernehme. Ich darf an dieser Stelle den Seniorchef der Fa. Windhager, Ing. Werner Windhager, sehr herzlich auch da bei uns begrüßen. Er ist einer Firma vorgestanden in einer Größenordnung, die von solchen Exporthemmnissen sicherlich beeinträchtigt gewesen wären und auch heute ist. Ich glaube gestern ist sogar ein Preis vom Landesrat Schwaiger der Fa. Windhager überreicht worden, wozu ich auch noch herzlich gratuliere.

Nutznieser sind die großen Konzerne. Eines ist klar. Es gibt keine einzige Sanktionsmauer, die so hoch ist, dass das Geld der Konzerne sie nicht überwinden könnte. Es ist unsere Landwirtschaft, es sind unsere klein- und mittelständischen Betriebe, die geschädigt sind. Das heißt wir brauchen einen Plan B. Plan B kann nur bedeuten Gespräche auf Augenhöhe führen und nicht von vornherein dem Gesprächspartner vermitteln Du hast sowieso keine anderen Chancen, Du musst das tun was wir wollen, sondern einfach ganz neutral ins Gespräch hier gehen und damit versuchen, diese Sanktionen wieder aufzuheben und ganz unschuldig, glaube ich, ist die Ukraine an der Situation auch nicht. Ukraine ist nachdem sie sich von Russland abgespalten hat, weggekommen ist, ein zentraler Staat, ein Mustersozia-

listenbetrieb kann man sagen geblieben. Es gibt dort kein einziges regionales Parlament. Es gibt kein Bundesland. Es gibt nur eine zentrale Verwaltung in Kiew. Dass das nicht funktioniert, man braucht es sich nur vorstellen im kleinen Österreich. Wir hätten Vorarlberg und Wien, und das wären keine eigenen Bundesländer, sondern die Vorarlberger müssten immer das tun was die Wiener sagen, obwohl die Vorarlberger Alemannen sind und die Wiener einen ganz anderen Volksstamm haben. So ist es auch dort, dass auf der Krim vorwiegend die Russen sind und wenn man dort eigene Bundesländer hätte und die föderalistisch zusammenarbeiten ließe, wäre es nie so weit gekommen, dass offenbar mit Hilfe der Russen dort einmarschiert worden ist. (Beifall der Abg. Steiner-Wieser)

**Landtagspräsidentin Dr.<sup>in</sup> Pallauf:** Danke. Zu Wort für den Klub der FPÖ Klubobmann Karl Schnell. Bitte, Du hast noch einmal das Wort.

**Klubobmann Abg. Dr. Schnell:** Ich bin froh, dass die Kollegen der Grünen dagegen sind, weil sonst wäre irgendetwas falsch an dem Antrag.

Eines ist lustig. Wenn man Tatsachen aneinanderstellt, dass der Herr Obama für TTIP wirbt mit der Frau Merkel in Deutschland, dass er in England für den Verbleib von Großbritannien bei der Europäischen Union wirbt, dass es das Telefonat gegeben hat mit Asthon, dann sagt der Herr Vertreter der Grünen das ist eine Verschwörungstheorie. Also wenn man Tatsachen bringt und eins und eins zusammenzählt, dann ist es eine Verschwörungstheorie. Das ist unheimlich klass. Wenn man sich selber weht tut, ist das wahrscheinlich auch eine Verschwörung.

Nur, Herr Kollege, wo wart denn Ihr, wie die Amerikaner einen Angriffskrieg gegen den Irak geführt haben mit der Ausrede, dort die Waffen zu suchen, die man ihnen vorher verkauft hat. Habe ich keinen gehört von Euch. Dass es ein Angriffskrieg ist, keine Sanktionen gegen Obama, dass Ihr amerikofil seid, das kann mir gleich sein, ist mir auch gleich, aber dass wir leiden, dass unsere Wirtschaft, der Tourismus, die Ärzte, alle darunter leiden, das ist mir nicht egal. Dass allerdings die Wirtschaftspartei inhaltlich sich hier auch verwehrt, ist gänzlich unverständlich für mich. Selbst, gerade Du als Tourismusvertreter, 40 % minus bitte allein in Deinem Tal, im Gasteinertal. Und wir merken es sehr wohl, ich merke es als Arzt, ich sehe ja, wie viele Patienten jetzt von Russland wir vorher gehabt haben und wie viele wir jetzt haben. Auch in der Landwirtschaft. Wenn Du völlig richtig sagst, dass sich Russland jetzt einstellt darauf und ihre Eigenversorgung forciert, dann ist das richtig, aber dann kann sich der Ruppreecher noch zehn Jahre bemühen, wenn es dann soweit ist, dass wir das Embargo aufheben, werden die Russen für die Selbstversorgung bereits gesorgt haben, meine lieben Freunde.

Ist ja auch völlig gleich. Auch der Zeitpunkt, lieber Herr Kollege von den Grünen, jetzt war der Herr Bundespräsident Fischer bei Putin. Jetzt war er in Russland. Jetzt haben viele der mächtigen Politiker in unserem Land gesagt eigentlich ist das Embargo unverständlich, eigentlich gehört es aufgehoben und jetzt ist es an der Zeit, dass wir für unsere Wirtschaft richtig denken. Genau wie es der Helmut Naderer gesagt hat. Wir sind ein neutrales Land.

Das weiß ich, dass das die Grünen überhaupt nicht interessiert die Neutralität, das ist mir schon klar. Ihr seid einfach die, die als Erster umgefallen sind und EU-hörig und Amerika-hörig sind, aber deswegen brauchen wir uns nicht ins eigene Fleisch schneiden. Deswegen treten wir dafür ein für unsere eigene Wirtschaft, Herr Kollege, und das können Sie noch so sehr als Verschwörungstheorie hinstellen. Ich weiß was in Saalbach an russischen Gästen vorhanden ist, im Gasteinertal. Ich weiß, dass wir hier massive Nachteile hinzunehmen haben. Das ist sicher nicht deswegen, weil wirtschaftlich Russland so schlecht steht. Wir müssen nur aufpassen, wenn wir so weiter machen, dass Österreich wirtschaftlich nicht irgendwann schlecht steht, und das möchte ich bedenken, weil ich bleibe und bin ein österreichischer Politiker und die russischen Puten hast vielleicht Du zu Hause. Ich habe nichts gehört in meiner Rede, dass ich die Russen liebe. Danke. (Beifall der FPÖ-Abgeordneten)

**Landtagspräsidentin Dr.<sup>in</sup> Pallauf:** Danke. Damit kommen wir zur Abstimmung über die Dringlichkeit dieses Antrages. Wer mit der Zuerkennung der Dringlichkeit des Antrages des Klubs der FPÖ einverstanden ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenstimmen? Keine. Damit ist die Dringlichkeit zuerkannt.

Im Einlauf befinden sich 19 Anträge. Wer mit der Zuweisung an die zuständigen Ausschüsse einverstanden ist, auch den ersuche ich jetzt um ein Zeichen mit der Hand. Gegenstimmen? Keine. Damit sind die Anträge den jeweiligen Ausschüssen zugewiesen.

**3.2.3 Antrag** der Abg. Hofbauer und Landtagspräsidentin Dr.<sup>in</sup> Pallauf betreffend Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligung bei Großprojekten  
(Nr. 318 der Beilagen - Berichterstatterin: Landtagspräsidentin Dr.<sup>in</sup> Pallauf)

**3.2.4 Antrag** der Abg. Mag.<sup>a</sup> Sieberth und Klubobfrau Mag.<sup>a</sup> Gutschi betreffend Familienfreundlichkeit im Salzburger Landtag  
(Nr. 319 der Beilagen - Berichterstatterin: Abg. Mag.<sup>a</sup> Sieberth)

**3.2.5 Antrag** der Abg. Hofbauer und Landtagspräsidentin Dr.<sup>in</sup> Pallauf betreffend mehr Transparenz und Informationen  
(Nr. 320 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Hofbauer)

**3.2.6 Antrag** der Abg. Hofbauer und Mag. Mayer betreffend eine Novelle der Salzburger Landtagswahlordnung  
(Nr. 321 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Mag. Mayer)

**3.2.7 Antrag** der Abg. Jöbstl und Hofbauer betreffend die Verankerung des Salzburger Jugendlandtages  
(Nr. 322 der Beilagen - Berichterstatterin: Abg. Jöbstl)

3.2.8 **Antrag** der Abg. Landtagspräsidentin Dr.<sup>in</sup> Pallauf, Klubobfrau Mag.<sup>a</sup> Gutschi und Bartel betreffend eine Rezeptgebührenbefreiung für „freiwillig“ Krankenversicherte  
(Nr. 323 der Beilagen - Berichterstatterin: Abg. Bartel)

3.2.9 **Antrag** der Abg. Landtagspräsidentin Dr.<sup>in</sup> Pallauf, Klubobfrau Mag.<sup>a</sup> Gutschi und Bartel betreffend Bemessung des Wochengeldes  
(Nr. 324 der Beilagen - Berichterstatterin: Klubobfrau Mag.<sup>a</sup> Gutschi)

3.2.10 **Antrag** der Abg. Jöbstl und Bartel betreffend die Anti-Doping-Bestimmungen im Salzburger Landessportgesetz  
(Nr. 325 der Beilagen - Berichterstatterin: Abg. Bartel)

3.2.11 **Antrag** der Abg. Klubobfrau Mag.<sup>a</sup> Gutschi, Jöbstl und Bartel betreffend die Einführung eines „Tag der Aufklärung“  
(Nr. 326 der Beilagen - Berichterstatterin: Abg. Jöbstl)

3.2.12 **Antrag** der Abg. Riezler-Kainzner, Zweite Landtagspräsidentin Mosler-Törnström BSc und Klubvorsitzenden Steidl betreffend Konradinum  
(Nr. 327 der Beilagen - Berichterstatterin: Abg. Riezler-Kainzner)

3.2.13 **Antrag** der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Mag. Schmidlechner betreffend die Einrichtung einer Expertinnengruppe und Expertengruppe zur Überprüfung der Fallzahlen bei Operationen sowie Komplikationsraten  
(Nr. 328 der Beilagen - Berichterstatter: Klubvorsitzender Abg. Steidl)

3.2.14 **Antrag** der Abg. Fuchs und Scheinast betreffend eine Dekarbonisierungsstrategie für Österreich  
(Nr. 329 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Fuchs)

3.2.15 **Antrag** der Abg. Fuchs und Scheinast betreffend die Kennzeichnung von gentechnikverändertem Honig  
(Nr. 330 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Fuchs)

3.2.16 **Antrag** der Abg. Fuchs und Scheinast betreffend eine Allianz der Regionen für einen europäischen Atomausstieg  
(Nr. 331 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Fuchs)

3.2.17 **Antrag** der Abg. Fuchs und Scheinast betreffend die Abrechnung von Strom aus Wärmepumpen  
(Nr. 332 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Fuchs)

3.2.18 **Antrag** der Abg. Mag.<sup>a</sup> Sieberth und Hofbauer betreffend Frauenförderung  
(Nr. 333 der Beilagen - Berichterstatterin: Abg. Mag.<sup>a</sup> Sieberth)

3.2.19 Antrag der Abg. Hofbauer und Mag.<sup>a</sup> Sieberth betreffend neue Wohlstandsindikatoren

(Nr. 334 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Hofbauer)

3.2.20 **Antrag** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann betreffend die Änderung des § 7 der Salzburger Feuerpolizeiordnung 1973

(Nr. 335 der Beilagen - Berichterstatter: Abg Essl)

3.2.21 **Antrag** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann betreffend Novellierung der Salzburger Gemeindeordnung

(Nr. 336 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Essl)

### 3.3 schriftliche Anfragen

Außerdem sind insgesamt **20 schriftliche Anfragen** eingegangen.

3.3.1 **Anfrage** der Abg. Steiner-Wieser an die Landtagspräsidentin betreffend die Geschäftsordnung

(Nr. 158-ANF der Beilagen)

3.3.2 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an die Landesregierung betreffend finanzielle Unterstützung der Polizei durch das Land Salzburg

(Nr. 159-ANF der Beilagen)

3.3.3 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an die Landesregierung betreffend die Gegenstände der Regierungssitzungen und der Regierungsumläufe zwischen dem 1. und 31. März 2016

(Nr. 160-ANF der Beilagen)

3.3.4 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an Landesrat Mayr betreffend die Senkung der Mieten

(Nr. 161-ANF der Beilagen)

3.3.5 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an die Landesregierung betreffend die aktuellen Zahlen zu den Asylwerbern und Unterbringung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen

(Nr. 162-ANF der Beilagen)

3.3.6 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an Landesrat Mayr betreffend die Stadtreionalbahn

(Nr. 163-ANF der Beilagen)

3.3.7 **Dringliche Anfrage** der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Schneglberger an die Landesregierung betreffend Erreichung der Klimaziele durch den Masterplan Klima und Energie (Nr. 164-ANF der Beilagen)

3.3.8 **Dringliche Anfrage** der Abg. Ing. Mag. Meisl und Schneglberger an Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.<sup>in</sup> Rössler betreffend Masterplan Klima + Energie 2020 (Nr. 165-ANF der Beilagen)

3.3.9 **Anfrage** der Abg. Fuchs und Scheinast an die Landesregierung betreffend Geothermie (Nr. 166-ANF der Beilagen)

3.3.10 **Anfrage** der Abg. Mag.<sup>a</sup> Dr.<sup>in</sup> Humer-Vogl und Scheinast an die Landesregierung betreffend die Betriebliche Gesundheitsvorsorge (Nr. 167-ANF der Beilagen)

3.3.11 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Naderer und Steiner-Wieser an die Landesregierung betreffend Verkehrsgeschwindigkeitsbeschränkungen auf Salzburger Landesstraßen B und L sowie die Erhaltung der Landesstraßen (Nr. 168-ANF der Beilagen)

3.3.12 **Anfrage** der Abg. Mag. Schmidlechner und Klubvorsitzenden Steidl an Landeshauptmann Dr. Haslauer betreffend Strukturreform in der Landesamtsdirektion (Nr. 169-ANF der Beilagen)

3.3.13 **Anfrage** der Abg. Scheinast und Abg. DI<sup>in</sup> Lindner an Landesrat Mayr betreffend die Aktivierung der Stieglbahn für den Personenverkehr (Nr. 170-ANF der Beilagen)

3.3.14 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an Landesrat Mayr betreffend die Section Control im Pinzgau/Zell am See (Nr. 171-ANF der Beilagen)

3.3.15 **Anfrage** der Abg. Landtagspräsidentin Dr.<sup>in</sup> Landtagspräsidentin Dr.<sup>in</sup> Pallauf und Klubobfrau Mag.<sup>a</sup> Gutschi an Landesrätin Mag.<sup>a</sup> Berthold MBA betreffend die Einreichung von Förderansuchen für den Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF) (Nr. 172-ANF der Beilagen)

3.3.16 **Anfrage** der Abg. Ing. Schnitzhofer und Jöbstl an Landesrätin Mag.<sup>a</sup> Berthold MBA betreffend eine Zielgruppenerweiterung von Jugendzentren (Nr. 173-ANF der Beilagen)

3.3.17 **Anfrage** der Abg. Riezler-Kainzner und Klubvorsitzenden Steidl an Landesrätin Mag.<sup>a</sup> Berthold MBA betreffend Familien in Notsituationen (Nr. 174-ANF der Beilagen)

3.3.18 **Anfrage** der Abg. Scheinast und Fuchs an Landesrat DI Dr. Schwaiger betreffend die Entwicklungen des Energie- und Wasserverbrauchs durch Beschneigungsmaßnahmen (Nr. 175-ANF der Beilagen)

3.3.19 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an Landesrat Dr. Schellhorn betreffend die Salzburger Kulturpreislandschaft Neu (Nr. 176-ANF der Beilagen)

3.3.20 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an Landesrat Dr. Schellhorn betreffend Einsparungen bei Sozialvereinen (Nr. 177-ANF der Beilagen)

#### **3.4 Berichte des Rechnungshofes, des Landesrechnungshofes und der Volksanwaltschaft**

Der Rechnungshof hat den Bericht betreffend den abgestuften Bevölkerungsschlüssel im Finanzausgleich und der Landesrechnungshof die personellen und sachlichen Erfordernisse des Landesrechnungshofes für das Jahr 2017 und den Tätigkeitsbericht für das Jahr 2015 sowie den Bericht betreffend die Innovations- und Technologietransfer Salzburg GmbH und den Bericht betreffend die Planung und Vergabe des neuen Amtsgebäudes der BH Hallein übermittelt.

3.4.1 **Bericht** des Rechnungshofes betreffend der abgestufte Bevölkerungsschlüssel im Finanzausgleich

3.4.2 Personelle und sachliche Erfordernisse des Landesrechnungshofes für das Jahr 2017

3.4.3 **Bericht** des Landesrechnungshofes betreffend Tätigkeitsbericht für das Jahr 2015

3.4.4 **Bericht** des Landesrechnungshofes betreffend Innovations- und Technologietransfer Salzburg GmbH

3.4.5 **Bericht** des Landesrechnungshofes betreffend die Planung und Vergabe Neues Amtsgebäude der BH Hallein

Damit haben wir diesen Tagesordnungspunkt abgeschlossen und erledigt.

Ich rufe auf

#### **Punkt 4: Aktuelle Stunde**

In der Präsidialkonferenz wurde der Themenvorschlag der SPÖ „Fehlende Rezepte in Salzburgs Gesundheitspolitik – Von A wie Ambulanzgebühr bis Z wie Zentrale Notaufnahmen“ als heutiges Thema festgelegt.

Es wurde vereinbart, dass nach dem Redner der SPÖ Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl als Ressortzuständiger zu Wort kommt. Dann wird in der Reihenfolge ÖVP – Grüne – FPÖ und Team Stronach Salzburg mit einer Redezeit von jeweils fünf Minuten aufgerufen. Eine zweite Runde der Redner wird sein ÖVP – SPÖ – Grüne – FPÖ – Team Stronach. Ebenfalls wiederum fünf Minuten und ich ersuche vorab wieder, wie immer, um Zeitdisziplin, denn ich werde darauf sehr achten, damit wir wirklich zwei Runden alle Fraktionen zu Wort kommen können und exakt bei fünf Minuten abläuten. Allfällige Wortmeldungen von Regierungsmitgliedern werden wieder den jeweiligen Landtagsparteien auf die Reihenfolge angerechnet.

Ich erteile nunmehr das Wort Klubvorsitzenden Steidl und bevor Du beginnst, gibt es noch zur Geschäftsordnung eine Wortmeldung von Klubobmann Naderer.

**Klubobmann Abg. Naderer:** Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Gemäß § 32 (5) der Geschäftsordnung des Salzburger Landtages werde ich die erste Wortmeldung, die mir zusteht, der freiheitlichen Abgeordneten Marlies Steiner-Wieser abtreten.

**Landtagspräsidentin Dr.<sup>in</sup> Pallauf:** Danke. Bitte, Du bist am Wort!

**Klubvorsitzender Abg. Steidl:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe junge Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Zuschauerbank! Recht herzlich auch hier im Salzburger Landtag willkommen.

Das Gute vielleicht vorangestellt. Sehr geehrter Herr Landesgesundheits- und -finanzreferent! Ich habe heute aus den Medien entnommen, dass es eine Auseinandersetzung mit dem Bund gibt, wenn es um die Kosten für die Gesundheitsversorgung der Flüchtlinge geht. Da hast Du uns auf Deiner Seite, ich bin auch der Meinung, dass diese Kosten nicht vom Land zu tragen sind, dass das Bundesangelegenheit ist, aber ich glaube im Vergleich zu dem, was wir in Salzburg zum Thema Gesundheit als Herausforderung vor uns haben, sind diese € 500.000,-- ein Pipifax. Die Frage ist und lautet für diese Aktuelle Stunde natürlich auch was können und dürfen sich die Salzburgerinnen und Salzburger von der Gesundheitspolitik erwarten und was dürfen sie auch dabei verlangen.

Ich bin der Meinung, die Bürgerinnen und Bürger von Salzburg dürfen verlangen, dass genau überprüft wird, was und welche Leistungen sie in ihrer Region jeweils benötigen und dass das auch mit den Bürgerinnen und mit den Mitarbeitern in unseren Spitälern natürlich auch

besprochen wird und entschieden wird. Die Salzburger dürfen auch verlangen, dass notwendige Änderungen auch sorgfältig begründet werden, damit auch jeder versteht, was hier an Änderungen notwendig ist und damit auch jeder weiß, was an Änderungen auf die einzelnen Menschen in den Regionen zukommt. Es sollte dabei natürlich auch keine unerfreulichen Nebenwirkungen geben.

Was passiert im Salzburger Gesundheitsressort? Es wird nicht sorgfältig geplant. Es wird herumprobiert. Es wird immer wieder Neues groß angekündigt. Es werden Entscheidungen immer wieder in die Zukunft hinausgeschoben. Das Ergebnis: Patientinnen und Patienten sowie Mitarbeiter in unseren Spitälern wissen nicht was auf sie zukommt. Das führte zu großer Unsicherheit in ganz Salzburg und die Gesundheitsversorgung wurde somit zur immer größer werdenden und ungesicherten Baustelle.

Beispiel eins: Regionaler Strukturplan Gesundheit. Große Ankündigung, aber nichts passiert. Im November, Herr Landesrat, hast Du uns im Salzburger Landtag, nämlich im November 2014, im Salzburger Landtag informiert, dass der RSG im Mai 2015 kommen wird. Jetzt haben wir Mai 2016 und noch immer keinen RSG, dafür umso mehr Verunsicherung und Verwirrung, wie das Beispiel Neurologie Zell am See zeigt. Es geht beim RSG nicht um irgendein Stück Papier, es geht darum, was den kranken Menschen künftig angeboten wird in all unseren Regionen und wo sie hingehen müssen und wo sie hingebacht werden, und das wollen wir und das wollen auch die Salzburgerinnen und Salzburger im ganzen Land rasch und genau wissen.

Beispiel zwei: Primary Health-Care-Center, Primärversorgungszentren. Große Ankündigungen, aber nichts passiert. Wieder 2014 hast Du angekündigt die Errichtung von zwei Modellprojekten. Eines in Tamsweg und eines im Tennengau. Passiert ist wieder nichts. Die Jahre sind ins Land gezogen, jetzt haben wir 2016 und noch immer keine umsetzungsreifen Projekte. Ich kenne Deine Ausrede ja auch immer, Herr Landesrat, das fehlende Bundesgesetz. Das fehlende Gesetz hindert aber andere Bundesländer nicht, derartige Primärversorgungszentren einzurichten. Schau nach Oberösterreich, schau nach Wien. Die zeigen wie es geht. Patienten sollen mehr Leistungen im niedergelassenen Bereich bekommen und dafür hat man das Konzept der PHC-Zentren entwickelt. Herr Landesrat, wir und ganz Salzburg warten darauf.

Beispiel drei: Notärztliche Versorgung. Bereits 2013 hat der Herr Landesrat angekündigt und das mehrfach, das Notärztesystem zu vereinheitlichen und es auf ein langfristig taugliches Konzept zu bringen. Wieder nichts passiert. Wir wissen jetzt aktuell aus der Gesundheitsabteilung und aus Deinem Ressort, dass dieses Thema und dieses Problem auf 2017 verschoben wurde.

Investitionsprogramm SALK ist das Beispiel Nummer vier. Da gibt es eine Pressekonferenz am 1. März dieses Jahres. Da werden 250 Mio. an Investitionen angekündigt mit einem Plan und bereits mit der Regierung abgestimmt. Ich habe von Dir dann ein Schreiben zwei Wochen später bekommen, wo Du gemeint hast Du kannst mir diesen Plan nicht zur Verfügung

stellen, weil das in der mittelfristigen Finanzvorschau und auch mit der Regierung noch nicht abgestimmt ist. Gegenüber den Medien war es abgestimmt. Wenn wir nachfragen, dann ist es nicht abgestimmt. Jetzt würde mich natürlich interessieren, was also hier den Tatsachen entspricht.

Zum Schluss kommend, Frau Präsidentin. Öffentliche und gemeinnützige Krankenhäuser, eine soziale Krankenversicherung und ein gut ausgebauter Bereich der niedergelassenen Ärzte sind letztendlich Grundpfeiler einer guten und modernen Gesundheitspolitik und wenn es darum geht, die Menschen in unserem Land gut zu versorgen. Das können wir momentan nicht erkennen. Das kritisiere nicht nur ich, sondern das kritisieren auch Ärzte und Ärztinnen, wie z.B. der Internist und niedergelassene Arzt Dr. Sebastian Huber. (Beifall der SPÖ-Abgeordneten)

**Landtagspräsidentin Dr.<sup>in</sup> Pallauf:** Danke für Deine Wortmeldung. Wir werden die 40 Sekunden Überzeit dann von der zweiten Wortmeldung abziehen, weil sonst kommen wir in der einen Stunde nicht zusammen. Als Nächster zu Wort kommt Landeshauptmann-Stellvertreter und ressortzuständiger Landesrat Christian Stöckl. Du hast zehn Minuten. Ich werde Dich zwei Minuten vor Schluss daran erinnern.

**Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl:** Frau Präsidentin! Geschätzte Damen und Herren des Hohen Hauses! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer!

Es ist extrem schwer, in zehn Minuten auf all das zu replizieren und all das klarzustellen, was hier Klubvorsitzender Walter Steidl angeschnitten hat und er ist ja mein Vorgänger im Gesundheitsbereich und ich habe sehr viele eingeleitete Sachen von ihm sozusagen einerseits übernommen und andererseits halt sehr unvorbereitet jetzt alles in Angriff nehmen müssen.

Das Thema fehlende Rezepte in Salzburgs Gesundheitspolitik von A wie Ambulanzgebühr bis Z zur zentralen Notaufnahme ist ein bisschen polemisch dargestellt. Ich möchte dazu sagen, wenn man oberflächlich das Ganze betrachtet, und gerade dieser angesprochene Artikel von Sebastian Huber ist ein völlig leicht durchschaubarer Artikel gewesen, denn es geht darum, dass wir gerade dabei sind, ein Prüfungsverfahren, ob überhaupt die physikalische Medizin im niedergelassenen Bereich und wo es notwendig ist, zusätzlich Angebote zu schaffen, dieses Verfahren läuft gerade und Sebastian Huber wollte hier wohl über die Kronen Zeitung Druck machen, dass dieses Verfahren für ihn positiv ausgeht bzw. für seinen Kollegen. Da lasse ich mich aber überhaupt nicht beeinflussen. Ich mache das alles neutral und objektiv und so wie es ausgeht, geht es aus, und das wird auf neutrale und objektive Basis gestellt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn man die Gesundheitspolitik mit einem Rezept vergleicht, dann wissen wir alle, ein Rezept muss zunächst ausgestellt werden, dann wird es eingelöst in der Apotheke und erst wenn man die Medikamente dann richtig anwendet, dann kommt allmählich die Wirkung. So ist es auch bei der Umsetzung und Erstel-

lung von Projekten, von Konzepten, dass es nicht so einfach ist, schnell eine Ankündigung zu machen und dann auch gleichzeitig das schon umzusetzen, sondern die Projekte entwickeln sich.

In der Gesundheitspolitik da reden sehr, sehr viele mit. Gerade beim RSG. Wenn der noch nicht fertig ist, dann hängt es darin, dass sehr viele Beeinspruchungen gekommen sind, dass sehr viele mitreden, dass sehr viele gerade bei der Anzahl der Betten mitreden. Der österreichische Strukturplan Gesundheit schreibt uns vor, dass wir auf alle Fälle die abgestufte Versorgung in der Gesundheit sicherstellen, das heißt vom Zentralkrankenhaus hinunter zu den kleinen Regionalkrankenhäusern, bis hin zum Abbau von Betten, weil wir viel zu viele Betten in Salzburger Krankenhäusern haben. Diesen RSG, der ist jetzt in der Begutachtungsphase, wird dann in den Landtag kommen, also ich kann Dich beruhigen, Herr Klubvorsitzender, er ist fertig und kommt dann auch zur Umsetzung.

Die Aussage vom Investitionsplan der SALK. Ich habe Dir geschrieben, dass die finanzielle, die mittelfristige finanzielle Basis noch nicht von der Regierung beschlossen ist und deshalb kommt auch dieser Investitionsplan demnächst in die Regierungssitzung und wird dann feststehen, wie wir in den nächsten zehn bis 15 Jahren die Investitionen tätigen können.

Wir sind in der Gesundheitspolitik vor vielen Herausforderungen. Wir stehen vor extrem vielen Herausforderungen und diese Herausforderungen können wir nur durch Zusammenarbeit aller einzelner Player bewältigen. Diese Player sind sehr vielfältig. Wir haben natürlich die Ärztekammer als Vertreter der Ärztinnen und Ärzte. Wir haben die Sozialversicherungen. Wir haben das Bundesministerium. Wir haben die Gesundheitsplattform. Wir haben die Abteilungen des Landes, etc. etc. All das muss ich immer wieder zusammenführen und all das muss ich immer wieder ordnen und in eine richtige Richtung bringen, sodass wir sozusagen Schritt für Schritt die einzelnen Herausforderungen sozusagen in Angriff nehmen.

Weil die Ambulanzgebühr angeführt ist in der Überschrift. Ja, es ist ein kleiner Teil des Puzzles in der großen Gesundheitspolitik, aber zeigt schon ein großes Problem auf, nämlich das Problem, dass die Ambulanzen überfüllt sind und dass die Menschen in die Ambulanzen stürmen, obwohl sie, und das zeigen Statistiken, mindestens 50 % der Patientinnen und Patienten im niedergelassenen Bereich besser aufgehoben wären. Das Problem mit den zentralen Notaufnahmen, auch das steht für ein riesiges Problem, nämlich die Umsetzung des Ärztedienstgesetzes und die Bewältigung des Ärztemangels. Wir haben so darauf reagiert, dass wir in den Landeskrankenanstalten die Notaufnahme als Zusammenarbeit mit der Inneren Medizin II machen, dass wir in Zusammenarbeit mit den Barmherzigen Brüdern, mit dem Unfallkrankenhaus und auch in Schwarzach und bei den Tauernkliniken gibt es selbstverständlich solche Aufnahmen.

Im niedergelassenen Bereich, meine sehr geehrten Damen und Herren, haben wir die Herausforderung, dass wir viele Kassenstellen nicht mehr besetzen können und hier sind wir alle gefordert, in erster Linie natürlich das Ausbildungsgesetz und die Ministerin ist hier

sehr stark gefordert, dass wir Anreize schaffen, um junge Medizinerinnen, junge Mediziner eben in die Region zu bringen, dass sie motiviert sind, diese Kassenstellen wieder anzunehmen. Momentan ist es schwierig, weil sehr viele in den niedergelassenen Bereich, aber als Wahlärzte gehen. Im Krankenhausbereich - wie gesagt - haben wir die vielen gesetzlichen Vorschriften, die wir einhalten müssen, Qualitätskriterien, Fallzahlen. Ich habe immer wieder darauf hingewiesen, wie umfangreich hier die Vorschriften sind. Um die umsetzen zu können und vor allem, um die auch in den kleineren Häusern umsetzen zu können, müssen wir riesige Spitalsreformen umsetzen, wir müssen kleinere Häuser zusammenführen, wir müssen kleinere Häuser an die SALK anbinden, sodass wir eben diese Qualitätskriterien, damit wir auch die Fallzahlen erreichen, eben umsetzen können.

Das PHC ist angesprochen, also die neuen Formen sozusagen der Versorgung. Ja, das ist tatsächlich richtig. Der Bund ist seit längerer Zeit eigentlich, seit mehreren Jahren säumig. Wir haben immer noch kein PHC Gesetz. Wir warten noch auf die Ausführung, aber wir warten in Salzburg deshalb nicht auf die Umsetzung, sondern wir sind schon gemeinsam mit der Salzburger Gebietskrankenkasse daran gegangen und haben auch Geld schon investiert, um eben im Tennengau mit Dr. Dachs und auch in anderen Bereichen, wie z.B. in Kuchl oder in Tamsweg sind wird auch mit einem Projekt schon relativ weit fortgeschritten und sobald das Gesetz steht, können wir auch entsprechend die Umsetzungen machen. Bei einem Rezept, ich habe es jetzt schon angesprochen, geht es ja natürlich darum, dass wir uns bemühen, eben die anstehenden Herausforderungen und die heranstehenden Probleme umzusetzen bzw. dann die Anwendungen vorzubereiten, dass wir sozusagen alles entsprechend auflösen können und die Reaktion sozusagen sind großteils schon in die Wege geleitet. Wir haben viele Projektgruppen, den meisten stehe ich vor, oder sind bereits im Laufen und teilweise schon umgesetzt in enger Abstimmung mit den Playern, mit den Ärzten, mit den Krankenhäusern, sodass wir die Herausforderungen auch entsprechend annehmen können und bewältigen können.

Wie gesagt gerade dieses Halten der regionalen Versorgung ist die größte Herausforderung, weil die Gesetze sind so bestellt, dass sie das Zentrale stark bevorzugen. Das heißt die großen Krankenhäuser, die großen Versorgungseinrichtungen in den Städten, die sind durch das Gesetz sehr gut abgestimmt und abgesichert, aber die kleinen Einheiten draußen in der Region, die sind sehr schwer zu halten und deshalb müssen wir sehr mannigfaltig unsere Projekte umsetzen und sehr mannigfaltig darauf reagieren.

Wir haben in Zusammenarbeit mit dem Gemeindebund und mit den Bürgermeisterinnen ein Projekt in die Wege geleitet und ins Leben gerufen, wie wir Jungmedizinerinnen und Jungmediziner darauf aufmerksam machen, dass sie sehr willkommen sind, wenn sie in unsere Regionen kommen, wenn sie bei uns die Ausbildung machen und wie sie dann möglichst auch sich bei uns im niedergelassenen Bereich dann ihre Zukunft aufbauen. Aber wie gesagt das ist sehr schwierig, weil die Ausbildung das alles andere als sozusagen stützt und die jungen Menschen dazu motiviert. Gleichzeitig brauchen wir natürlich auch die Facharzt-, Fachärztinnenausbildung in den Krankenhäusern, die wir entsprechend fördern müssen und forcieren müssen. Aber wie gesagt in enger Zusammenarbeit mit allen Verantwort-

lichen wird hier gearbeitet und wird hier intensiv jeden Tag gearbeitet, damit wir auch in Zukunft gerüstet sind.

Fazit: Die Salzburger Gesundheitspolitik hat bereits umfangreiche Kuren begonnen und werden auch schon angewendet, damit das Gesundheitssystem bei uns in Salzburg auf hohem Niveau auch weiter Bestand haben kann. Ich bedanke mich. (Beifall der ÖVP-, Grünen-Abgeordneten und des Abg. Konrad MBA)

**Landtagspräsidentin Dr.<sup>in</sup> Pallauf:** Danke. Als Nächste am Wort ist Kollegin Bartel von der ÖVP. Du hast wieder fünf Minuten Zeit.

**Abg. Bartel:** Frau Präsidentin! Geschätzte Mitglieder der Landesregierung! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Gäste und Besucherinnen!

Es gibt für die Politik im Land Salzburg und für die Bürgerinnen und Bürger im Bereich Gesundheit noch viel zu tun. Herr Klubobmann Steidl, ich kann Ihnen versichern, es wird alles untersucht und mit größter Sorgfalt arbeitet Landesrat Christian Stöckl und vor allem mit viel Engagement und Verantwortung bei dem Thema Gesundheit bereits alle diese Themen ab und stellt die Weichen. ...

(Zwischenruf Klubvorsitzender Abg. Steidl: Tut er eben nicht!)

... Er stellt sie richtig und ich bin mir sicher, dass er diese auch weiterhin richtig stellen wird.

Im Interesse der Gesundheit der Salzburgerinnen und Salzburger ist es entscheidend, dass wir alle gemeinsam positiv mit dem Thema umgehen und hier mitgestalten, denn ansonsten bestünde ja die Gefahr, dass jemand auf die Idee kommen könnte, Platon zu zitieren, den großen griechischen Philosophen. Von ihm stammt ja bekanntlich das Zitat: „Die ständige Sorge um die Gesundheit ist auch eine Krankheit“. Bitte, Herr Klubobmann Steidl, reden sie diese gute Gesundheitspolitik im Land Salzburg nicht krank.

Es geht darum, das Gesundheitswesen generell gut zu gestalten. Ziel ist es, kranke Menschen wieder gesund zu machen und durch vor allem Präventivmaßnahmen dafür Sorge zu tragen, dass gesunde Menschen auch gesund bleiben. Dieses sensible Thema, meine Damen und Herren, ist hochemotional und betrifft jeden Menschen im Land Salzburg. Sie, Sie und Sie. Ich glaube es dient in keinsten Weise dazu, Angst zu machen oder politisches Hickhack zu produzieren, Kleingeld zu machen damit, das ist nicht gut.

Es ist geradezu unverantwortlich, mit dem Thema Angst zu machen und ich bitte daher, dass man weiterhin auch gemeinschaftlich im Sinne der fachlichen Expertisen auch, die Landesrat Christian Stöckl immer wieder einholt, mit Hausverstand und der notwendigen Sachlichkeit an das Thema auch herangeht, weil Christian Stöckl baut alle diese Baustellen

ab und geht step by step vor und regelt diese Bereiche. Sie hätten es ja in der Hand gehabt, zehn Jahrelang war das Gesundheitsressort unter Roter Führung, ...

**(Zwischenruf Klubvorsitzender Abg. Steidl: Da ist auch etwas weitergegangen!)**

... Das sei jetzt dahingestellt. ...

**(Zwischenruf Klubvorsitzender Abg. Steidl: Das Landeskrankenhaus hat noch nie in so schneller Zeit eine Modernisierung bekommen!)**

... Fakt ist, dass Christian Stöckl es gelungen ist, innerhalb von drei Monaten das Ärztearbeitszeitgesetz auf den Weg zu bringen, das Sie zehn Jahre schließlich verabsäumt haben und wie wir wissen, er hat es mit verschärften Bedingungen zu tun. ...

**(Zwischenruf Klubvorsitzender Abg. Steidl: Waren wir nicht zuständig, war der Personalreferent zuständig. Eisl hat er geheißt, vorher Schausberger!)**

... Die Bundesministerin ist ja bekanntlich Rot und Österreich setzt auch die Richtlinien der EU wesentlich schärfer um, und das ist nicht einfach.

Was ist zu tun? Sicherstellung der Krankenversorgung im niedergelassenen Bereich. Gesundheitsförderung, das heißt auch mit den Krankenhäusern zusammenzuarbeiten. Hier passiert ja sehr viel auch im betrieblichen Bereich, in der betrieblichen Vorsorge, kann ich Ihnen viele gute Beispiele nennen und die Prävention ist zu fördern. Das heißt wir haben fünf Punkte, die zu erledigen sind. Die großen Herausforderungen der Gesundheitsversorgung sind einen Paradigmenwechsel einzuleiten, eben den Fokus auf die Vorsorge zu legen, Konzepte anzubieten, die es den Menschen erleichtern, auch diese Angebote anzunehmen und umzusetzen. Es muss sich jeder für sich auch selbst hier überlegen, was ist er bereit dafür zu leisten, monetär und auch im sportlichen Bereich.

Zweitens: Sicherstellung der medizinischen Versorgung im intra- und extramuralen Bereich und natürlich auch die Neuordnung der stationären Gesundheitslandschaft. Das heißt alle Krankenhausstandorte sind abgesichert - danke dem Herrn Landesrat -, Tamsweg und die SALK eingegliedert, Mittersill und Zell am See in den Tauernkliniken vereint. Hallein kommt ja bekanntlich mit 1. Jänner 2016 dazu und die VAMED hat ja einen privaten Partner, also Oberndorf mit der VAMED funktioniert hervorragend. Das heißt hochwertige Gesundheitsversorgung in den Spitälern im Land Salzburg geschafft. Hakerl.

Im niedergelassenen Bereich - wurde schon angesprochen - sind die Weichen noch zu stellen. Da kämpfen wir damit, dass wir hier auch dementsprechend die guten Ärzte bekommen und natürlich auch - fünftens - die notärztliche Versorgung ist auch dementsprechend neu zu organisieren, strukturieren und der Bereitschaftsdienst zu reformieren.

Zusammengefasst: Im Sinne der Ergebnisse ist ganz stark die Prävention zu fördern, der tagesklinische Bereich aufzubauen und die Gesundheitsförderung zu stärken. Lassen Sie uns gemeinsam an diesem guten Weg weiterarbeiten. Vielen Dank. Beifall der ÖVP-, Grünen-Abgeordneten, Klubobmann Abg. Naderer und des Abg. Konrad MBA)

**Landtagspräsidentin Dr.<sup>in</sup> Pallauf:** Danke. Für die Grüne Fraktion Kollegin Kimbie Humer-Vogl. Bitte!

**Abg. Mag.<sup>a</sup> Dr.<sup>in</sup> Humer-Vogl:** Geschätzte Präsidentin und Landesregierung! Liebe Kolleginnen! Sehr geehrtes Publikum hier im Saal und Zuhause vor den Bildschirmen!

Fehlende Rezepte in Salzburgs Gesundheitspolitik. Wieder sind wir auf Einladung der Opposition zusammengekommen, um unser Gesundheitssystem krankzureden. ...

**(Zwischenruf Klubvorsitzender Abg. Steidl: Das hat niemand krankgeredet!)**

... Natürlich es gibt große Herausforderungen, aber ich lehne diese Politik der Verängstigung der Bevölkerung ab. Wenn wir jammern, dann jammern wir auf sehr hohem Niveau, denn Salzburg ist mit einem ...

**(Zwischenruf Klubvorsitzender Abg. Steidl: Wir haben auch nicht gejammert!)**

... ausgezeichneten Gesundheitswesen ausgestattet. ...

**(Zwischenruf Abg. Mag. Schmidlechner: Das gibt es zu erhalten!)**

... Wir verfügen über ein relativ ausgebautes extramurales Angebot, über Spitäler in fünf Bezirken und das Land arbeitet mit Hochdruck an der Umsetzung der Gesundheitsreform, um dieses Niveau auch zu erhalten bzw. sogar zu verbessern. Der medizinische Fortschritt derzeit ist rasant und in Salzburg profitieren alle Menschen nach wie vor davon.

Ein paar Beispiele dazu möchte ich bringen. Thema Schlaganfall: Von einem Tag auf den anderen ist alles anders, nichts mehr ist wie es war und wer einen Schlaganfall überlebt, der muss womöglich den Rest seines Lebens mit schweren Behinderungen rechnen. Seit heuer aber gibt es einen Quantensprung in der Schlaganfallbehandlung. Schon im Rettungswagen wird die CDK mit wichtigen Daten des Patienten, der Patientin versorgt und die Patientin oder der Patient sind dann in 30 Minuten früher auf dem Operationstisch. Aber auch in der chirurgisch invasiven Behandlung gibt es eine Revolution. Erstmals ab Mai dieses Jahres wird es möglich sein, die Thrombose direkt aus den Gefäßen abzusaugen und schwere bleibende Schäden können so verhindert werden.

Thema Spitzenmedizin in den Gauen: Wussten Sie bzw. wusstet Ihr, dass mittlerweile ExpertInnen aus verschiedensten Nationen im Krankenhaus Tamsweg vorstellig werden, um an der dortigen Expertise für minimalinvasive Kurzschaft Hüftprothesen zu partizipieren?

Durch tagesklinische Leistungen konnte trotz der Reduzierung von 50 Betten die Anzahl der operativ chirurgischen Leistungen in Tamsweg konstant gehalten werden.

Drittes Thema: Seltene Erkrankungen. Ich erinnere mich noch gut an einen früheren Schützling aus meiner Lebenshilfezeit. Bis zum Alter von zwei Jahren hat sich der fröhliche und quirlige Bub völlig normal entwickelt, danach hat er Schritt um Schritt alles Gelernte verlernt, kurz vor der Pubertät ist er verstorben. Er litt unter einer sehr schweren, sehr seltenen progredienten degenerativen Stoffwechselerkrankung, die in Österreich nur etwa 20 mal vorkommt. Käme der Bub heute auf die Welt, würde er mittels einer hochkomplexen Therapie, die an der SALK angeboten wird, ein ganz normales Leben führen können.

Nun hat dieser rasante Fortschritt natürlich auch seinen Preis. Immer neue Medikamente drängen auf den Markt. Monatliche Behandlungskosten von mehreren tausend Euro sind keine Seltenheit. So kostet z.B. das Medikament Tawerka, ein Medikament für Pankreas-karzinompatientinnen € 2.353,-- pro Monat. Durchschnittliche Verlängerung der Lebensdauer 14 Tage. Jeder weiß, dass das Gesundheitssystem auch endliche Budgets hat, die verteilt werden müssen.

So denke ich, dass es an der Zeit ist, auch offen über dieses Thema zu reden, welche Effekte erwarten wir von einer Krankenbehandlung, ein gutes Leben bis zum Tod oder eine Verlängerung des Leidens. Können und wollen wir uns das leisten und was wenn nicht? Da gibt es sehr viel zu diskutieren und ich hege derzeit weder eine Präferenz für den Ausgang solcher Diskussionen noch möchte ich eine Prognose dazu abgeben. Aber ich plädiere dafür, dass wir hier im Landtag auch über den Tellerrand möglicher Versorgungsdefizite hinausblicken und künftig auch ethische Überlegungen in unsere Diskussionen zum Thema Gesundheit aufnehmen. Danke. (Beifall der ÖVP-, Grünen-Abgeordneten, Klubobmann Abg. Naderer, der Abg. Fürhapter und des Abg. Konrad MBA)

**Landtagspräsidentin Dr.<sup>in</sup> Pallauf:** Danke. Für den Klub der FPÖ Klubobmann Karl Schnell.

**Klubobmann Abg. Dr. Schnell:** Hohes Haus!

Frau Kollegin Humer-Vogl, Sie sind wirklich in der Realität angekommen. Ich weiß nicht, wo Sie die letzten Jahre gelebt haben. Sicher nicht in Salzburg.

Frau Kollegin von der ÖVP, ich halte das Zitat von Platon für nicht geglückt, ich gebe ein besseres von mir: Gesundheit ist nicht alles, aber ohne Gesundheit ist alles nichts.

Jetzt zu den Problemen. Genau so wie die Regierungsparteien ÖVP und SPÖ die ÖBB kaputt gemacht haben, die Post kaputt gemacht haben, die Polizei kaputt gemacht haben, das Bundesheer kaputt gemacht haben, so kommt es jetzt im Gesundheitswesen. Genau so. Nicht, dass man herginge und dort einsparen würde, oben bei den ganz Großen, nein die Infrastrukturen baut man ab. Man hat Polizeiwachstuben weggegeben, Postdienststellen geschlossen und jetzt passiert dasselbe in der Medizin. Wir haben keine Hausärzte mehr,

wir kriegen keine Turnusärzte mehr und das ist der große Erfolg des Gesundheitswesens. Gratuliere! Gratuliere wirklich herzlichst!

Jetzt kommen von A bis Z Ausbildung. In der Ausbildung, da fängt es schon an, haben wir ein System geschaffen von Rot und Schwarz und den Grünen Regierungshelfern, dass man jetzt eine Prüfung machen muss. Die jungen Menschen sitzen überfüllt in Turnsälen oder in Messehallen, wo ein Haufen Studenten da sind, dann müssen sie einen Zettel, wo so Schlangen drinnen sind, müssen sie sagen von oben, von unten, von links, von rechts oder von irgendwo fotografiert wurde.

Herr Kollege Stöckl, wir haben irrsinnige Probleme in den Spitälern. Die Schwestern sind überfordert, die Ärzte. Wenn man junge Menschen in ein Spital schicken würde oder in eine andere Einrichtung medizinische und sagen so drei Monate, vier Monate - da kann man streiten darüber - tragt ihr die Schüssel vom alten Patienten weg, leert die aus, wascht dem den Hintern aus, gebt ihm das Medikament ein, hätten wir zwei Fliegen mit einer Klappe. Wir hätte nicht die ganzen deutschen Studenten herinnen, die den Numerus Clausus daheim nicht schaffen und dann bei uns auch nicht Arzt werden, weil komisch, die Hallen sind überfüllt bei der Prüfung, aber wir kriegen keine Ärzte mehr. Keine Hausärzte, keine Turnusärzte. Das wäre der beste Weg. Kostet uns nichts, wir würden sehen, es wäre die richtige Auswahl von jungen Menschen, ob die wirklich geeignet sind als Arzt und wir hätten ein Pflegeproblem gleichzeitig gelöst, weil dazu brauche ich keine Ausbildung, eine Schüssel wegzutun, Urinflaschen wegzutun und einen alten Menschen, der nicht mehr in der Lage ist, Papperl einzugeben. Einmal A Ausbildung.

So nun sind wir bei B, der Bürokratie. Wir werden überschwemmt von Bürokratie. Die Frau Kollegin Humer-Vogl natürlich nicht, die kriegt das gar nicht mit, wo die Ärzte zuerst einmal erkennen müssen, damit sie den Patienten dorthin schicken können, wo er dann wirklich geheilt wird, von jungen Menschen, wie Sie gesprochen haben. Da fängt es an. Der Primar von Zell am See, Rudolf Pointner, hat es gesagt, der Herr Professor, wir sind nur mehr minutenlang am Computer und nicht mehr am Patienten, weil wir so viel Bürokratie haben, dass wir nicht mehr die Zeit haben, uns um Patienten zu kümmern, damit wir ja nicht übersehen, irgendetwas einzutragen.

Bürokratie: Baut's einmal die Kassen ab. Seit Jahrzehnten reden wir davon, hier würde viel Geld eingespart, jetzt in die Richtung der Sozialdemokratie. Baut's die vielen Kassen ab, die brauchen wir alle nicht, die Kontrolllore, die uns Ärzte sagen, ob wir ein Medikament verschreiben dürfen oder nicht, wo wir wieder stundenlang gebunden sind und nicht am Patienten.

D - Dienstzeitregelung. Seit vielen, vielen Jahren haben wir gewusst, dass es die neue EU-Dienstzeitrichtlinie für Ärzte in den Krankenhäuser gibt. Ich habe immer wieder als Arzt hier im Landtag darauf aufmerksam gemacht. Acht Jahre hätten wir Zeit gehabt, nichts ist geschehen und dann sind wir vor dem Dilemma gestanden, dass wir jetzt aufgrund der neuen EU-Richtlinie mehr Ärzte brauchen, weil die Ärzte die vielen Mehrpatienten nicht

mehr bewältigen können, wenn sie nicht mehr solange arbeiten dürfen. Das ist eh klar. Wir können das Problem gar nicht bewältigen in der kurzen Zeit. Dann geht es weiter über ELGA, ein Milliardengrab, völlige Bürokratisierung, kostet Milliarden für nichts. Und dann kommen die PAZ, die BHC-Zentren. Das ist das Neue, weil ein Arzt es sich gar nicht mehr leisten kann, Männer jetzt, die Hygienerichtlinien einhalten will, die Behindertenrichtlinien einhalten will, kann gar keine Praxis mehr bauen, weil die kann er nicht mehr bezahlen. Jetzt kommt VAMED, die Reichen bauen die Praxen, die sogenannten BHC-Zentren, im Ostblock, in Ostdeutschland haben sie früher Polikliniken geheißen, und dort wird es die Ärzte geben, die für die Großindustrie wieder arbeiten. Es gibt nicht mehr den Freiberuf für Arzt, sondern nur den Angestellten. Und für die Patienten haben wir folgendes: Lange Wartezeiten. Der Patient wird umhergeschickt, im Kreis geschickt, wir haben keine Ärzte mehr, die sie sich auswählen können, weil wir nur mehr die BHC-Zentren haben und keine freie Arztauswahl.

So schaut das Gesundheitswesen aus. Gratuliere Euch Rot, Schwarz und die Helfer der Grünen. Ihr habt die Post hingemacht, die ÖBB, die Polizei, das Bundesheer und jetzt macht Ihr das Gesundheitswesen auch noch kaputt. Danke. (Beifall der FPÖ-Abgeordneten)

**Landtagspräsidentin Dr.<sup>in</sup> Pallauf:** Als Nächste zu Wort Kollegin Steiner-Wieser.

**Abg. Steiner-Wieser:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Werte Kolleginnen und Kollegen!

Fehlende Rezepte im Gesundheitssystem. Es liegt vieles im Argen und wenn ich höre, wie Landeshauptmann-Stellvertreter Stöckl gesagt hat es ist ein Rezept einzulösen, um Medikamente richtig einzunehmen, dann frage ich mich, wer muss Rezepte ausstellen, wer stellt die Rezepte aus, wo uns die Ärzte fehlen. Es ist eines der Hauptprobleme im Gesundheitssystem der Ärztemangel. Es fängt schon sehr bald an. Schon beim Arztwerden. Es fängt beim Medizinstudium an und schon noch ein Stück davor bei der Zulassung zum Medizinstudium, weil wenn man schaut durch die Unzahl an Numerus Clausus Flüchtlingen aus Deutschland werden die Zulassungsprüfungen an den hiesigen Universitäten immer strenger und selbst wenn man einen Notenschnitt mit 1,0, also bei der Matura, ist es fast undenkbar, dass man eine Chance hat, dass man sofort auf den ersten Anlauf diese Prüfung schafft. Mittlerweile sind diese Ausleseverfahren derartig hart angelegt, dass eigene Vorbereitungskurse angeboten werden. Diese Vorbereitungskurse kosten bis zu € 5.000,--, und das muss sich zuerst jemand leisten können, dass er ein Medizinstudium anfängt.

Dann ist man im Studium drinnen, dann die nächste Hürde. Lange Wartezeiten bei Praktikumsplätzen. Lange Wartezeiten bei Laborplätzen. Da vergehen Semester um Semester, die Drop-Out-Rate bei den Medizinstudenten ist dementsprechend hoch und diejenigen, die es schaffen, es sind sehr viele Deutsche dabei, wo gehen die hin nach dem Studium? Sie gehen zurück in ihre Heimat nach Deutschland. Das heißt wir in Österreich zahlen zwar eine teure Ausbildung, haben aber nichts von der Leistung danach, weil eben die Studen-

ten oder die fertigen Mediziner danach in ihre Heimat gehen, um dort ihre Facharztausbildung zum Teil zu machen.

Nach Auskunft der Ärztekammer arbeiten mittlerweile mehr als 3.300 bei uns ausgebildete Ärzte im Ausland. Die stärkste Abwanderung verzeichnet Österreich in Richtung Deutschland und der Schweiz und vor Jahren noch hat man auf einen Ausbildungsplatz lange warten müssen. Heute sind keine Ärzte mehr da für die Ausbildungsplätze und gerade der Mangel an Turnusärzten in Spitälern ist nicht mehr attraktiv geworden. Wenn man sich vorstellt in der Schweiz verdient ein Facharzt während der Ausbildung € 8.400,-- brutto, in Österreich sind es hingegen € 4.100,-- brutto, aber bei fertiger Ausbildung, abgeschlossener Ausbildung. ...

**(Zwischenruf Abg. Mag. Schmidlechner: Die Schweiz ist ein bisschen teurer wie bei uns!)**

... Da wundert es einen eigentlich nicht, dass viele Ärzte ihre Zukunft in den Nachbarländern sehen. Jungmediziner haben eben dort wesentlich bessere Ausbildungsmöglichkeiten und gerade der Turnusarzt, gerade der Turnusarzt oder die Turnusärzte sind für die Basisversorgung der Patienten sehr, sehr wichtig.

Es müssen daher Sofortmaßnahmen ergriffen werden, um österreichische Mediziner auch hier im Land zu behalten. Der Ärztemangel ist ein riesiges Problem, das es primär zu lösen gilt. Ich kann Euch nur eines sagen, wenn wir das nicht in den Griff bekommen, leiden nur die Patienten darunter und ich glaube, das darf es nicht sein. Dankeschön. (Beifall Klubobmann Abg. Naderer)

**Landtagspräsidentin Dr.<sup>in</sup> Pallauf:** Danke. Wir kommen in die nächste Runde. Für die ÖVP Frau Klubobfrau Daniela Gutschi. Bitte, Du hast das Wort!

**Klubobfrau Abg. Mag.<sup>a</sup> Gutschi:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Geschätzte Mitglieder der Landesregierung! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Schülerinnen und Schüler und Zuschauer hier auf den Zuschauerbänken!

Wir sind uns einig. Im Mittelpunkt unserer Diskussion steht immer das Wohl der Salzburger Bevölkerung, das Wohl der Patientinnen und Patienten. Wir diskutieren von einem sehr hohen Niveau aus, das es gilt zu halten bzw. so umzubauen, dass wir es so halten können. Ich möchte mich hier an dieser Stelle einmal ganz herzlich beim Christian Stöckl dafür bedanken, wie er jetzt verschiedenste Dinge umsetzt, egal ob das Vorschriften auf EU-Ebene sind, die umzusetzen sind, egal ob das irgendwelche Dinge sind, die über Jahre nicht erledigt wurden. Es ist schon angesprochen worden das Thema des Ärztezeitgesetzes und dass er einfach auch daran arbeitet, die Standards auch in den regionalen Krankenhäusern auf dieses Niveau zu bringen, wie es einfach von der Europäischen Union vorgeschrieben ist und hier einfach durch Synergieeffekte zwischen den Krankenanstalten entsprechende Lösungen zu finden.

Es ist schon so, wir müssen uns wahrscheinlich auch von einigen Gewohnheiten als Patientinnen und Patienten verabschieden. Es hat sich irgendwie eingebürgert, dass wir uns nicht mehr in den niedergelassenen Bereich begeben, sondern dass wir sofort auf die Ambulanz rennen, wenn uns irgendwo der Schuh drückt oder auch sonst irgendetwas los ist. Wir sind es gewohnt, dass wir möglichst lang im Krankenhaus liegen und uns weniger in den tagesklinischen Bereich begeben. Immer dann, wenn versucht wird, einen entsprechenden Umbau zu gestalten gerade hin zum tagesklinischen Bereich, dann ist sehr wohl irgendein Politiker einer Oppositionspartei sofort zur Stelle und sagt um Gotteswillen, die Versorgung in den Regionen wird entsprechend eingeschränkt, weil Betten abgebaut werden und weil wir hier wieder nicht die notwendigen Mittel freibekommen, um diesen entsprechenden Umbau auch zu finanzieren.

Eines möchte ich auch noch sagen. Dieses berufsständische Hickhack muss aufhören. Es tut mir sehr leid, dass der Karl Schnell jetzt hinausgegangen ist, aber das sind wir eh gewohnt. Er stellt sich da her, macht einen Rundumschlag von den Schließungen der Poststellen bis hin zu PHC-Zentren und dann verlässt er den Raum. Das ist sehr schade. Aber ich möchte an dieser Stelle schon eines sagen. ...

**(Zwischenruf Abg. Ing. Mag. Meisl: Russland!)**

... So ist es jetzt auch nicht, dass Pflegeberufe keine entsprechende Ausbildung brauchen. Ein bisschen ein Papperl verabreichen, das ist pflegerische Tätigkeit, die mit vielen Vorschriften auch belegt ist und es kann nicht einfach jeder einem Menschen mit Schluckstörungen irgendwie ein Papperl verabreichen, wie er das sagt. (Beifall der ÖVP-, SPÖ- und Grünen-Abgeordneten)

Ich möchte da schon einmal sagen: Lassen wir die Kirche im Dorf. Eines möchte ich auch sagen. Wir brauchen überhaupt nicht nachdenken über die Akademisierung der Pflege, wenn die Ärzte nicht bereit sind, auch entsprechende Tätigkeiten abzugeben. Auf der einen Seite hören wir immer Ärztemangel, wir haben so viel zu tun, wir wissen überhaupt nicht wo wir anfangen sollen und wo wir aufhören sollen. Kaum reden wir über die Akademisierung der Pflege und vielleicht auch über eine Ausweitung der Möglichkeiten des Einsatzes von Pflegepersonen, sind die Ärzte und die Ärztekammer die Ersten, die dagegen auftreten. Egal ob es um eine Verschreibung von Medikamenten geht, egal ob es um die Verschreibung von Pflegehilfsmitteln geht oder ähnliche Dienste. Es wird sofort geschrien das ist ein No-go und die Patientinnen und Patienten sind in Gefahr.

Also hier einfach auch eine bessere Zusammenarbeit, das wünsche ich mir sehr, auf der einen Seite. Auf der anderen Seite muss es uns auch gelingen, dass wir gerade im Bereich der basalen Pflege noch genügend junge Menschen dazu motivieren, eine entsprechende Ausbildung zu machen. Also diese Verunsicherung der jungen Menschen, die derzeit stattfindet und die lieber davon Abstand nehmen, eine Pflegeberuf oder einen medizinischen Beruf zu ergreifen, das kann nicht in unserem Sinne sein und das muss aufhören.

Lieber Herr Klubvorsitzender Steidl, ich muss schon auch eines sagen, diese Verunsicherung wird leider auch von der SPÖ entsprechend auch ...

**(Zwischenruf Klubvorsitzender Abg. Steidl: Die Verunsicherung betreibt der Gesundheitsreferent selbst in seiner Ankündigung. Das schmerzt ein bisschen.)**

... geschürt und ich gehe jetzt auf eine andere Form der Verunsicherung ein, und zwar geht es um die Verunsicherung der regionalen Versorgung. ...

**(Zwischenruf Klubvorsitzender Abg. Steidl: Fünf Projekte 2014 angekündigt, noch immer haben wir sie nicht!)**

... Wenn im Pinzgau gestreut wird, dass die Neurologie in Zell am See zugesperrt wird, dann kann ich Euch nur sagen, die war noch gar nie aufgesperrt, und das weißt Du als ehemaliger Gesundheitsreferent sehr wohl ...

**(Zwischenruf Klubvorsitzender Abg. Steidl: Das ist alles vor Ort vorhanden, jedes Bett und die Einrichtung. Das ist keine Phantomabteilung.)**

... Aber es ist die neurologische Versorgung sehr wohl gewährleistet, weil der Dozent Klausner als Neurologe im Pinzgau eingesetzt ist in der Inneren Medizin und sowohl auch für neurologische Diagnosen zur Verfügung steht. Das meine ich mit Zusammenarbeit. ...

**(Zwischenruf Klubvorsitzender Abg. Steidl: Bei der Eröffnungsrede hat er es noch gelobt, bei seiner Eröffnungsrede. Sand in die Augen streuen, das ist es!)**

**(Zwischenruf Abg. Mag. Schmidlechner: So ist das. Da kann ich mich noch an andere Zeiten erinnern. Da ward Ihr noch in der Regierung!)**

**(Zwischenruf Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl: Du kennst Dich einfach nicht aus!)**

... Immer nur so zu denken und möglichst viele Strukturen aufzubauen, das ist der falsche Weg.

Noch einmal abschließend. Es gibt viel zu tun. Danke an Christian Stöckl, dass er das so in die Hand nimmt und wir werden gemeinsam daran weiterarbeiten. Danke. (Beifall der ÖVP- und Grünen-Abgeordneten)

**Landtagspräsidentin Dr.<sup>in</sup> Pallauf: Als Nächster zu Wort Roland Meisl für die SPÖ.**

**Abg. Ing. Mag. Meisl: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Werte Zuhörer!**

Als Tennengauer Abgeordneter möchte ich von diesen abstrakten Diskussionen zum Teil wegkommen auf die konkrete Situation in meinem Heimatbezirk in Hallein, weil dort wird viel über die Gesundheitsversorgung und noch viel mehr über die notärztliche Versorgung diskutiert. Wenn ich das aufgreifen darf, was der Gesundheitsreferent gesagt hat, ein Genesungsprozess eines kranken Menschen beginnt mit der Ausstellung eines Rezeptes, dann beginnen im Bezirk Tennengau genau hier die ersten Probleme. Immer dann, wenn man außerhalb der normalen Ordinationszeiten am Vormittag nämlich einen Arzt braucht.

Ihr wisst alle ich bin ein Kuchler und mit diesem - wie heißt es so schön - hausärztlichen Notdienst, der eingerichtet wurde im November 2015, gibt es jetzt ...

**(Zwischenruf Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl: Einen Bereitschaftsdienst!)**

... einen Bereitschaftsdienst, gibt es jetzt einen Arzt, Kollege Stöckl, der für genau sieben Gemeinden zuständig ist, nämlich für das Lammertal, der Kollege Bürgermeister Schnitzhofer kennt diese Thematik, nämlich Rußbach, Annaberg, Abtenau, Scheffau, Golling, Kuchl, St. Koloman. Das sind mehr als 20.000 Einwohner, die sich dann gerne an diesen diensthabenden Arzt richten können. Wenn du ein Pech hast, darfst du 40 Kilometer fahren, damit du dir genau dieses Rezept ausstellen darfst und dann darfst du dir eine Apotheke suchen usw. und so fort. Also das sind diese Quantensprünge, die wir in der Gesundheitsversorgung machen.

Damit eng verbunden ist natürlich die notärztliche Versorgung. Derzeit funktioniert es so, dass wir zwei Notärzte stationiert in der Stadt Salzburg haben. Die sind zuständig für Flachgau, Stadt Salzburg und Tennengau. Das sind knapp 350.00 Menschen, für die dieser Notarzt zuständig ist. Dann passiert ein Fall, dann hat er einmal nach Abtenau zu fahren, das ist, Kollege Schnitzhofer, korrigiere mich, da fährst du eine gute halbe Stunde hinein auch mit einem Notarztwagen damit du hineinkommst, und das ist dann die erste notärztliche Versorgung, die man bekommt. Ich glaube das ist nicht ausreichend, weil Sinn eines Notarztes ist, dass er schnell da ist, dass er die Ersthilfe leistet und dass man dann in ein Krankenhaus fährt.

Dann bin ich beim dritten Punkt für den Bezirk Tennengau. Das Krankenhaus kann man ab 20:00 Uhr nicht mehr anfahren, weil da hat leider die Ambulanz geschlossen. Da muss man dann weiterfahren in den Zentralraum, was derzeit ja stattfindet und was zum nächsten Problem führt, und der Christian Stöckl hat dieses Problem angesprochen, nämlich dass die Ambulanzen voll sind, die Rettung hat gar keine andere Möglichkeit mehr, als wie die Patienten, egal was sie haben, ob sie in eine Ambulanz überhaupt gehören oder nicht oder ob es viel gescheiter wäre, dass sie bei einem Hausarzt wären, fahren sie sie in die Stadt Salzburg hinunter, fahren sie sie ins Krankenhaus, dort warten sie bis sie drankommen, dort sind viele Leute, das heißt sie warten lange die Rot Kreuzler bis sie heimfahren können und so sind so die ganze Nacht unterwegs im Einsatz, was für die Freiwilligen eine unheimliche Belastung ist.

Wir haben das bei der Jahreshauptversammlung des Roten Kreuz Tennengau am Freitag gehört, sie haben 7 % Steigerungen des Freiwilligendienstes, der Stundenanzahl, um 10 % Steigerungen von gefahrenen Kilometern. Mittlerweile ist es auch eine wirtschaftliche Belastung für das Rote Kreuz, die auf Dauer so nicht hinzunehmen ist. Dann fahren die ganzen Rot Kreuzler, die ganze Nacht unterwegs, kommen nicht mehr zum Schlafen, was dazu führt, dass, die Leute müssen in der Früh wieder arbeiten gehen, dass sie sich natürlich auch ernsthaft überlegen, ob sie das auf Dauer machen können, weil das ist eine Belastung, die auch den Freiwilligen nicht zumutbar ist.

Das ist das Gesundheitssystem, das wir derzeit im Bezirk Tennengau haben. Das ist eine heiße Debatte, nicht nur im Lammertal, sondern im ganzen Bezirk und ich glaube, Herr Gesundheitsreferent, es ist dringender Handlungsbedarf. Ich weiß schon, da muss man auch wahrscheinlich ein Geld in die Hand nehmen, aber wie hat kürzlich ein kluger Mann gesagt: Wenn wir das Geld für die Ärzte nicht mehr haben, dann ist das der Niedergang der sozialen Gesellschaft. Ich glaube wir alle, wie wir hier im Landtag sitzen, wollen dies auf keinen Fall, darum, Herr Gesundheitsreferent, Du bist gefordert, die ärztliche Versorgung, insbesondere die notärztliche Versorgung im Tennengau zu verbessern. (Beifall der SPÖ-Abgeordneten und des Abg. Essl)

**Landtagspräsidentin Dr.<sup>in</sup> Pallauf:** Danke. Herr Klubobmann Schwaighofer für die Grüne Fraktion.

**Klubobmann Abg. Schwaighofer:** Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Es ist ja eines klar, dass natürlich, von Dir nicht anders gemacht und auch zu Recht nicht anders gemacht, auf Fehler und Mängel hingewiesen wird, die es in einer natürlich nicht perfekten Gesundheitsversorgung in einem Land oder in einem Staat gibt. Uns ist ja auch allen klar, dass es, und das wurde auch gesagt von Christian Stöckl, eine Reihe von Entwicklungspotentialen und Notwendigkeiten gibt.

Nachdem ich mich ja schon oft da heroben auch zu Fragen der Gesundheit und im Detail immer wieder einmal melden durfte und auch anhand von Berichten, die wir bekommen haben, möchte ich einmal die Sache von einer anderen Seite her aufziehen, nämlich die Frage zu stellen: Laufen wir nicht in Salzburg, in Österreich, insgesamt eigentlich ständig mit immer noch mehr Geld einer Fehlentwicklung hinterher und brauchen viel Geld, um diese Fehlentwicklungen immer wieder zu finanzieren und immer besser zu finanzieren?

Was meine ich jetzt mit den Fehlentwicklungen? Wir kennen das, ich habe mir aktuell eine Studie der GÖG angesehen, die das Gesundheitssystem und die Reformmöglichkeit im österreichischen Gesundheitswesen sich angeschaut haben, und die stellen wieder einmal fest, wir haben in Österreich Pro-Kopf-Ausgaben in der Gesundheit, die deutlich über dem EU 15-Schnitt, also das sind die entwickelten Ländern, so würde ich einmal sagen, liegen. Wir haben vor allem im stationären Bereich sehr hohe Pro-Kopf-Ausgaben bei uns in Österreich, da sind wir an der Spitze, und wir beklagen, dass wir eine nicht ausreichende Ver-

sorgung haben. Wir liegen aber an der Spitze in diesem Bereich, bei diesen fortschrittlichen EU-Ländern. Wir haben viel zu viele, ein ewiger Befund, das kennt Ihr alle, viel zu viele Akutbetten und gleichzeitig jammern und klagen wir, dass irgendwo Betten geschlossen werden. Im Vergleich haben wir offensichtlich viel zu viele, manche sagen doppelt so viele Akutbetten in den Spitälern wie andere Länder. Wir haben durchschnittlich deutlich längere Aufenthalte in den Krankenhäusern. Wir haben auch mehr Krankenhausaufenthalte wie andere Länder. Wir haben insgesamt viel hochqualifiziertes Personal, was natürlich gut ist, und ausgelöst dadurch, dass wir entsprechend viele Akutbetten haben, die ja auch dann möglichst gut ausgelastet sein sollen, haben wir einen sehr starken Trend und über das Finanzierungssystem insgesamt einen sehr starken Trend zur Auslastung und zur hohen Inanspruchnahme oder hohen Verschreibung von entsprechenden Leistungen.

Das heißt wir haben ein System, das sich selber immer wieder in Schwung hält und sein Leistungsvermögen steigert und jetzt würde ich gar niemand vorwerfen, dass er nicht krank ist oder dass er nicht einen Behandlungsbedarf hat, aber es kann ja nicht sein, oder ich versuche einfach zu überlegen, machen das nur wir richtig und alle anderen falsch oder haben wir hier doch falsche Prioritäten. Ich würde einmal nur vermuten, dass wir schon einen sehr starken Anreiz haben, das hat der Christian Stöckl ausgeführt und dürfte relativ unbestritten sein, ganz schnell eine entsprechende Leistung in Anspruch zu nehmen und den ersten Weg in die Ambulanz zu suchen. Wenn ich mir nur vorstelle, wenn das annähernd stimmt, dass 50 % der Fälle, die in den Ambulanzen landen, eigentlich bei einem praktischen Arzt ausreichend aufgehoben wären, das haben wir ja, lieber Karl Schnell, das haben wir ja nicht erst seit gestern, das haben wir seit vielen Jahren, ...

**(Zwischenruf Klubobmann Abg. Dr. Schnell: Eben. Ihr habt nicht reagiert!)**

... diesen Fall haben wir ja seit vielen Jahren, dann ist das ja nur eine kleine Fehlentwicklung.

Die Frage, die ich mir stelle, ist natürlich: Wollen wir immer an dem System so weiterdoktern oder sollen wir nicht einen anderen Ansatz wählen, dass wir sagen, wie schaffen wir es denn, mit welchen Rezepten schaffen wir es denn, dass weniger Menschen zum Arzt gehen müssen, dass wir weniger Spitalsaufenthalte haben usw. usw. Dann würde Geld frei für entsprechende andere Maßnahmen. So platt und banal das klingt, wenn wir das Gesundheitssystem immer getrennt davon behandeln, was wir in allen anderen sozialen Feldern tun müssen und in anderen Bereichen, im Bildungsbereich, im Bereich der Arbeit, im Bereich der Armutsbekämpfung, solange werden wir auch von diesem Modell und von diesem System, das sehr kostspielig ist und offensichtlich doch nicht zufrieden macht, nicht wegkommen.

Einen letzten Aspekt möchte ich noch anführen, weil mich der sehr nachdenklich gestimmt hat. Diese Untersuchung hat auch gezeigt, dass wer nimmt den vor allem Gesundheitsleistungen in Anspruch. Die, die hohe Bildung haben, und die, die hohes Einkommen haben. Das heißt wir haben hier ein Problem, das sich immer wieder verstärkt, dass nämlich gera-

de die, die weniger Bildung haben, ein niedriges Einkommen haben, zu wenig Gesundheitsleistungen in Anspruch nehmen, dadurch die Krankheitsfälle hier sich noch steigern und wir hier einen Verdoppelungseffekt haben.

Ziel meiner Wortmeldung war einfach einmal darauf hinzuweisen, vielleicht müssen wir ganz woanders anpacken und nicht einfach darüber klagen, dass wir zwar das teuerste System haben, es uns aber bei weitem noch nicht genug ausgebaut ist. Danke. (Beifall der ÖVP- und Grünen-Abgeordneten)

**Landtagspräsidentin Dr.<sup>in</sup> Pallauf:** Danke. Für den Klub der FPÖ noch einmal Herr Klubobmann Schnell.

**Klubobmann Abg. Dr. Schnell:** Hohes Haus!

Alles bestens. Frau Kollegin Gutschi, ich habe oben mitgehört. Wenn Sie wirklich einmal wissen wollen woran es krankt, ich lade Sie gerne ein, einen Tag bei mir in der Ordination nur hinter mir nachzurennen. Ich weiß nicht, ob Sie dann eine Arbeitsleistung erbracht haben, die für Sie für ein Monat reicht. Herr Kollege Cyriak Schwaighofer, ist ungefähr ...

(Zwischenruf Klubobfrau Abg. Mag.<sup>a</sup> Gutschi: Das nimmst Du zurück!)

... Das, was Sie gesagt haben, ein Rundumschlag ist nämlich das, was Sie dann von den Patienten erfahren, Frau Kollegin. ...

**Landtagspräsidentin Dr.<sup>in</sup> Pallauf** (unterbricht): Herr Kollege Schnell, ich darf ersuchen, sich auch in der Wortwahl und mit den Anschuldigungen und Vorwürfen etwas in Zaum zu halten. Ich ersuche jetzt um Ruhe, um die Wortmeldung fortzusetzen und auf die Wortwahl zu achten.

**Klubobmann Abg. Dr. Schnell** (setzt fort): Frau Präsidentin, Entschuldigung, das ist etwas, was ich in den Raum gestellt habe und die Frau Kollegin Gutschi kann gerne kommen und kann einmal einen Tag bei mir nur hinten nachrennen, wird Sie sehen, welche Leistung die Ärzte erbringen. Jetzt gehen wir wieder ...

(Zwischenruf Klubobfrau Abg. Mag.<sup>a</sup> Gutschi: Lieber Karl, vice versa!)

... Sie verstehen ja so viel davon. Ich weiß, ich weiß. Wo haben Sie Ihr Wissen? Von den Zetteln, die der Cyriak Schwaighofer jetzt gelesen hat mit den Statistiken. Genau das ist es. Praxis und Theorie.

Aber jetzt kommen wir zu etwas anderem. Das was Euch einfällt, die Regierungsparteien, der Gebietskasse, ...

(Zwischenruf Klubobmann Abg. Schwaighofer: Die Gebietskrankenkasse!)

... wir nehmen jetzt Schauspieler her, die ein Krankheitsbild einüben, gehen dann zum Arzt, das ist genau das was der Cyriak Schwaighofer gesagt hat, wir wissen nicht, wir wollen niemand vorwerfen, dass der Patient vielleicht nicht krank ist und der Schauspieler spielt dem Arzt eine Krankheit vor, um dann zu sehen, ob der Arzt den krank schreibt. Toll. Dann überprüft er, ob wir Ärzte auch die Karte, die E-Card vom Patienten überprüfen, ob das auch wirklich der Patient ist, der zu der Karte gehört.

Wenn Sie in meiner Praxis, nur gestern bei 100 Patienten bei jedem überprüfen und sagen: Sie, jetzt zeigen Sie mir bitte den Personalausweis, damit ich sehe, ob Sie auch der Inhaber der Karte sind. Wissen Sie was dann vorne los ist? Dann kündigt ihre Ordinationshilfe am selben Tag, meine lieben Kollegen. Das ist genau das, auf das Ihr hingehet und das ist die Katastrophe schlechthin.

Ihr habt auch nicht vernommen, dass im Winter die Eltern mit den Kindern stundenlang, und zwar zweistellige Stunden, in den Ambulanzen warten mussten bis sie einen Kinderarzt gekriegt haben. Das wisst Ihr alle nicht. Oder es gibt eine präoperative Untersuchung. Das nennt sich PROP, auch eingeführt von den Regierungspartien. Das ist, dass ein Patient vor einer Operation - jetzt kannst Du zuhören, Cyriak, weil dann hörst Du was aus der Praxis, dann hörst Du was aus der Praxis, warten wir, bis der Herr Cyriak Schwaighofer zuhört - untersucht wird, ob er für diese Operation - zuhören musst Du, Cyriak, sonst erfährst es nie, sonst wirst Du nie gescheiter, weißt, Du musst zuhören. ...

**(Zwischenruf Klubobmann Abg. Schwaighofer: Das gfreit mich gar nicht mehr!)**

... Präoperative Untersuchung. Wisst Ihr, dass diese Untersuchung die Internisten gar nicht mehr machen. Die Internisten machen sie nicht mehr und wir kriegen auch keine Termine mehr. Wenn Ihr gescheit daherredets von irgendwelchen Operationen, vorher muss der Patient untersucht werden und eine prooperative Untersuchung haben. Nein, die Patienten kriegen gar keinen Internisten mehr, dass die präoperative Untersuchung gemacht wird. So schaut es aus. Das habt alles Ihr installiert, alles Ihr installiert, Rot, Schwarz und die Grünen Regierungshelfer.

Die BHC-Zentren. Neulich lese ich, dass die VAMED auf der ganzen Welt einen Umsatz von 1,7 Mrd. macht. Was macht die Regierung in Salzburg? Sie schoppt der VAMED Steuergelder, 15 Mio. in den Hintern, damit sie ein Hotel bauen mit einer sogenannten Therme, die gar keine ist, wo du tausend Tauchsieder hineinhalten musst, weil es ein Hallenbad ist. Und die bestimmt im Krankenhaus Zell am See, welcher Primar was bauen darf. Bei der Nachsorge für Onkologiepatienten hat damals David Brenner mir, liebe Kollegen von der Sozialdemokratie gesagt, da könnten wir etwas verdienen. Also muss es die VAMED machen, damit die VAMED noch reicher wird.

Aber umgekehrt kann ein praktischer Arzt gar nicht mehr seine Ordination ausrüsten, weil er so viele bürokratische Hürden kriegt, dass er es sich nicht mehr leisten kann. Also schaffen wir die BHC-Zentren. Wir bauen mit denen, die das Geld haben, Zentren. Dort werden

die Ärzte dann angestellt und der Patient kann sich den Arzt nicht mehr aussuchen. Das sind die wahren Dinge, lieber Cyriak, liebe Kollegin Gutsch, die uns tagtäglich ins Haus stehen. Aber davon wollt Ihr nichts wissen, weil Ihr halt's Euch an Statistiken und an Zeteln und an sonst nichts. ...

**(Zwischenruf Klubobmann Abg. Schwaighofer: Genau!)**

... Ihr schafft das Gesundheitswesen, das ein ausgezeichnetes war, da gebe ich Euch Recht, schafft Ihr ab und macht Ihr kaputt, wie viele, viele andere Einrichtungen und dann redet die ÖVP von der Strukturierung des ländlichen Raumes. Wir sperren die Post zu. Wir sperren, praktisch es gibt keinen Verkehr mehr. Wir sperren die Dienststellen der Polizei zu und jetzt haben wir auch keine Hausärzte mehr. Gratuliere! Danke. (Beifall der FPÖ-Abgeordneten)

**Landtagspräsidentin Dr.<sup>in</sup> Pallauf:** Herr Kollege Naderer für das Team Stronach Salzburg. Du hast das Wort. Bitte! Dürfte ich jetzt um Deine Wortmeldung bitten!

**Klubobmann Abg. Naderer:** Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Selbstverständlich. Ich habe nur ganz kurz noch die Wortmeldung, die habe ich nicht verstanden, des Landeshauptmann-Stellvertreters Dr. Stöckl mir angehört.

Wie krank ist unser Gesundheitssystem zum Thema heute. Wenn ich das alles mitverfolgt habe, was ich in der letzten Stunde gehört habe, muss ich eigentlich sagen, dass ich dem Christian Stöckl ein relativ gutes Zeugnis ausstellen kann, weil die meisten Themen, die da heute kritisiert wurden, sind im Zuständigkeitsbereich der Bundesregierung. ...

**(Zwischenruf Klubvorsitzender Abg. Steidl: Überhaupt nicht, kein einziges von mir!)**

... Da müsste man schon ansetzen - die meisten habe ich gesagt, ich habe ja nicht gesagt alle. ...

**(Zwischenruf Klubvorsitzender Abg. Steidl: Dann musst Du dazusagen von wem. Von den Regierungsparteien.)**

... Wenn ich mir die Bundesverfassung anschau, da steht im Art. 10 der Bundesverfassung, das sind die Kompetenzartikel, wo drinnen steht wer ist für was zuständig. Was macht der Bund, was machen die Länder, was machen die Gemeinden. Da steht drinnen Bundessache ist die Gesetzgebung und die Vollziehung des Gesundheitswesens mit Ausnahme des Leichen- und Bestattungswesens. Also Kernkompetenz im Gesundheitswesen ist bei der Bundesregierung. Heißt dort ist anzusetzen, dass endlich dieser Reformstau, der sich zweifelsohne im Gesundheitswesen ergeben hat, aufgelöst wird, dass man diese geschilderten Zustände bei den Hausärzten, dass sieben Gemeinden, wie es der Kollege von der SPÖ gesagt

hat, abgefahren werden müssen mit 40 Kilometer usw., das sind alles Systemfragen, die mit dem Bund abzuhandeln sind. ...

(Zwischenruf Abg. Mag. Schmidlechner: Nein! Nein, das stimmt einfach nicht!)

(Zwischenruf Klubvorsitzender Abg. Steidl: Das stimmt nicht!

... Ich habe mir das dann ganz genau angeschaut. Es ist auch nicht so, ...

(Zwischenruf Klubvorsitzender Abg. Steidl: Für die notärztliche Versorgung ist ausschließlich das Land zuständig!)

Landtagspräsidentin Dr.<sup>in</sup> Pallauf (unterbricht): Das Wort ist beim Kollegen Naderer!

Klubobmann Abg. Naderer (setzt fort): Es ist ja auch nicht so, dass die Bundesregierung nicht entsprechend gute Vorsätze dazu gehabt hätte. Da gibt es ein Regierungsprogramm aus dem Jahr 2013, da steht explizit drinnen die Verbesserung der Erreichbarkeit und Verfügbarkeit von Hausärzten, also die Bundesregierung weiß durchaus, dass sie dort zuständig ist und Handlungsbedarf hat, sonst würde sie das wahrscheinlich nicht in ihr Regierungsprogramm hineinschreiben. Dass wir subsidiär auch Zuständigkeit haben, das ist klar, aber ich glaube mit der Spitalsreform, aber auch mit dem neuen Gehaltsgesetz, wie wohl wir sicher mit den Schweizern nicht mithalten können, aber die haben auch andere Lebenshaltungskosten wie bei uns, man muss das in Relation sehen, glaube ich sind schon erste Schritte gesetzt worden, die nicht so selbstverständlich im Gesundheitswesen sind, weil bisher, so wie es in der ganzen Republik ist, bei jeder Reform ist ein Lagerdenken, wo sie sich in Schützengraben einigeln zwischen Rot und Schwarz und man bekämpft sich gegenseitig. Man hat das auch beim Ergebnis der Bundespräsidentenwahl gesehen, was das für einen Eindruck auf die Bürger dieses Landes macht.

Wie gesagt die Bundesregierung hat sich ein riesen Programm erarbeitet und ich habe gerade so geschaut, das sind viele Seiten was die alles wollen. Vermeidung von unnötigen Spitalsaufenthalten. Überprüfung bestehender Qualitäts- und Strukturvorgaben. Schulgesundheitsdienst überarbeiten. Ein Jugendgesundheitspass bis 18 Jahre. Auch noch Leermeldung. Von multiprofessionellen bzw. interdisziplinär organisierten Versorgungsformen, die wollen sie etablieren, und, und, und. Also die Bundesregierung weiß sehr wohl für was sie zuständig ist, handelt aber in vielen Belangen nicht.

Ich denke wir sollten unsere Einflüsse, die jede Partei in Wien hat, dafür sorgen, dass in den Gremien, in den Vorstandssitzungen der SPÖ, aber auch der anderen Parteien vielleicht das Thema einmal angeschnitten wird. Bei der Gesundheitsversorgung ist sicher die Zeit nicht fünf vor zwölf, sondern fünf nach zwölf und bitte in den eigenen Gremien dafür zu sorgen. Der Salzburger Landtag ist für dieses Thema nur bedingt zuständig. ...

(Zwischenruf Abg. Mag. Schmidlechner: Das ist ein Kernbereich des Landes die Gesundheit!)

... Es ist zwar gut, darüber zu diskutieren, aber die Hauptzuständigkeit in puncto Gesundheitswesen, ich habe es Euch gesagt, stehen in den Kompetenzartikeln, das ist die Bundesregierung. (Beifall der ÖVP-Abgeordneten)

**Landtagspräsidentin Dr.<sup>in</sup> Pallauf:** Damit haben wir den Tagesordnungspunkt Aktuelle Stunde abgeschlossen. Bevor wir fortsetzen, ersuche ich die Zweite Präsidentin um Vorsitzübernahme.

**Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc** (hat den Vorsitz übernommen): Wir kommen jetzt zu

#### **Punkt 5: Mündliche Anfragen (Fragestunde)**

Es wurden elf mündliche Anfragen eingebracht. Die mündlichen Anfragen

**5.3 Mündliche Anfrage der Abg. Steiner-Wieser an Landeshauptmann Dr. Haslauer betreffend Förderung der Veranstaltung Sound of Musikum 2016**

**5.4 Mündliche Anfrage der Abg. Fürhapter an Landesrätin Mag.<sup>a</sup> Berthold MBA betreffend Hausregeln in Asylquartieren**

**5.5 Mündliche Anfrage des Abg. HR Dr. Schöchel an Landesrat Dr. Schellhorn betreffend Haus der Volkskultur**

**5.6 Mündliche Anfrage des Abg. Schneglberger an Landeshauptmann Dr. Haslauer betreffend Entbürokratisierung**

**5.8 Mündliche Anfrage der Abg. Riezler-Kainzner an Landesrätin Mag.<sup>a</sup> Berthold MBA betreffend Ausnahmegenehmigungen zum verpflichtenden Kindergartenjahr**

an Landeshauptmann Haslauer, Landesrätin Berthold und Landesrat Schellhorn werden aufgrund der Entschuldigungen der Regierungsmitglieder vereinbarungsgemäß schriftlich beantwortet bzw. wurde die Anfrage des Abgeordneten Schneglberger an Herrn Landeshauptmann zurückgezogen.

Nach der Fragestellung hat das befragte Mitglied der Landesregierung fünf Minuten Zeit, eine Antwort zu geben. Der Fragesteller kann dann noch zwei Minuten replizieren. Als erste Anfrage rufe ich auf

## 5.1 Mündliche Anfrage der Abg. DI<sup>in</sup> Lindner an Landesrat Mayr betreffend eine Schwerverkehrsabgabe

Bitteschön!

**Abg. DI<sup>in</sup> Lindner:** Sehr geehrter Herr Landesrat, lieber Hans!

Ein großer Teil der Salzburger Bevölkerung leidet unter Lärm und Abgasen, die zu einem großen Teil durch Schwerverkehr verursacht werden. Die Unfallgefahr von Schwerverfahrzeugen, die auf Landes- und Bundesstraßen fahren, ist viel größer, als wenn diese Fahrzeuge auf der Autobahn unterwegs sind. Auch könnten viele Transporte auf die Schiene verlagert werden. Leider ist aktuell eine Verlagerung des Gütertransports von der Straße auf die Schiene aufgrund der ungleichen Infrastrukturabgaben sehr schwer finanziell darzustellen. Es ist derzeit tendenziell sogar umgekehrt, dass Transporte, die früher auf der Schiene durchgeführt wurden, auf die Straße verlagert wurden und werden. Als Beispiel seien z.B. die Transporte von Siggerwiesen genannt. Früher fuhren dort Vollzüge weg, jetzt gibt es nur mehr vereinzelte Waggon, die sich auf der Schiene kaum rechnen. Hingegen ist die Belastung der Bevölkerung an der nahegelegenen Bundesstraße um ein Vielfaches gestiegen.

Um die Klimaziele zu erreichen, braucht es mehr Kostenwahrheit im Verkehr. So wurden am 30. März 2016 im Parlament Änderungen beim Bundesstraßen-Mautgesetz und im ASFINAG-Gesetz beschlossen mit dem Ziel, die externen Kosten aus der Umweltverschmutzung und Lärmbelastung in Zukunft in die Berechnung der LKW-Maut einfließen zu lassen.

Meine Frage: Welche positiven Auswirkungen für die Salzburger Bevölkerung wären bei einer österreichweiten Einführung einer leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe zu erwarten?

**Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc:** Herr Landesrat!

**Landesrat Mayr:** Vielen Dank, Frau Abgeordnete. Einleitend möchte ich festhalten, dass dieses Thema seit dem April 2014 bei der Landesverkehrsreferentenkonferenz diskutiert wird. Am kommenden Freitag gehen wir hier in die dritte Runde. Auslöser war eben der zunehmend schlechter werdende Zustand der Landes- und Gemeindestraßen und auch die Sorge darüber, wie man Landes- und Gemeindestraßen zukünftig adäquat erhalten kann. Man muss auch wissen, dass die Landesstraßen der größte Baukörper der Republik sind und dass natürlich da eine hohe Verantwortung hinsichtlich der Erhaltung besteht.

Es wurde im Jahr 2014 eine Expertengruppe eingesetzt von den Bundesländern Kärnten und Steiermark auf Beamtenebene und aktuelle Ausgaben zum Erhalt der bundesweiten Landesstraßen, es sind 33.000 Kilometer, werden mit rund 277 Mio. jährlich beziffert. Der tatsächliche Bedarf, um den Status quo erhalten zu können, wären aber 595 Mio. Euro jährlich.

Wenn nun aktuell nichts gemacht wird, so werden sich nach Berechnungen der Experten in zehn Jahren die Kosten um weitere 318 Mio. Euro erhöhen. Eine weitere Ziffer wurde ermittelt, die vorliegenden Studienergebnisse gehen nun von Einnahmen, wenn diese Schwerverkehrsabgabe umgesetzt wird, von jährlich 651 Mio. Euro aus. Zieht man die Kosten für den Betrieb und die Instandhaltung ab, so würde den Ländern ein Betrag von rund 577 Mio. Euro zur Verfügung stehen. Ich sage vielleicht ordnungshalber dazu, ich vertrete diese Maßnahme nur dann, wenn diese Einnahmen zweckgebunden bleiben, das ist eine Grundvoraussetzung.

Von diesen 577 Mio. Euro bundesweit würde das Land Salzburg rund 40 Mio. Euro bekommen, rund zehn Mio. würden den Gemeinden für die Erhaltung der Gemeindestraßen weitergegeben werden. Das heißt wir hätten 30 Mio. Euro zur Verfügung eben für die Erhaltung der Straßen, für die Erweiterung wichtiger Infrastruktureinrichtungen, insbesondere aber auch für die Weiterentwicklung des öffentlichen Verkehrs.

Neben den positiven finanziellen Auswirkungen werden aber auch einige Nebeneffekte erwartet. Nach einer Studie der Arbeiterkammer, und die haben einen Universitätsprofessor dafür eingesetzt, würden durch diese Maßnahme 10.000 neue Ganzjahresarbeitsplätze entstehen. Das ist auch durchaus begründbar, denn was wird denn mit diesem Geld passieren? Dieses Geld würde in Infrastrukturmaßnahmen in den Ländern eingesetzt und davon würde nicht nur die regionale Bauwirtschaft profitieren, sondern auch natürlich der Arbeitsmarkt. Aufgrund der Reduzierung der LKWs würde die Fahrleistung um rund 2 % sinken und damit auch das Unfallrisiko und der Schadstoffausstoß.

Weiters ist eine Reduzierung der Mautflüchtlinge, und das ist natürlich auch in Salzburg in gewissen Gebieten ein primäres Problem, zu erwarten, weil natürlich die LKWs dann geradewegs auf den höchstrangigen Straßen, sprich auf den Autobahnen, fahren würden. Das ist so ein erster Bericht von meiner Seite.

**Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc:** Danke. Frau Abgeordnete, willst Du weitere Fragen stellen?

**Abg. DI<sup>in</sup> Lindner:** Ja bitte. Durch die fehlende Kostenwahrheit im Transport kommt es ja oft zu sinnlosen Gütertransporten quer durch Europa. Oft werden um Exportsubventionen Güter exportiert, um anschließend wieder reimportiert zu werden. Ich habe in Vorbereitung auf die Frage mit einigen Logistikern gesprochen, die haben mir das bestätigt, dass Güter oft von Norddeutschland nach Portugal oder in den serbischen Raum exportiert werden, dort werden sie gar nicht behandelt oder geringfügig behandelt, um wieder reimportiert zu werden.

Daraus ergibt sich meine Unterfrage: Können durch mehr Kostenwahrheit, die auch dem Schutz der Bevölkerung dient, sinnlose Transporte vermieden werden?

**Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc:** Herr Landesrat!

**Landesrat Mayr:** Ich denke gerade dieses Thema Kostenwahrheit ist ein unwahrscheinlich wichtiges und darauf setze ich mich auch immer wieder. Wie sollen wir es jemals schaffen, den Gütertransport auf die Schiene zu bekommen, wenn die eine Seite gar nichts kostet, nämlich auf den Landesstraßen, und die andere Seite doch relativ teuer ist. Das wird nicht funktionieren und da ist man wieder beim Henne-Ei-Prinzip. Was brauche ich zuerst? Die Infrastruktur, die mir überhaupt nichts hilft, wenn diese Infrastruktur nicht wahrgenommen wird, weil die Kostenwahrheit nicht vorhanden ist.

Ich gebe noch kurz eine Antwort. In der Schweiz gibt es dieses System der Schwerverkehrsabgabe seit dem Jahr 2001. Die Schweiz nimmt rund 1,5 Mrd. jährlich ein und vielleicht auch ein Beispiel. Ein Gütertransport eines 40 t LKWs, also 40 Tonnen ist Gesamtbelastung, rund 24 Tonnen ist praktisch die Nutzlast, kostet für eine Strecke von 300 km rund 200 Euro. Daraus ergibt sich dann auch der Schluss, dass die Auswirkungen auf eine Preiserhöhung im Bereich der Güter des täglichen Bedarfes minimal ausfallen werden, nämlich mit 0,15 % im Schnitt. Deshalb sprechen die Fakten sehr für die Einführung einer solchen Schwerverkehrsabgabe. Dass die politische Diskussion derzeit in eine andere Richtung läuft, mit dieser Tatsache müssen wir uns auch natürlich zurechtfinden.

**Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc:** Danke. Du hast die Möglichkeit einer weiteren Unterfrage.

**Abg. DI<sup>in</sup> Lindner:** Danke. Keine Unterfrage mehr. Ich möchte zusammenfassen. Ich entnehme Deiner Beantwortung, dass eine LKW-Maut oder Schwerverkehrsabgabe gerade die regionale Wirtschaft stärken kann, weil sie gerade die kürzeren Wege fördert. Sie stärkt damit die regionale Wirtschaft, sie bringt verursachergerecht die für den Erhalt der Straßen notwendigen Mittel auf und sie dient dem Schutz der Bevölkerung, weil dadurch mehr Kostenwahrheit da ist - bezüglich Lärm und Abgase. Ich möchte in diesem Zusammenhang auch darauf hinweisen, dass ja ein Liter Benzin zu 2,5 kg CO<sub>2</sub> verbrennt. In der Werbung ist der Treibstoffverbrauch pro 100 km, der CO<sub>2</sub> Ausstoß wird nur pro einem Kilometer angegeben, muss also um einem Vergleich standzuhalten, mit 100 multipliziert werden. Danke für die Beantwortung.

**Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc:** Danke vielmals. Wir kommen nun zur zweiten

## **5.2 Mündliche Anfrage des Abg. Wiedermann an Landesrat Mayr betreffend das neue Salzburger Wohnbauförderungsgesetz**

Bitte

**Abg. Wiedermann:** Sehr geehrter Herr Landesrat!

Am 1. April 2015 ist das neue Salzburger Wohnbauförderungsgesetz in Kraft getreten. Schon im Vorfeld der Umsetzung gab es seitens der Landesregierung, insbesondere aber durch Sie, wiederholt mediale Ankündigungen, welche großartige Verbesserungen es im Zusammenhang mit den Mietpreisen geben werde. Insbesondere die teuren - unter Anführungszeichen - "Altmieten", die Sie ja immer wieder angesprochen haben, könnten künftig gestützt werden und es brauche nur mehr die Verordnung dazu in Kraft treten.

Wiederholt haben Sie als Wohnbaulandesrat seit April letzten Jahres den von den teuren Altmieten betroffenen Menschen in Salzburg bei Ihren politischen und auch medialen Auftritten versprochen, die Verordnung werde in Kürze in Kraft treten und tausende Mieterinnen und Mieter in den Genuss der angekündigten Mietzinszuschüsse kommen. Die Verordnung sollte rückwirkend per 1. Jänner 2015 rechtswirksam werden. Zuletzt verkündeten Sie, dass die Landeslegistik die Verordnung inhaltlich prüfe und nunmehr ein Inkrafttreten per 1. Juli 2016 in Aussicht gestellt sei.

Ich stelle deshalb an Sie folgende mündliche Anfrage. Erstens: Was sind die Gründe, warum die angekündigte Verordnung noch immer nicht in Kraft ist und bis wann können die betroffenen Mieterinnen und Mieter mit den von Ihnen versprochenen Mietzinszuschüssen definitiv rechnen? 1.1 Halten Sie das öffentlich und mediale Versprechen, die Verordnung werde rückwirkend per 1. Jänner 2015 in Rechtskraft erwachsen, aufrecht und in welcher Form sollen den Betroffenen die angefallenen Mietzinszuschüsse gutgeschrieben werden? Ich ersuche um Beantwortung.

**Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc:** Herr Landesrat!

**Landesrat Mayr:** Danke Herr Abgeordneter. Der vorgesehene Entwurf zur Mietzinsstützung wurde aufgrund EU-Beihilfen, rechtlicher Problematik einer ganz intensiven Prüfung unterzogen. Eine staatliche Beihilfe, und um nichts anderes handelt es sich bei der Mietzinsstützung, wäre mit dem Binnenmarkt unvereinbar, wenn durch staatliche Mittel der Wettbewerb verfälscht wird oder verfälscht zu werden droht. Grundsätzlich würde die Mietzinsbeihilfe ja allen geförderten Wohnungen offenstehen, sofern die weiteren Voraussetzungen vorliegen.

Nach dem neuen Salzburger Wohnbauförderungsgesetz 2015 kann eine Förderung für die Errichtung von Mietwohnungen allen juristischen und natürlichen Personen des Privatrechtes offen stehen, also auch Gemeinden, Gemeindeverbänden, juristischen Personen, die im Eigentum der Gemeinde sind. Eine Mietzinsbeihilfe für die geförderten Mietwohnungen nach dem Salzburger Wohnbauförderungsgesetz 2015 würde daher kein Verstoß gegen das Europäische Beihilfenrecht darstellen. Tatsächlich ist die Mietzinsbeihilfe aber gerade für ältere geförderte Mietwohnungen notwendig, etwa solche, die nach dem Salzburger Wohnbauförderungsgesetz 1990 gefördert wurden, da gerade diese Wohnungen von den steigenden Mieten besonders betroffen sind. Nach der damaligen Regelung erfolgte eine Förde-

rung nur an gemeinnützige Bauträger, Gemeinden sowie juristischen Personen im Alleineigentum von Gemeinden. Es bestehen daher Bedenken, eine Mietzinsstützung könnte indirekt einen bestimmten Teilnehmerkreis am Markt begünstigen.

Unter dem Thema wurde auch eine Stellungnahme des Bundesministeriums für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft eingeholt. Im Rahmen der eingehenden Prüfung konnten die Bedenken nicht restlos ausgeräumt werden. Die zuständige Fachabteilung wurde daher beauftragt, alternative Möglichkeiten zur Unterstützung der betroffenen Mieteinnahmen für Mieterinnen und Mieter zu prüfen. Diese Prüfung ist nach wie vor im Gang.

Ich komme jetzt zur Beantwortung der zweiten Frage. Im Landesvoranschlag 2016 sind unter dem Ansatz Zuwendungen des Landes, das heißt Entgeltminderung, rückwirkend auch für das Jahr 2015 und für das Jahr 2016 insgesamt 7,75 Mio. reserviert. Diese Gelder werden nicht angegriffen werden bis wir eine Regelung schaffen. Wenn nun eine durchführbare Variante zur Stützung der erhöhten Altmieten gefunden wird, dann kann ich natürlich meine Zusage einhalten, aber ich kann das nicht machen, ohne dem Wohlwollen der Legistik, und da ist die ganze Regierung davon betroffen. Das heißt wird wollen, wir haben liquiditätsmäßig vorgesehen, nur wir dürfen momentan nicht und wir sind nach wie vor auf der Suche nach einer Lösung, die mit dem Beihilfenrecht und mit der Legistik in letzter Konsequenz vereinbar ist.

**Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc:** Danke. Herr Abgeordneter, Du hast die Möglichkeit einer weiteren Frage.

**Abg. Wiedermann:** Danke Frau Präsidentin. Herr Landesrat, ich gehe aufgrund Ihrer Wortmeldung bzw. Ihrer Anfragebeantwortung jetzt davon aus, dass die Mietzinsstützung auch nicht - so wie von Ihnen versprochen - am 1. Juli 2016 in Kraft treten wird. Es wäre doch angebracht, nunmehr seit fast zwei Jahren versprechen Sie der Bevölkerung, insbesondere den betroffenen Menschen, ich kann Ihnen viele, viele Beispiele nennen, Sie kennen sie ja selber, wo eine 84 m<sup>2</sup> Wohnung für eine Familie mit zwei Kindern mehr als 1.000,- Euro im Monat kostet. Mehr als 1.000,- Euro. Bei den derzeitigen Einkommen, glaube ich, weiß jeder, um was es geht.

Jetzt komme ich gleich zur Zusammenfassung, Frau Präsidentin. Ich gehe einmal davon aus, dass Sie Ihre Versprechen, Herr Landesrat, jetzt auch einmal den betroffenen Menschen, den betroffenen Mieterinnen und Mietern so erklären, wie es Sache ist, nämlich nicht seit zwei Jahren versprechen, vollmundig versprechen, hier im Landtag, in den Medien ihr werdet das und das bekommen und es ist nicht einzuhalten. Es gibt viele Mieter und Mieterinnen, die 150 Euro im Monat sich sparen könnten, wenn Sie Ihr Versprechen einhalten würden. Es gibt viele Menschen, für die 150 Euro, insbesondere bei der Wohnungsgröße, die ich genannte habe, wirklich am Rande des Existenzminimums stehen und wenn sie diese Zuschüsse bekommen könnten, sich dann diese Wohnung auch leisten bzw. diese Wohnung bezahlen könnten.

Wenn man sich die letzten Zahlen, die letzten Untersuchungen anschaut, was die Wohnungspreise betrifft, so ist Salzburg nach wie vor die Nummer eins in Österreich und Ihre Ankündigung, Herr Landesrat, dass das Wohnen in Salzburg mit dem neuen Wohnbauförderungsgesetz und insbesondere mit der von Ihnen versprochenen Verordnung billiger werden wird, das ist leider Gottes nicht eingetreten. Das Wohnen in Salzburg ist teurer geworden. Ich ersuche Sie im Sinne aller Betroffenen, hier wirklich Sorge zu tragen, dass sich das ändert.

**Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc:** Danke vielmals. Damit kommen wir zur nächsten

#### **5.7 Mündliche Anfrage des Abg. Klubobmann Dr. Schnell an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl betreffend die Aufnahmebedingungen für Medizinstudenten**

Bitteschön!

**Klubobmann Abg. Dr. Schnell:** Dankeschön. Herr Landeshauptmann-Stellvertreter!

Wir haben ja jetzt lange über das Gesundheitswesen diskutiert in der Aktuellen Stunde und ich bin der Meinung, dass die Probleme, die wir haben, bei A beginnt mit der Ausbildung von jungen Menschen zum Medizinstudium und deswegen durch die neu eingeführte Zulassungsprüfung zum Arztstudium wird den Studenten der Zugang zum Arztberuf massiv erschwert, für die, die wirklich Arzt werden wollen. Anstatt die angehenden Ärztinnen und Ärzte mit berufsfernen Fragen zu plagen, wäre es besser, beispielsweise ein halbes Jahr Pflegedienst zu leisten, wo wir auch enorme Mankos im einfachen Pflegedienst haben. Mit dieser Maßnahme würden die Studenten den alltäglichen Umgang lernen mit kranken und pflegebedürftigen und älteren Menschen.

Deswegen stelle ich an Sie die mündliche Anfrage: Warum setzen Sie sich bei der Bundesregierung nicht dafür ein, dass die Anwärter für ein Medizinstudium ein halbes Jahr praxisorientierten Pflegedienst leisten, anstatt eine sinnlose Aufnahmeprüfung zu absolvieren?

**Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc:** Herr Landeshauptmann-Stellvertreter!

**Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl:** Herr Klubobmann, ich danke für die Frage. Wir haben ja schon vor längerer Zeit einmal im Ausschuss über diese Idee auch gesprochen. Du hast diesen Vorschlag gemacht. Ich finde diesen Vorschlag insofern als sehr gut, weil ich auch der Meinung bin, dass dieses Abfragen von rein kognitiven Fertigkeiten und Fähigkeiten, die eigentlich durch die angebotenen Unterlagen relativ leicht und sozusagen ziel-sicher darauf hingelernt werden können, zwar sozusagen das kognitive Abfragen, aber nicht die soziale Kompetenz. Wir haben ja in der PMU tatsächlich das Aufnahmeverfahren viel vielschichtiger als an den öffentlichen Interessen, nämlich gerade die Tatsache, wie ist ein angehender Jungmediziner, Jungmedizinerin auch sozialkompetenzmäßig aufgestellt.

Das ist in der PMU eine sehr wichtige Entscheidungshilfe, ob jemand aufgenommen wird oder nicht.

Ich habe bei einer Tagung der Landesfinanzreferenten einmal darauf hingewiesen wir sollten, weil es überhaupt um das Thema gegangen ist Ausbildung neu, ich habe da hingewiesen darauf, dass es für mich sehr schwierig sein wird oder aus meiner Sicht sehr schwierig sein wird, wenn wir keinen Turnus mehr haben und wenn wir eben diese neue Ausbildung umsetzen, dass wir zukünftig auch praktische Ärztinnen und Ärzte bekommen. Ich habe dann auch den Vorschlag gemacht, die Sozialkompetenz viel stärker in den Vordergrund zu stellen und auch dieses Beispiel, dass pflegerisch sozusagen das relativ leicht oder durch ein Praktikum leicht nachweisbar ist, ob jemand diese Fertigkeiten hat oder nicht. Ich habe ehrlich gesagt nicht wirklich dann eine Resonanz bekommen, aber ich werde es gerne wieder einmal vorbringen, steter Tropfen höhlt den Stein sozusagen. Aber bei meinem ersten Vorbringen habe ich sozusagen nicht sofort den Schulterchluss gefunden, den ich mir eigentlich gewünscht hätte.

**Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc:** Danke. Herr Abgeordneter!

**Klubobmann Abg. Dr. Schnell:** Ja, Frau Präsidentin. Danke. Keine weiteren Fragen mehr. Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, ich würde Sie bitten, dass man das vielleicht weiter betreibt aus Ihrer Sicht auch und in den Gremien dementsprechend bespricht, denn ich glaube es hätte viel mehr Vorteile. Erstens wir haben derzeit enorm viele Studenten, enorme Kosten in der Ausbildung. Es bleiben uns aber keine Ärzte mehr über, die dann in Österreich verbleiben, ob als Turnusärzte, sie gehen meistens in die Schweiz und vor allem hätte es auch den Vorteil, dass z.B. viele Studenten aus Deutschland, die den Numerus Clausus nicht schaffen und dann bei uns hier in Österreich studieren, wahrscheinlich diesen Pflegedienst für ein paar Monate, über das kann man streiten wie lange der gestaltet werden soll, würden wir ebenfalls verlieren, auch Studenten, mit denen wahrscheinlich ein bilaterales Abkommen besteht. Also das heißt wir könnten uns Kosten sparen in der Ausbildung und würden damit aber dafür sorgen, dass junge Menschen, die also wirklich eine Liebe zu diesem Beruf haben, auch dann in Österreich verbleiben würden. Das ist das eine.

Das Nächste ist, dass auch die Matura bei uns einige Zeit später stattfindet als in Deutschland. Das heißt die deutschen Studenten können sich in Prüfungsvorbereitungen schon auf diese Prüfung vorbereiten, die österreichischen Studenten haben den Nachteil, dass sie von der Matura direkt zu dieser Prüfung gehen, keine Vorbereitungszeit haben und damit auch eine enorme Benachteiligung gegenüber ausländischen - in Anführungszeichen - „Studenten“. Ich glaube, dass das auch den Vorteil hätte, dass wir gerade in der Belastung der Schwestern und Ärzte im Krankenhausbereich, Du weißt das besser wie viele andere, auch etwas ausgleichen könnten, indem einfach wirklich niedere Dienste, zu denen man keine Ausbildung braucht, so wie ich es eh schon erwähnt habe, einfach dass man den Leibstuhl wegträgt oder die Urinflasche, den Patienten säubert, dementsprechend pflegt und dann auch vielleicht das Essen eingibt, die Medikamente einteilt. Das sind Dinge, die wirklich ein Student, der Medizin studieren will, das kann man von ihm verlangen und man würde auch

in den Krankenhäusern eine massive Entlastung für die Schwestern und auch der Ärzte herbeiführen.

Deswegen bitte ich Dich, vielleicht diese Idee doch weiter zu verfolgen und vielleicht auch in den Gremien, in denen Du tätig bist, auch dementsprechend auch hier zu vertreten. Dankeschön.

**Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc:** Danke vielmals. Die nächste

#### **5.9 Mündliche Anfrage des Abg. Klubvorsitzenden Steidl an Landesrat Mayr betreffend Wohnbaupaket der Bundesregierung**

Da wurde vor kurzem vereinbart, dass diese Anfrage schriftlich beantwortet wird. Ich rufe jetzt auf die

#### **5.10 Mündliche Anfrage des Abg. Ing. Mag. Meisl an Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.<sup>in</sup> Rössler betreffend die Auswirkungen auf die Raumordnung hinsichtlich der Debatte um das Volkswohnungswesen**

Bitteschön!

**Abg. Ing. Mag. Meisl:** Danke Frau Präsidentin. Sehr geehrte Landeshauptmann-Stellvertreterin, liebe Astrid!

Eine auf Bundesebene eingerichtete Arbeitsgruppe beim Bundesminister Mitterlehner beschäftigt sich unter Beiziehung von Vertretern der gemeinnützigen Wohnbauwirtschaft als auch der gewerblichen Wohnbauwirtschaft sowie von Vertretern der Immobilitätentreuhänder mit der Änderung der Verfassung im Bereich des Volkswohnungswesens, die für die Raumordnung sehr erhebliche Änderungen mit sich bringen könnte. Die letzte Sitzung dieser Arbeitsgruppe und sehr entscheidende Sitzung hat gestern stattgefunden.

Ich möchte Dich daher fragen, inwieweit hast Du die Salzburger Anliegen bisher in dieser Arbeitsgruppe eingebracht und wie stellt sich Dein Informationsstand zu den Verhandlungen dar?

**Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc:** Bitte!

**Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.<sup>in</sup> Rössler:** Danke Herr Abgeordneter. Ich kann zu dieser eingerichteten Arbeitsgruppe vorweg berichten, dass das Ressort unmittelbar nicht eingebunden ist. Es handelt sich dabei um eine Materie der Bundesverfassung und, wie von Dir angesprochen, sind Wohnbauträger beigezogen. Insofern betrifft es nicht unmittelbar mein Ressort. Ich weiß aber, dass dieses Thema, das Du ansprichst, bereits seit längeren Jahren ein wichtiges und brennendes Anliegen ist, von der Wohnbau- und von der Raum-

ordnungsabteilung bereits in den letzten Jahren intensiv eingebracht worden ist auf Bundesebene.

Ganz konkret zur Ausgangslage. Es geht im Wesentlichen um die verfassungsrechtliche Frage zu klären, ob die Länder Maßnahmen, insbesondere zur Baulandmobilisierung, in den Raumordnungsgesetzen der Länder treffen können oder ob auch das unter dem Titel Volkswohnungswesen in den Kompetenzbereich des Bundes fällt. Das ist grundsätzlich geregelt im Art. 11 Bundesverfassungsgesetz und hier lautet die derzeitige Formulierung: Bundessache ist die Gesetzgebung. Landessache die Vollziehung in folgenden Angelegenheiten: Volkswohnungswesen mit Ausnahme der Förderung des Wohnbaus, der Förderung der Wohnbausanierung. Der Vorschlag in dieser konkreten Arbeitsgruppe ist zunächst die Klarstellung, dass auch Maßnahmen zur Baulandmobilisierung für Zwecke des Volkswohnungswesens hier mitaufgenommen werden und damit klargestellt wird, dass die Länder eine nicht mehr umstrittene Kompetenz haben, Baulandmobilisierungsmaßnahmen und Instrumente aufzunehmen.

Ganz konkret geht es hier darum, dass es im Interesse der Baulandmobilisierung sein sollte, die Vertragsraumordnung, also die Möglichkeit zur vertraglichen Regelung von Seiten der Gemeinden dezidiert als Kompetenz der Länder für zulässig zu erklären, aber auch Maßnahmen zur Einführung allenfalls einer eigenen Widmungskategorie. Salzburg hat derzeit die Möglichkeit, Flächen für den förderbaren Wohnbau zu kennzeichnen.

Ein weiteres Instrument ist auch die Möglichkeit der Einführung einer Baulandmobilisierungsabgabe. Sie wird auch immer wieder Infrastrukturabgabe genannt. In dem Zusammenhang auch eine der Ideen, dass auch verstärkt Baurechtsmodelle zur Mobilisierung von Grundstücken und geeigneten Standorten für förderbaren Wohnbau zur Anwendung kommen.

In Summe steht das Land Salzburg sowohl von Seiten Wohnbau, aber auch Raumordnung diesem Vorschlag sehr positiv gegenüber und ich gehe davon aus, da es sich ja um eine Fragestellung und ein Problem aller Bundesländer handelt. Die Zeichen stehen günstig, dass diese Klarstellung hoffentlich auch das Ergebnis dieser Arbeitsgruppe sein sollte. Über die konkreten Ergebnisse der gestrigen Sitzung bin ich nicht informiert. Ich hatte aber die Möglichkeit, mit Direktor Markus Sturm im Vorfeld der heutigen Sitzung kurzen Kontakt zu haben.

Vielleicht noch ein ergänzender Punkt. Das Salzburger Raumordnungsgesetz ist wie bekannt derzeit in einer Überarbeitungsphase. Ich mache keinen Hehl daraus, dass ich gerne schon weiter wäre und den Entwurf schon gerne auch dem Landtag vorstellen möchte, aber genau diese Frage der Mobilisierungsmaßnahmen, angefangen von einer Infrastrukturabgabe bis zur Frage welche Maßnahmen wir setzen können, damit Bauland nicht über längere Zeit un bebaut bleibt und gehortet wird. Es ist bekannt, dass das im Land Salzburg derzeit mehr als 900 ha gewidmetes Wohnbauland sind, das aber nur zum Teil oder gar nicht verfügbar ist. Also wie wir auch hier durch Maßnahmen im Rahmen der Novelle diese Verfügbarkeit

verbessern können. Das Thema Mobilisierung ist dringend, aber leider auch die Frage der Baulandpreise. Die wichtige Frage lautet, wo man denn günstige, gut geeignete Standorte gerade im Bereich des förderbaren Wohnbaus, des Mietwohnbaus sicherstellt. Denn abgesehen von der Verfügbarkeit müssen wir auch in kompakten Siedlungsstrukturen denken.

**Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc:** Danke. Herr Abgeordneter!

**Abg. Ing. Mag. Meisl:** Danke sehr. Ich habe keine weitere Unterfrage mehr und darf zur Zusammenfassung kommen.

Wir haben ja das große Glück als Salzburger, sage ich jetzt einmal, dass zwei Vertreter in dieser Arbeitsgruppe vertreten sind mit dem Christian Struber und dem Sturm Markus. Da wir auch daher, meine ich, auch eine gute Möglichkeit haben, dort unsere Anliegen unterzubringen. Das klingt sehr sperrig dieses Thema Volkswohnungswesen. Das ist aber aus meiner Sicht die große Chance, die Verfassung dahingehend zu ändern, dass wir diese Baulandmobilisierungsmöglichkeiten, die wir immer diskutieren, wo wir immer das Bauchgefühl haben oder auch die Juristen sagen uns es ist sehr schwer möglich, dass wir das endlich rechtlich ordentlich verankern können, sodass dann die Maßnahmen auch greifen können. Es wäre, glaube ich, ein großer Schritt und deshalb meine dringliche Bitte, dass wo es immer auch geht, unsere Interessen dort einzubringen, damit es möglichst schnell zu einer Umsetzung kommt.

Mein Informationsstand ist, dass gestern eine Punktation beschlossen wurde, einhellig von allen Teilnehmern, Mitte Mai ein abschließendes Gespräch stattfinden soll und dann es in die Gesetzwerdungsphase gehen soll. Nachdem diese Änderung eine Zweidrittelmehrheit im Nationalrat braucht, sind wir, glaube ich, alle aufgefordert, unsere Nationalratsabgeordneten zu impfen, dass es schnell auch umgesetzt wird und zum Schluss noch die Phase der Raumordnungsdebatte entwickelt sich zu einer Periode mittlerweile, aber wir werden es erwarten, bis dass ein Änderung dieses Raumordnungsgesetzes kommt.

**Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc:** Danke. Damit kommen wir zur letzten

#### **5.11 Mündliche Anfrage des Abg. Tarik Mete BA MA an Landesrat DI Dr. Schwaiger betreffend gemeinnützige Arbeit von AsylwerberInnen**

Bitteschön!

**Abg. Mete BA MA:** Danke Frau Präsidentin. Sehr geehrter Herr Landesrat!

Der Salzburger Landtag hat am 3. Juni 2015 einen Antrag der Abg. Riezler-Kainzner und Steidl betreffend Flüchtlinge und Asylwerber in abgeänderter Form mehrstimmig beschlossen, in dem es unter anderem heißt: Die Salzburger Landesregierung wird ersucht, ihre Bemühungen dahingehend fortzusetzen, die Gemeinden im Bundesland sowie die verschiedenen Dienststellen des Landes Salzburgs zu Angeboten an gemeinnütziger Beschäftigung

von AsylwerberInnen anzuhalten, um deren gemeinnützige Beschäftigung landesweit zu forcieren.

Dazu stelle ich folgende mündliche Anfrage. Welche Dienststellen des Landes Salzburgs wurden bisher zu Angeboten an gemeinnütziger Beschäftigung von AsylwerberInnen gehalten und mit welchem Ergebnis? Die Unterfragen ergeben sich aus der Beantwortung der Hauptfrage. Ich ersuche um Beantwortung.

**Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc:** Bitte Herr Landesrat!

**Landesrat DI Dr. Schwaiger:** Herr Abgeordneter, herzlichen Dank. Wir haben zu diesem Thema uns mehrfach mit der Landesrätin Mag.<sup>a</sup> Berthold beraten. Es hat derlei Gespräche auch mit der Abteilung drei gegeben. Wir zu einem Procedere gekommen, das zumindest einmal umsetzbar ist. Das ist eine gar nicht so einfache Aufgabe, das so auf den Boden zu bringen, diesen politischen Wunsch, den auch wir hatten, tatsächlich dann in einige Beschäftigungsphasen zu bringen.

Diese Gespräche auf der Amtsebene haben auch insofern stattgefunden, dass wir alle Abteilungen aufgefordert bzw. gefragt haben, ob Bedarf in einem ausgelagerten unmittelbaren Bereich, deren Zuständigkeit in der Abteilung ist. Es hat da Kontakte mit der Landesbaudirektion gegeben, auch mit der Abteilung 4 Land- und Forstwirtschaft. Wichtig war mir, nicht eine neue Struktur irgendwie aufzubauen, sondern in die Struktur dieses Vorhaben einzubetten. Es hat auch Vorschläge gegeben, jetzt müssen wir irgendjemanden mit dieser Aufgabe, und dann bräuchten wir schon wieder jemanden. Also unser System muss so tragfähig sein und so umsichtig, dass wir hier nicht eine Sonderrolle brauchen, würden wir wahrscheinlich überschießend reagieren.

Dass das Personalressort insbesondere deswegen betroffen ist, weil ja die Anmeldungen zur Unfallversicherung und die ganze Thematik der zentralen Dokumentation, das ist vorgeschrieben, dass wir hier genau diese Regeln einhalten und nicht sozusagen im Ausmaß übererfüllen und dergleichen.

Vielleicht nun zur konkreten Frage. Wir haben einen Wunsch gehabt bei der ASFINAG Beschäftigte - unter Führungszeichen - „im ASFINA-Gebäude“ solche Verträge zu machen. Da ist aber dann letztendlich die Schließung dieses Standortes dazwischen gekommen. Wir haben auch geschaut, wie machen das die Gemeinden. Da habe ich das Gefühl gehabt, dass uns wir als großer Dienstgeber etwas schwerer tun. Diese genaue sozusagen Zuordnung zu jemanden sozusagen auch in der Obhut mitarbeiten zu lassen, geht bei einem Gemeindeforstmitarbeiter relativ einfacher, wenn auch nicht immer so, dass es genau das gewesen ist, was man sich gewünscht hat.

Ich kann nur sagen die Rückmeldungen aus den Abteilungen waren folgend, dass wir in der Straßenverwaltung derzeit keine Anstellung haben. Ich habe das selbst dann in meinem zweiten Bereich in der Landesforstdirektion, im Landesforstgarten in Werfen geregelt. Dort

haben wir sechs solche Verhältnisse und dabei ist es auch geblieben. Es ist derzeit auch kaum Nachfrage da. Ich hätte noch einmal versucht, gemeinsam mit dem AMS diesbezüglich Gespräche zu führen, weil eines sich auch zeigt, dass es nicht sein kann, dass man Arbeiten dann nicht delegieren darf an solche, die Betätigung brauchen, wenn ein anderer Dienstnehmer das im Regelfall erledigen kann. Da schließen wir sozusagen vom Zugang her diese Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in einem relativ untergeordneten Umfang aus. Das müsste etwas sein, was sozusagen nicht im Regelbetrieb abdeckbar ist und das muss man erst einmal nachweisen, dass im Regelbetrieb etwas nicht abdeckbar ist. Das ist eine Formulierung, die aus meiner Sicht in Anbetracht dieser Zeit, die sie verbringen, nicht glücklich ist.

**Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc:** Danke. Herr Abgeordneter!

**Abg. Mete BA MA:** Habe ich das jetzt richtig verstanden, dass insgesamt sechs Arbeitsverhältnisse waren. Dann hätte ich eine Zusatzfrage bitte. Ist das Potential aus Ihrer Sicht jetzt ausreichend ausgeschöpft oder wird es weitere Schritte geben?

**Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc:** Bitte Herr Landesrat!

**Landesrat DI Dr. Schwaiger:** Wir haben das Machbare umgesetzt. Alle anderen Versuche waren nicht erfolgreich und ich gehe nicht von einer jetzt beginnenden Dynamik in dieser Frage aus. Wahrscheinlich wird es bei relativ wenig Arbeitsverhältnissen auf dieser Art und Form bleiben.

**Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc:** Danke. Herr Abgeordneter!

**Abg. Mete BA MA:** Ich darf zusammenfassen. Also ich darf das nur in Vergleich setzen mit der Stadt Salzburg, wo bis dato 472 Arbeitsverhältnisse sozusagen stattgefunden haben und das Land doch als großer Dienstgeber, wie Sie auch geschildert haben, sechs Arbeitsverhältnisse möglich macht. Insgesamt glaube ich auch nicht, dass die Stadt Salzburg ein kleiner Dienstgeber ist und anscheinend funktioniert es dort doch. Ich glaube es ist doch wichtig, den Menschen, die hier auf ihren Asylbescheid warten, eine Möglichkeit zu geben, sich zu beschäftigen, weil wir wissen ganz genau, wenn dieses Potential nicht ausgeschöpft wird, dass dann sozusagen blöde Ideen aufkommen. Danke.

**Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc:** Danke vielmals. Damit sind alle mündlichen Anfragen beantwortet. Wir kommen zu

## **Punkt 6: Dringliche Anfragen**

Ich rufe auf die

**6.1 Dringliche Anfrage der Abg. Ing. Mag. Meisl und Schneglberger an Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.<sup>in</sup> Rössler betreffend Masterplan Klima + Energie 2020 (Nr. 165-ANF der Beilagen)**

(Zwischenruf Landtagspräsidentin Dr.<sup>in</sup> Pallauf: Die dringliche Anfrage wird schriftlich beantwortet.)

... Das habe ich nicht gesehen. Dann haben wir keine dringliche Anfrage und wir kommen zu den Berichten und Anträgen der Ausschüsse. Wir haben noch Zeit und wir nützen sie. Das wäre Tagesordnungspunkt sieben. Ich werde wieder die einstimmig verabschiedeten Anträge der Ausschüsse zusammenziehen.

Es geht darum, dass viele Abgeordnete im Augenblick nicht hier sind. Also ich stimme jetzt einmal über alle einstimmigen ab. Die Frage ist jetzt, ob wir jetzt für die Mittagspause unterbrechen.

Es wurde jetzt hier vereinbart, dass wir die Sitzung unterbrechen bis zur Mittagspause. Um 14:00 Uhr treffen wir uns im Ausschuss und setzen dann nach dem Ausschuss mit dem Tagesordnungspunkt sieben fort. Ich wünsche eine angenehme Mittagspause.

**(Unterbrechung der Sitzung von 11:55 bis 16:33 Uhr)**

**Landtagspräsidentin Dr.<sup>in</sup> Pallauf** (nimmt die unterbrochene Sitzung wieder auf): Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir setzen unsere Sitzung nunmehr fort. Ich rufe auf

**Punkt 7: Berichte und Anträge der Ausschüsse**

Wie üblich werde ich die einstimmig verabschiedeten Anträge der Ausschüsse zusammenziehen und werde sie zuerst verlesen und dann in einem abstimmen lassen. Ich gehe nicht davon aus, dass zu diesen einstimmigen jetzt einmal irgendwo Debatte angemeldet ist, sonst ersuche ich um einen entsprechenden Hinweis. ...

(Zwischenruf Abg. Konrad MBA: Sind wir schon alle?)

... Wir sind noch nicht alle, aber die, die anwesend sind, sind hier. Wir kommen zur Abstimmung. Ich verlese die einstimmig angenommenen Ausschussberichte.

7.3 **Bericht** des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Salzburger Schulorganisations-Ausführungsgesetz 1995 geändert wird

(Nr. 296 der Beilagen - Berichterstatterin: Abg. Jöbstl)

7.4 **Bericht** des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zum Antrag der Abg. Klubobfrau Mag.<sup>a</sup> Gutschi und Klubobmann Schwaighofer betreffend eine Änderung des Landes-Beamtengesetzes 1987

(Nr. 297 der Beilagen - Berichterstatterin: Klubobfrau Abg. Mag.<sup>a</sup> Gutschi)

7.7 **Bericht** des Ausschusses für Infrastruktur, Verkehr und Wohnen zum Antrag der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann betreffend die Einführung eines sektoralen Lkw-Fahrverbotes auf der B 156

(Nr. 300 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Wiedermann)

7.9 **Bericht** des Ausschusses für Infrastruktur, Verkehr und Wohnen zum Antrag der Abg. HR Dr. Schöchli, Mag. Mayer und Ing. Schnitzhofer betreffend das Vorgehen gegen weitere Schließungen von Postämtern in Salzburg

(Nr. 302 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Ing. Schnitzhofer)

7.11 **Bericht** des Ausschusses für Raumordnung, Umwelt- und Naturschutz zum Antrag der Abg. Fuchs und Scheinast betreffend die Zulassung von Glyphosat

(Nr. 304 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Fuchs)

Es wurde Debatte FPÖ angemeldet.

**Abg. Essl:** Zurückgezogen!

**Landtagspräsidentin Dr.<sup>in</sup> Pallauf:** Im Ausschuss wurde es einstimmig angenommen.

7.12 **Bericht** des Ausschusses für Raumordnung, Umwelt- und Naturschutz zum Antrag der Abg. Fuchs und Mag.<sup>a</sup> Sieberth betreffend eine Informationskampagne zur Eindämmung des privaten und gewerblichen Gebrauchs von Bioziden und Pflanzenschutzmitteln

(Nr. 305 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Fuchs)

7.13 **Bericht** des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zum Antrag der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann betreffend Novellierung des Salzburger Pflanzenschutzmittelgesetzes 2014

(Nr. 306 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Rothenwänder)

7.14 **Bericht** des Sozial- und Gesundheitsausschusses zum Antrag der Abg. Steiner-Wieser und Klubobmann Naderer betreffend Einführung von Taxi-Bons für Jugendliche

(Nr. 307 der Beilagen - Berichterstatterin: Abg. Steiner-Wieser)

7.15 **Bericht** des Ausschusses für Infrastruktur, Verkehr und Wohnen zum Antrag der Abg. HR Dr. Schöchel und Fürhapter betreffend eine Verschärfung der gesetzlichen Regelung hinsichtlich der Verwendung von Laserpointern

(Nr. 308 der Beilagen - Berichterstatterin: Abg. Fürhapter)

Ich wiederhole. Einstimmig angenommen wurden. 7.3, 7.4, 7.7, 7.9, 7.11, 7.12, 7.13, 7.14, 7.15. Wer mit der Annahme der Berichte einverstanden ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe! Damit wurden diese einstimmig angenommen.

Ich rufe nunmehr auf Top

7.1 **Bericht** des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Bediensteten-Schutzgesetz geändert wird

(Nr. 294 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. HR Dr. Schöchel)

Abstimmungsverhalten im Ausschuss ÖVP, SPÖ, Grüne, Abgeordneter Konrad gegen die Stimmen der FPÖ. Wer für die Annahme des Berichtes ist, bitte ein Zeichen mit der Hand. Ich sehe ÖVP, SPÖ, Grüne, Otto Konrad, Gabriele Fürhapter gegen Steiner-Wieser, Helmut Naderer - Team Stronach und FPÖ.

Ich rufe auf Top

7.2 **Bericht** des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Salzburger Patientinnen- und Patientenentschädigungsgesetz geändert wird

(Nr. 295 der Beilagen - Berichterstatterin: Abg. Bartel)

Abstimmungsverhalten im Ausschuss ÖVP, SPÖ, Grüne, Abgeordneter Konrad gegen FPÖ. Wer für die Annahme ist, bitte ein Zeichen mit der Hand. Ich sehe ÖVP, SPÖ, Grüne, Gabriele Fürhapter, Otto Konrad gegen die Stimmen der FPÖ, Steiner-Wieser und Team Stronach.

Ich rufe auf

7.5 **Bericht** des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zum Antrag der Abg. Mag.<sup>a</sup> Sieberth und Hofbauer betreffend eine Novelle des Kinderbetreuungsgesetzes

(Nr. 298 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Hofbauer)

Abstimmungsverhalten im Ausschuss ÖVP, SPÖ, Grüne, Abgeordneter Konrad gegen die Stimmen der FPÖ. Wer für die Annahme des Berichtes ist, bitte ein Zeichen mit der Hand. Ich sehe ÖVP, Grüne, SPÖ, Gabriele Fürhapter, Otto Konrad gegen die Stimmen von FPÖ, Steiner-Wieser und Team Stronach.

Ich rufe auf Top

**7.6 Bericht** des Bildungs-, Schul-, Sport- und Kulturausschusses zum Antrag der Abg. Dr.<sup>in</sup> Solarz und Riezler betreffend Kinderbetreuungs- und -bildungseinrichtungen der Krankenanstalten im Bundesland Salzburg

(Nr. 299 der Beilagen – Berichterstatterin: Klubobfrau Abg. Mag.<sup>a</sup> Gutschl)

Abstimmungsverhalten im Ausschuss ÖVP, Grüne, Abgeordnete Steiner-Wieser, Abgeordneter Konrad, FPÖ gegen die Stimmen der SPÖ. Wer für die Annahme des Berichtes ist, bitte ein Zeichen mit der Hand. Ich sehe ÖVP, Grüne, FPÖ, Team Stronach, Steiner-Wieser, Fürhapter, Otto Konrad gegen die Stimmen der SPÖ.

Ich rufe auf Top

**7.8 Bericht** des Bildungs-, Schul-, Sport- und Kulturausschusses zum Antrag der Abg. Klubobmann Naderer und Steiner-Wieser betreffend die Überprüfung der historischen Rolle der Person Rene Marcic und der Aktualität des nach Marcic benannten, vom Land Salzburg ausgelobten, Journalistenpreises

(Nr. 301 der Beilagen – Berichterstatter: Klubobmann Abg. Schwaighofer)

Abstimmungsverhalten im Ausschuss SPÖ, ÖVP, Grüne, FPÖ, Abgeordneter Konrad gegen die Stimme von Abgeordneter Steiner-Wieser. Wer für die Annahme des Berichtes ist, bitte ein Zeichen mit der Hand. Ich sehe ÖVP, Grüne, SPÖ, FPÖ, Otto Konrad, Gabriele Fürhapter gegen die Stimmen von Abgeordneter Steiner-Wieser und Team Stronach.

Ich rufe auf Top

**7.10 Bericht** des Sozial- und Gesundheitsausschusses zum Antrag der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Hirschbichler MBA betreffend Alkohol in Lebensmitteln

(Nr. 303 der Beilagen – Berichterstatterin: Abg. Mag.<sup>a</sup> Dr.<sup>in</sup> Humer-Vogl)

Abstimmungsverhalten im Ausschuss ÖVP, Grüne, FPÖ, Abgeordnete Steiner-Wieser, Abgeordneter Konrad gegen SPÖ. Wer für die Annahme des Berichtes ist, bitte ein Zeichen mit der Hand. Ich sehe ÖVP, Grüne, Otto Konrad, Steiner-Wieser, Gabriele Fürhapter, FPÖ, Team Stronach gegen die Stimmen der SPÖ.

Ich rufe auf Top

**7.16 Bericht** des Sozial- und Gesundheitsausschusses zum Antrag der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Dr.<sup>in</sup> Solarz betreffend Impfungen

(Nr. 309 der Beilagen – Berichterstatter: Klubvorsitzender Abg. Steidl)

Hier haben wir eine punktweise Abstimmung vorgenommen. Einstimmig angenommen wurden die Punkte zwei, vier und fünf. Ich bringe zuerst die einstimmig angenommenen Punkte zur Abstimmung. Wer für die Annahme des Ausschussberichtes in den Punkten zwei, vier

und fünf ist, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. ÖVP, Grüne, SPÖ, FPÖ, Team Stronach, Gabriele Fürhapter, Steiner-Wieser, Otto Konrad. Einstimmig. Danke.

Ich rufe auf Top 7.16, Punkt eins. Abstimmungsverhalten im Ausschuss ÖVP, SPÖ, Grüne, Abgeordneter Konrad, Steiner-Wieser gegen FPÖ. Wer für die Annahme dieses Punktes ist, bitte ein Zeichen mit der Hand. Ich sehe ÖVP, Grüne, SPÖ, Team Stronach, Steiner-Wieser, Gabriele Fürhapter, Otto Konrad gegen die Stimmen der FPÖ.

Ich rufe auf Punkt drei. Abstimmungsverhalten im Ausschuss ÖVP, Grüne, Otto Konrad gegen SPÖ, FPÖ und Abgeordnete Steiner-Wieser. Wer für die Annahme des Berichtes ist, bitte ein Zeichen mit der Hand. Ich sehe ÖVP, Grüne, Gabriele Fürhapter, Otto Konrad gegen SPÖ, Team Stronach, FPÖ und Steiner-Wieser.

Ich rufe auf Top

**7.17 Bericht** des Sozial- und Gesundheitsausschusses zum Antrag der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Wiedermann betreffend ein Modellprojekt für Integrativbetreuung und Übergangsversorgung (Nr. 310 der Beilagen- Berichterstatteerin: Klubobfrau Abg. Mag.<sup>a</sup> Gutschi)

Abstimmungsverhalten im Ausschuss ÖVP, SPÖ, Grüne, Abgeordneter Konrad gegen FPÖ und Abgeordnete Steiner-Wieser. Wer für die Annahme des Berichtes ist, bitte ein Zeichen mit der Hand. Ich sehe ÖVP, SPÖ, Grüne, Gabriele Fürhapter, Otto Konrad gegen die Stimmen von FPÖ, Steiner-Wieser und Team Stronach Salzburg.

Ich rufe nunmehr auf Top

**7.18 Bericht** des Ausschusses für Europa, Integration und regionale Außenpolitik zum dringlichen Antrag der Abg. Zweite Landtagspräsidentin Mosler-Törnström BSc, Hirschbichler MBA und Klubvorsitzenden Steidl betreffend Ratifizierung des CETA-Freihandelsabkommens (Nr. 337 der Beilagen - Berichterstatteerin: Zweite Landtagspräsidentin Mosler-Törnström BSc)

Hier wurde ebenfalls punktweise abgestimmt. Ich bringe zuerst wiederum die einstimmig verabschiedeten Punkte zur Abstimmung.

Einstimmig wurde abgestimmt im Ausschuss Punkt 1.1, 1.5 und zweitens. Wer für die Annahme des Berichtes ist, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Ich sehe ÖVP, Grüne, SPÖ, FPÖ, Team Stronach, Steiner-Wieser, Fürhapter und Konrad. Danke.

Ich rufe nunmehr die anderen Teilpunkte auf, die ein gleiches Abstimmungsverhalten aufgewiesen haben im Ausschuss, nämlich Punkt 1.2, 1.3 und 1.4. Es wurde mit den Stimmen von SPÖ, Grüne, FPÖ, Abgeordnete Steiner-Wieser gegen ÖVP und Abgeordnete Fürhapter angenommen. Wer für die Annahme des Berichtes in diesen drei Teilpunkten ist, den ersu-

che ich um ein Zeichen mit der Hand. Ich sehe SPÖ, Grüne, FPÖ, Steiner-Wieser, Team Stronach gegen die Stimmen von ÖVP, Gabriele Fürhapter und Otto Konrad. Danke.

Ich rufe nunmehr auf Top

**7.19 Bericht** des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zum dringlichen Antrag der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann betreffend Aufhebung des Embargos gegen Russland  
(Nr. 338 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Steiner BA MA)

Abstimmungsverhalten im Ausschuss ÖVP, SPÖ, Grüne und Otto Konrad gegen FPÖ. Wer für die Annahme des Berichtes ist, bitte ein Zeichen mit der Hand. Ich sehe ÖVP, Grüne, SPÖ, Gabriele Fürhapter, Otto Konrad gegen die Stimmen der FPÖ, Team Stronach Salzburg und Kollegin Steiner-Wieser.

Danke. Damit haben wir diesen Tagesordnungspunkt erledigt.

Ich rufe nunmehr auf

#### **Punkt 8: Beantwortung schriftlicher Anfragen**

Hier wurden zu einigen Punkten Debatte angemeldet. ...

**(Zwischenruf Abg. Essl: Wir ziehen alles zurück!)**

... FPÖ alles zurückgezogen. Es ist zu

**8.16 Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder und Wiedermann an die Landesregierung (Nr. 138-ANF der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landesrat Dr. Schellhorn - betreffend die Auszahlung der Mindestsicherung (Nr. 138-BEA der Beilagen)

ÖVP angemeldet. ...

**(Zwischenruf Klubobfrau Abg. Mag.<sup>a</sup> Gutschi: Zurückgezogen!)**

... Alle zurückgezogen.

**8.1 Anfrage** der Abg. Zweite Landtagspräsidentin Mosler-Törnström BSc und Klubvorsitzenden Steidl an die Landesregierung (Nr. 107-ANF der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann Dr. Haslauer - betreffend Sonderveranstaltungen im Zusammenhang mit 2016 (Nr. 107-BEA der Beilagen)

8.2 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an die Landesregierung (Nr. 112-ANF der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann Dr. Haslauer und Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl - betreffend die Vermögensauseinandersetzung mit dem Bund (Nr. 112-BEA der Beilagen)

8.3 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Naderer und Steiner-Wieser an die Landesregierung (Nr. 115-ANF der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann Dr. Haslauer - betreffend die Aberkennung des Ehrendoktorats an den Nobelpreisträger Univ.-Prof. DDr. hc. mult. Konrad Lorenz durch die Salzburger Universität (Nr. 115-BEA der Beilagen)

8.4 **Anfrage** der Abg. Fuchs und Scheinast an Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.<sup>in</sup> Rössler (Nr. 118-ANF der Beilagen) betreffend die KLUP-Förderung des Landes Salzburg (Nr. 118-BEA der Beilagen)

8.5 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.<sup>in</sup> Rössler (Nr. 119-ANF der Beilagen) betreffend die Novelle des Salzburger Raumordnungsgesetzes (Nr. 119-BEA der Beilagen)

8.6 **Anfrage** der Abg. Mag. Scharfetter und Bartel an Landesrätin Mag.<sup>a</sup> Berthold MBA (Nr. 124-ANF der Beilagen) betreffend die finanzielle Unterstützung von Skiveranstaltungen (Nr. 124-BEA der Beilagen)

8.7 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an Landesrat Dr. Schellhorn (Nr. 127-ANF der Beilagen) betreffend der steigenden Kosten für Sozialvereine (Nr. 127-BEA der Beilagen)

8.8 **Anfrage** der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Ing. Mag. Meisl an die Landesregierung (Nr. 129-ANF der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landesrat Mayr - betreffend Wohnbauförderung (Nr. 129-BEA der Beilagen)

8.9 **Anfrage** der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Brand an die Landesregierung (Nr. 130-ANF der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann Dr. Haslauer - betreffend Dienstfahrzeuge der Obersten Organe (Nr. 130-BEA der Beilagen)

8.10 **Anfrage** der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Riezler-Kainzner an die Landesregierung (Nr. 131-ANF der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landesrat Dr. Schellhorn - betreffend Mindestsicherung (Nr. 131-BEA der Beilagen)

8.11 **Anfrage** der Abg. Ing. Mag. Meisl und Klubvorsitzenden Steidl an die Landesregierung (Nr. 132-ANF der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann Dr. Haslauer, Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.<sup>in</sup> Rössler, Landeshauptmann-Stellvertreter

Dr. Stöckl, Landesrätin Mag. a Berthold MBA und Landesrat DI Dr. Schwaiger - betreffend die geplante Golfanlage in St. Koloman (Nr. 132-BEA der Beilagen)

8.12 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an die Landesregierung (Nr. 134-ANF der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landesrätin Mag. a Berthold MBA - betreffend die Unterstützung von Caritas, Diakonie und Rotes Kreuz im Rahmen ihrer Hilfe für Fremde (Nr. 134-BEA der Beilagen)

8.13 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder und Wiedermann an die Landesregierung (Nr. 135-ANF der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann Dr. Haslauer - betreffend den Arbeitsmarkt in Salzburg (Nr. 135-BEA der Beilagen)

8.14 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder und Wiedermann an Landeshauptmann Dr. Haslauer (Nr. 136-ANF der Beilagen) betreffend die Schließung von Postfilialen (Nr. 136-BEA der Beilagen)

8.15 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl (Nr. 137 der Beilagen) betreffend den Vormarsch von Leihärzten (Nr. 137-BEA der Beilagen)

8.17 **Anfrage** der Abg. Fuchs und Scheinast an die Landesregierung (Nr. 139-ANF der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl - betreffend Fernwärme- und Gasanschlüsse im Bundesland Salzburg (Nr. 139-BEA der Beilagen)

8.18 **Dringliche Anfrage** der Abg. Riezler-Kainzner und Klubvorsitzenden Steidl an Landesrätin Mag. a Berthold MBA (Nr. 140-ANF der Beilagen) betreffend Ergebnisse der Frauenpolitik (Nr. 140-BEA der Beilagen)

8.19 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl (Nr. 150-ANF der Beilagen) betreffend Kündigung von Mietverträgen im Amtsgebäude Fanny-von-Lehnert-Straße (Nr. 150-BEA der Beilagen)

8.20 **Anfrage** der Abg. Fuchs und Scheinast an Landesrat DI Dr. Schwaiger (Nr. 153-ANF der Beilagen) betreffend Erdöl (Nr. 153-BEA der Beilagen)

8.21 **Anfrage** der Abg. Fuchs und Mag. a Sieberth an Landesrat DI Dr. Schwaiger (Nr. 154-ANF der Beilagen) betreffend Schlachthöfe in Salzburg (Nr. 154-BEA der Beilagen)

8.22 **Anfrage** der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Mag. Schmidlechner an die Landesregierung (Nr. 142-ANF der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landesrat DI Dr. Schwaiger - betreffend Gehaltssystem Neu (Nr. 142-BEA der Beilagen)

8.23 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an die Landesregierung (Nr. 144-ANF der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann Dr. Haslauer - betreffend die Gegenstände der Regierungssitzungen und der Regierungsumläufe zwischen dem 1. und 29. Februar 2016 (Nr. 144-BEA der Beilagen)

8.24 **Anfrage** der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Mag. Schmidlechner an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl (Nr. 148-ANF der Beilagen) betreffend Versorgung von Dialyse-PatientInnen im Bundesland Salzburg (Nr. 148-BEA der Beilagen)

8.25 **Anfrage** der Abg. Mag.<sup>a</sup> Dr.<sup>in</sup> Humer-Vogl und Scheinast an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl (Nr. 149-ANF der Beilagen) betreffend die Österreichische Demenzstrategie 2015 (Nr. 149-BEA der Beilagen)

8.26 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Naderer und Steiner-Wieser an die Landtagspräsidentin Dr.<sup>in</sup> Pallauf (Nr. 157-ANF der Beilagen) betreffend die Anwesenheit der Abgeordneten des Salzburger Landtages in der aktuellen Legislaturperiode (Nr. 157-BEA der Beilagen)

8.27 **Anfrage** der Abg. Steiner-Wieser an die Landtagspräsidentin Dr.<sup>in</sup> Pallauf (Nr. 158-ANF der Beilagen) betreffend die Geschäftsordnung (Nr. 158-BEA der Beilagen)

Damit rufe ich auf

## **Punkt 9: Berichte der Landesregierung, um deren Vorlage der Landtag ersucht hat**

Zu Punkt

9.1 **Bericht** der Landesregierung zum Beschluss des Salzburger Landtages vom 4. November 2015 (Nr. 127 der Beilagen) betreffend Schritte zu einer „Charta zur Integrationspartnerschaft“ mit Asylberechtigten (Nr. 311 der Beilagen)

wurde eine Debatte von Grünen und FPÖ angemeldet. Bitte Kollegin Sieberth, Du hast das Wort.

**Abg. Mag.<sup>a</sup> Sieberth:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Mitglieder der Salzburger Landesregierung! Liebe Kolleginnen und Kollegen und alle, die das noch wacker im Internet verfolgen!

Ich möchte es eigentlich kurz halten. Wir haben jetzt den Bericht vorliegen auch ganz offiziell über einen Bürger- und Bürgerinnenrat, der sich zum Thema gelungene Integration zusammengesetzt hat. Wir bemühen uns ja um Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern in den verschiedenen Bereichen. Ich finde es sehr spannend was dort diskutiert wurde und was auch rausgekommen ist.

Es gibt dort einen Unterpunkt, der heißt Maßnahmen, Haltungen durch Politik. Ich denke, der ist direkt auch an uns adressiert und es ist auch ein bisschen so meine To-Do-Liste geworden und den möchte ich teilen. Vielleicht wird es unser aller To-Do-Liste. Da steht z.B. Zuversicht ausstrahlen. Wir schaffen das. Immer unter dem Titel gelungene Integration. Durch Begegnung und Kontakt Angst nehmen. Eine Erfahrung, die ganz viele Freiwilligen-netzwerke im ganzen Bundesland schon machen und sehr erfolgreich sind.

Der dritte Punkt: Soziale Benachteiligungen angehen und lösen. Ich denke das ist ein ganz wichtiger, weil viel Unzufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger kommt nicht primär durch die Flüchtlinge, sondern kommt durch die eigene Situation, dass sich aus welchem Grund auch immer im Stich gelassen zu fühlen. Also dieser Punkt soziale Benachteiligungen angehen und lösen.

Vierter Punkt: Mut. Zusammenspiel mit der Bevölkerung suchen und kommunizieren. Spricht für sich, glaube ich. Fünfter Punkt: Information über historische Hintergründe der Situation. Also sozusagen auch ein Verständnis zu schaffen, um was geht es denn bei den vielen Menschen, die auf der Flucht sind und aus welchen Herkunftssituationen kommen wir.

Vorletzter Punkt: Permanente Information über angenehme und auch unangenehme Fakten. Also da war auch eine große Ehrlichkeit. Wir wollen informiert werden und bitte erspart uns auch nicht die Sachen, die jeweils unangenehm sind.

Der letzte Punkt in dieser Kategorie: Kommunikation, Begegnung und Beteiligung ermöglichen. Ich denke in diesem Sinne sollten wir weiterarbeiten. Danke. (Beifall der ÖVP- und Grünen-Abgeordneten)

**Landtagspräsidentin Dr.<sup>in</sup> Pallauf:** Gibt es weitere Debattenbeiträge zu Top 9.1? Ich sehe keine Wortmeldungen mehr.

Zu Top

9.2 Bericht der Landesregierung zum Beschluss des Salzburger Landtages vom 7. Oktober 2015 (Nr. 84 der Beilagen) betreffend die notärztliche Versorgung in den Regionen und vom 16. März 2016 (Nr. 241 der Beilagen) betreffend notärztliche Versorgung in peripheren Regionen im Bundesland Salzburg (Nr. 312 der Beilagen)

wurde Debatte ÖVP und FPÖ angemeldet. Gibt es Debattenbeiträge? FPÖ nein. ÖVP auch nicht. Danke.

9.3 **Bericht** der Landesregierung zum Beschluss des Salzburger Landtages vom 29. April 2015 (Nr. 798 der Beilagen d.3.S.d.15.GP) betreffend das Einsparungspotenzial bei Drucksorten und Publikationen beim Amt der Salzburger Landesregierung und bei Organisationen, bei denen das Land beteiligt ist und betreffend die Beschränkung des Drucksortenaufwandes in der Salzburger Landesverwaltung und in landeseigenen Betrieben (Nr. 313 der Beilagen)

9.4 **Bericht** der Landesregierung zum Beschluss des Salzburger Landtages vom 2. Juli 2014 (Nr. 725 der Beilagen d.2.S.d.15.GP) betreffend das Erfassen von Schülerinnen und Schülern ohne positiven Schulabschluss (Nr. 314 der Beilagen)

Damit haben wir unsere Tagesordnung erledigt. Ich bedanke mich für die Debatten hete und Diskussionen. Ich schließe die Sitzung berufe die nächste Sitzung für Mittwoch, 8. Juni, 9:00 Uhr, ein. Ich wünsche einen schönen Abend!

(Ende der Sitzung: 16:47 Uhr)

- . . . . . -

Dieses Protokoll wurde  
am **8. Juni 2016**  
in der Sitzung des Salzburger Landtages  
**genehmigt.**

Landtagspräsidentin:

Schriftführer/in:

